

DISCOVER DIVERSIT
DISCOVER DIVERSITY
DISCOVER DIVERSITY
DIVERSITY DIVERSITY
DISCOVER DIVERSITY DISCOVER
DISCOVER DIVERSITY
DISCOVER DIVERSITY
DISCOVER
DISCOVER DIVERSITY
DIVERSITY
DIVERSITY DISCOVER
DISCOVER

Politische Bildung
mit Geflüchteten

DISCOVER DIVERSITY

**Politische Bildung
mit Geflüchteten**

Inhalt

- 7 **Discover Diversity –
Politische Bildung mit Geflüchteten**

LAGE: FLÜCHTEN. UND ANKOMMEN?

- 10 **Flucht als Chance –
für alle**
Christian Jakob
- 16 **Brennende Flüchtlingsheime,
zunehmender Rechtspopulismus**
Malene Gürgen
- 21 **„Fragen müssen wir aushalten“**
Ein Interview mit Holger Michel
- 25 **Willkommen in der Schule**
Derviş Hızarcı
- 29 **Daten und Zahlen**

PROJEKT: VORURTEILE ABBAUEN, VIELFALT SCHÄTZEN

- 32 **Vorurteile abbauen, Vielfalt schätzen.
Ein Projekt für Geflüchtete**
Melanie Kamp
- 38 **Das Projekt in der Praxis:
Arbeit mit Jugendlichen**
Orkide Ezgimen
- 43 **„Niemandem eine Meinung aufzwingen“**
*Ein Interview mit Sandy Albahri, Ramy Syriani,
Riham Abed-Ali und Munieb Al-Said*
- 47 **13 Thesen zur politischen Bildung
mit geflüchteten Jugendlichen**
Aycan Demirel

FORSCHUNG: WELTBILDER ZWISCHEN ALTER UND NEUER HEIMAT

- 54 **„Eine Million Antisemiten“?**
Dr. Sina Arnold und Jana König
- 60 **Jüdische Perspektiven**
Marina Chernivsky
- 65 **„Die Jugendlichen brauchen Halt
und Sicherheit“**
Ein Interview mit Dr. Basel Allozy

PRAXIS: POLITISCHE BILDUNG MIT GEFLÜCHTETEN

- 70 **Geflüchtete als Lehrende:
MultiplikatorInnenausbildung in Weimar**
Alke Wierth und Uta Schleiermacher
- 76 **Flüchtlinge und deutsches Gedenken**
Daniel Gaede
- 80 **Nicht alles neu erfinden**
Ina Bielenberg
- 86 **Freiwilligendienst
für Geflüchtete**
Swantje Haß
- 90 **Die Geschichte der Anderen**
Kathrin Allmann
- 93 **Digital an neue Zielgruppen**
Uta Schleiermacher
- 96 **Träger der vorgestellten Projekte**
- 98 **Impressum**

Discover Diversity – Politische Bildung mit Geflüchteten

Sind antisemitische Ressentiments unter jungen Geflüchteten verbreitet? Und wenn ja, wie kann man diesen Ressentiments mit politischer Bildungsarbeit begegnen? Diesen beiden Fragen ging das KlG-A-Projekt „Vorurteile abbauen, Vielfalt schätzen“ nach. Die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus knüpfte damit an eine öffentliche Diskussion an, die sich im Herbst 2015 im Zuge der verstärkten Zuwanderung Geflüchteter entwickelte. Geflüchtete, die mehrheitlich in undemokratischen Gesellschaften sozialisiert wurden, so die Befürchtung, hätten möglicherweise politische Einstellungen, die langfristig den sozialen Frieden und Zusammenhalt in Deutschland gefährden könnten.

Dabei wurde nicht nur diskutiert, inwiefern Geflüchtete antisemitische Anschauungen haben, sondern es wurde auch grundsätzlicher nach ihren Einstellungen zu Demokratie, zu Religions- und Meinungsfreiheit und nach ihrem Frauenbild gefragt. Die Sorge, dass mit den Geflüchteten der offene und latente Antisemitismus in Deutschland neue Nahrung erhalten könnte, wurde insbesondere mit Geflüchteten aus dem Nahen Osten, dem Iran, Afghanistan und anderen mehrheitlich muslimisch geprägten Ländern verbunden. Die lange Konfliktgeschichte mit dem Staat Israel, die die meisten dieser Herkunftsländer haben, und das Wissen um die Verbreitung antiisraelischer und antijüdischer Positionen in Politik und Gesellschaft dieser Länder ließen diese Vermutungen plausibel erscheinen.

Als Träger politischer Bildung, der über besondere Erfahrung in der Antisemitismusprävention in muslimischen Milieus verfügt, wollten wir durch eine qualitative Feldanalyse und Bildungspraxis erste Erkenntnisse erhalten, auf deren Grundlage sich Forschungsdesiderate sowie geeignete Bildungsstrategien formulieren lassen. Im Projekt haben wir nach einer Problem- und Bedarfsanalyse ausgewählte pädagogische Ansätze, Konzepte und Methoden erprobt und adaptiert.

Über die Zielgruppe lagen zunächst kaum wissenschaftliche Erkenntnisse vor. In Gesprächen, in Fachaustauschen und bei Tagungen kam mehr Wissen hinzu, da auch andere Initiativen, Forschungseinrichtungen und Institutionen sich mit den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen mit Flucht und dem Islam und der gesellschaftlichen Einbindung Geflüchteter beschäftigten.

Die vorliegende Broschüre versammelt die Beiträge unserer abschließenden Fachtagung „Chancen und Herausforderungen politischer Bildung mit, für und von Geflüchteten – zwischen gesellschaftlichen Ansprüchen und der Lebenswirklichkeit Geflüchteter“. Ergänzend haben wir Stimmen aus Wissenschaft und Praxis aufgenommen. Es ist eine erste Bestandsaufnahme, von der aus weitergedacht und -gearbeitet werden kann. Sie richtet sich sowohl an Institutionen und Personen, die in der politischen Bildungsarbeit mit Geflüchteten arbeiten, als auch an interessierte LeserInnen, die sich über dieses Thema informieren möchten.

Im ersten Kapitel dieser Publikation nehmen wir die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen in den Blick und setzen uns mit dem Diskurs rund um das Thema Geflüchtete in Deutschland und deren Lebenswelt auseinander. Im zweiten Kapitel steht die pädagogische Praxis im Mittelpunkt. Wir berichten zunächst ausführlich aus dem KlG-A-Projekt und stellen dann konkrete Handlungsempfehlungen für die politische Bildungsarbeit zur Diskussion. Kapitel drei stellt weitere wissenschaftliche Forschungsansätze, aber auch Erfahrungen von PraktikerInnen vor. Im vierten Kapitel präsentieren die politischen BildnerInnen, die die Workshops unserer Fachtagung geleitet haben, ihre Ansätze und Erfahrungen.

Der erfolgreiche Abschluss des Projekts „Vorurteile abbauen, Vielfalt schätzen“ konnte nur durch die engagierte Mitarbeit und Unterstützung vieler Menschen gelingen. Unser Dank gilt insbesondere unseren InterviewpartnerInnen, die ihre Erfahrungen und Einschätzungen vertrauensvoll mit uns geteilt haben. Bedanken möchten wir uns auch bei den TeamerInnen und ProtokollantInnen, die sich im Projekt engagiert und die pädagogischen Konzepte in diesem neuen Feld mit uns angewendet haben. Ohne Sandy Albahri, Munieb Al-Said, Ramy Syriani und Riham Abed-Ali hätten wir unsere Workshops und Projektschultage nicht durchführen können. Weiterhin bedanken wir uns für die tatkräftige Unterstützung beim Transkribieren von Interviews bei Miriam Kurz, Julia Förster und Emre Alankaya sowie für die kompetente und zuverlässige Übersetzungsarbeit von Riem Tisini und Abdallah Ezzedine. Für ihren fachlichen Rat und die spannenden Diskussionen geht unser Dank an Prof. Dr. Barbara Schäuble, Dr. Sina Arnold, Jana König, Anna Huber sowie unsere KollegInnen der KlG-A. Der Austausch mit ihnen hat uns durch das Projekt getragen. Ein ganz besonderer Dank gebührt schließlich allen ReferentInnen und WorkshopleiterInnen unserer Fachtagung sowie den AutorInnen dieser Broschüre – und nicht zuletzt unseren Fördermitelgebern, dem Bundesministerium des Innern und dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

Berlin, 2017

LAGE:

**FLÜCHTEN.
UND
ANKOMMEN?**

Im sogenannten langen Sommer der Migration 2015 fragten Medien und PolitikerInnen über Monate hinweg fast wöchentlich, ob „die Stimmung nun kippe“. Doch dies war nicht die richtige Frage – vielmehr verfestigten sich zwei gegensätzliche Bewegungen in der deutschen Aufnahmegesellschaft. Die Zahl der Menschen, die gegen Flüchtlinge hetzten und Anschläge und Angriffe auf Flüchtlinge verübten, wuchs. Dem gegenüber stand die Solidarität der vielen ehrenamtlichen HelferInnen, die sich in ihrem Engagement nicht beirren ließen und sich persönlich für die Belange der neu Angekommenen einsetzten.

Die Politik verschärfte die Asylgesetze und verschlechterte damit den rechtlichen Status vieler Flüchtlinge. Die relativ hohe Schutzquote beeinflusste das bisher kaum. Für diejenigen Flüchtlinge, die die ersten Hürden der Anträge gemeistert haben, ist nun die drängendste Frage, wie sie in der Gesellschaft, in Schule, Beruf und Umfeld ankommen und hier wirtschaftlich und sozial Fuß fassen können. Wie gut und schnell Integration gelingt, hängt auch von Aufenthaltstitel, Arbeitserlaubnis und Familiennachzug ab.

Flucht als Chance – für alle

In den vergangenen zwei Jahren hat die Bundesrepublik eine Rekordzahl an Geflüchteten aufgenommen. Die Politik versucht die hohen Zuwanderungszahlen zu reduzieren, während die Wirtschaft über die Neuankömmlinge jubelt. Dennoch: Die meisten Menschen, die vor Konflikten in ihren Heimatländern fliehen müssen, schaffen es nicht bis Europa.

AUTOR Christian Jakob

Als Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) Anfang Januar 2017 vor die Presse trat, um die neuen Asylzahlen zu verkünden, hatte er vor allem eine Botschaft: Deutschland sei aus dem Größten raus. Die Zahl der Asylsuchenden war im Vorjahr drastisch zurückgegangen, berichtete der Minister. Rund 280.000 Menschen kamen in der Bundesrepublik an – gut zwei Drittel weniger als im Allzeit-Rekordjahr 2015 mit 890.000 Asylsuchenden.

Kaum ein anderes Thema beschäftigt die Politik heute so sehr wie die Suche nach Möglichkeiten, die Flüchtlingszahlen nach unten zu drücken. Allein acht Asyl-Gesetze wurden seit November 2015 verschärft. Menschen aus „sicheren Herkunftsländern“ können nun schneller abgeschoben und vorher unter verschärften Bedingungen in zentralen Aufnahmelagern untergebracht werden. Asylverfahren sollen bereits abgeschlossen werden, bevor die Antragsteller auf die Kommunen verteilt werden. Abschiebungen dürfen künftig nicht mehr vorher angekündigt werden, um ein Untertauchen zu verhindern. In Erstaufnahmeeinrichtungen sollen wieder vorrangig Sachleistungen statt Bargeld ausgegeben werden. Wer die Frist zur Ausreise verstreichen lässt, dem sollen die Leistungen auf das „unabdingbar Notwendige“ gekürzt werden. Flüchtlinge, die sogenannten subsidiären Schutz erhalten, können zwei Jahre lang ihre Familie nicht nachholen. Abschiebungen sind auch bei gesundheitlichen Problemen möglich, nur noch schwere Erkrankungen sind ein Hinderungsgrund.

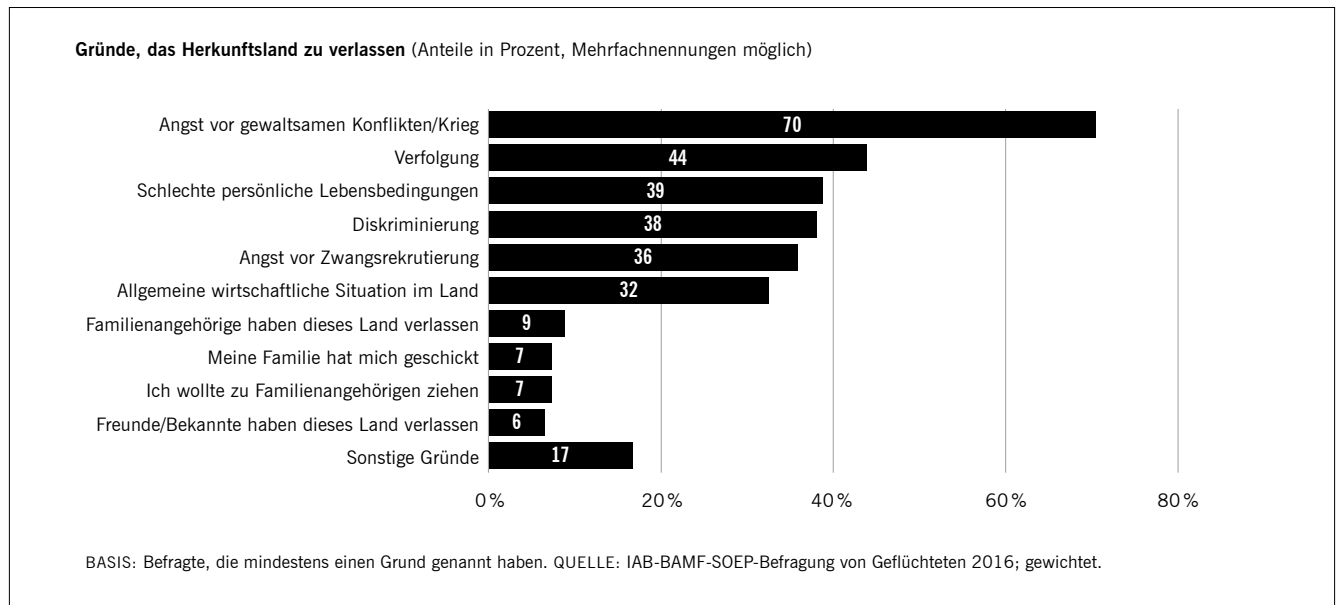
Und dennoch: Insgesamt haben Flüchtlinge heute bessere Aussichten, in Deutschland bleiben zu können, als je zuvor. Die Schutzquote – also der Anteil der Flüchtlinge, denen Schutz gewährt wird – kletterte auf 62 Prozent. Es ist der höchste Wert aller Zeiten. Und darin sind jene Flüchtlinge, die erst beim Verwaltungsgericht erfolgreich ein Bleiberecht einklagen können, noch gar nicht enthalten.

Ein Grund für den außergewöhnlich hohen Wert ist, dass die meisten Ankommenden aus Ländern stammen, die unstrittig Konfliktsituationen oder Diktaturen sind: Bürger Syriens, Eritreas, des Iran, des Irak und Afghanistans machten über zwei Drittel aller AntragstellerInnen aus. Doch das allein erklärt nicht, warum viele Flüchtlinge heute bessere Aussichten auf Schutz haben. Auch die Behörden haben sich in den vergangenen Jahren gewandelt. „Die Realität, dass Deutschland ein Einwanderungs- und Integrationsland ist, (soll) zur Normalität“ werden, sagte der damalige Leiter des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) Manfred Schmidt im Jahr 2010. Er schickte EinwanderungsberaterInnen in die Herkunftsländer, und wer kam, sollte einen „Willkommenskoffer“ und Orientierungs-Apps für das Smartphone bekommen. Die lange verfolgte Linie der Migrationsverhinderung in Deutschland wurde aufgeweicht.

Hohe Schutzquote für Asylsuchende

Dies wirkt auch heute, während die Politik atemlos nach Wegen sucht, die Zahl der Flüchtlinge zu reduzieren, fort. Lange war die rigide Entscheidungspraxis des BAMF politische Munition für die, die weniger Flüchtlinge wollten. Die hohe Ablehnungsquote galt konservativen Politikern als Beweis dafür, dass vor allem „Asylbetrüger“ unterwegs waren. Heute ist es andersherum: Die immer höhere Anerkennungsquote wird von Linken wie der Bundestagsabgeordnete Ulla Jelpke gegen die Innenminister ins Feld geführt. Durch die hohe Schutzquote „verliert auch die verhetzende Parole vom angeblich massenhaften Asylmissbrauch jegliche Grundlage“, sagt Jelpke.

Auf über 745.000 war die Zahl der Asylanträge 2016 geklettert – fast die Hälfte mehr als im Vorjahr. Viele Menschen, die schon



im Jahr 2015 gekommen waren, hatten Monate warten müssen, bevor sie ihren Asylantrag abgeben konnten. Über 6.000 AsylbewerberInnen hatten das BAMF gar wegen der langen Wartezeit verklagt. „Der Berg unerledigter Anträge wird abgetragen“, sagte de Maizière nun. Tatsächlich wurden im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge über 5.000 neue Stellen eingerichtet. Die neuen AnwärterInnen arbeiteten die anhängigen Asylanträge mit Hochdruck ab: Zwischen Ende September und Ende Dezember 2016 schmolz ihre Zahl von 579.000 auf 434.000. Die Wartezeit bis zur Antragstellung sank auf zwei Wochen, die Bearbeitungsdauer auf zwei Monate. „Es ist gelungen, das Migrationsgeschehen zu ordnen, zu steuern“, so de Maizière.

Die meisten Flüchtlinge bleiben in ihrem Land

Aus der Sicht des Bundesinnenministers mag das für Deutschland gelten. Für die Welt außerhalb der deutschen Grenzen gilt es sicher nicht. Noch nie hat das UN-Flüchtlingswerk UNHCR mehr Menschen auf der Flucht gezählt. Insgesamt waren es Ende 2015 über 65 Millionen. Binnen eines einzigen Jahres stieg ihre Zahl um fast sechs Millionen an. Gemessen an einer Weltbevölkerung von 7,3 Milliarden Menschen ist demnach jeder 113. Mensch Flüchtling, Binnenvertriebener oder Asylsuchender. Das entspricht der Zahl der EinwohnerInnen Großbritanniens oder Frankreichs.

In der Regel kommen sie nicht weit, zwei Drittel fliehen innerhalb ihres Landes. Rund 21 Millionen Menschen hingegen mussten ihr Land verlassen. Von ihnen wiederum überquert der Großteil nicht mehr als eine Grenze. So bleiben die meisten Flüchtlinge außerhalb Europas, in den Nachbarländern von Krisenstaaten. Mit 2,5 Millionen aufgenommenen Flüchtlingen liegt die Türkei welt-

Insgesamt haben Flüchtlinge heute bessere Aussichten, in Deutschland bleiben zu können, als je zuvor.

weit an der Spitze. Im Verhältnis zu seiner Bevölkerungszahl hat der Libanon mehr Flüchtlinge aufgenommen als jedes andere Land, in Relation zu ihrer Wirtschaftskraft steht die Demokratische Republik Kongo an erster Stelle. Die Aufnahme ist global sehr ungleich verteilt. Reichere Länder nehmen weit weniger Flüchtlinge auf als weniger reiche. Knapp neun von zehn Flüchtlingen befinden sich in Ländern, die als wirtschaftlich weniger entwickelt gelten.

Die Rekordzahl an Flüchtlingen ist direkte Folge von 15 neuen Konflikten, die seit 2010 ausgebrochen oder wieder aufgeflammt sind. Allein vor dem Krieg in Syrien flohen bis Februar 2017 rund 4,9 Millionen SyrerInnen ins Ausland und etwa 6,6 Millionen innerhalb Syriens. An zweiter Stelle steht Afghanistan mit etwa vier Millionen Flüchtlingen im In- und Ausland. Im Nahen Osten wurden auch der Irak und Jemen erneut zu Brennpunkten. Im Irak leben nach den jüngsten UN-Zahlen knapp vier Millionen Menschen als Binnenvertriebene, etwa eine halbe Million sind außerhalb des Landes auf der Flucht. Hinzukommen rund 1,5 Millionen Flüchtlinge im Jemen und etwa 400.000 in oder aus Libyen. Acht der neuen Konflikte lagen in Afrika: Côte d'Ivoire, Zentralafrikanische Republik,

Bekanntheit und Nutzung von Beratungsstellen und -angeboten bei Geflüchteten, die die jeweilige Beratungsstelle kennen (in Prozent)

Einrichtung	Bekannt und besucht	Bekannt, nicht besucht	Nicht bekannt
Asylberatung	17	10	73
Migrationsberatung für erwachsene Zuwanderer	5	10	90
Jugendmigrationsdienst	3	5	93
Berufsberatung der Agenturen oder Jobcenter	15	20	65
Allg. Arbeitsmarktberatung der Agenturen oder Jobcenter	22	19	58

QUELLE: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016; gewichtet.

Noch nie hat das UN-Flüchtlingswerk UNHCR mehr Menschen auf der Flucht gezählt.

Libyen, Mali, Nordost-Nigeria, Südsudan und Burundi. Diese Krisen werden häufig übersehen, die Hilfsorganisationen sprechen dann von „vergessenen Konflikten“. Die Beschaffung von Ressourcen für die Versorgung der Opfer ist dadurch deutlich erschwert. Es gibt eine Verteilungskonkurrenz, vor allem mit Syrien. Dabei haben die afrikanischen Krisen eine immense Zahl an Fluchtbewegungen ausgelöst, die kaum niedriger ist als im Nahen Osten. Insgesamt gab es in den Ländern südlich der Sahara 3,7 Millionen Flüchtlinge und 11,4 Millionen Binnenvertriebene.

„Wir geraten in eine Epoche, in der das Ausmaß der globalen Flucht und Vertreibung alles davor Gewesene in den Schatten stellt“, sagte der mittlerweile zum UN-Generalsekretär aufgestiegene damalige UN-Flüchtlingskommissar António Guterres. Die Verursacher der Konflikte blieben straflos, die internationale Gemeinschaft sei „unfähig zur Zusammenarbeit, um Kriege zu beenden sowie Frieden zu schaffen“. Ein besonderes Problem, so Guterres, seien „riesige Defizite“ bei der Finanzierung und große Lücken im globalen System zum Schutz von Kriegsopfern: „Die Menschen werden im Stich gelassen.“

Um die rund vier Millionen geflohenen Menschen in den Nachbarländern rund um Syrien 2015 zu versorgen, hätten die Hilfsorganisationen etwa 5,5 Milliarden US-Dollar gebraucht – inklusive der

Ausgaben, die der Bevölkerung der Aufnahmeländer zugutekommen, um Spannungen abzubauen. Eine regionale Versorgung entspricht auch dem Wunsch vieler Flüchtlinge, die oft möglichst nah an ihrer Heimat bleiben wollen. Insgesamt aber machten die Geberländer 2015 nicht einmal die Hälfte der nötigen Summe locker. Die Folgen waren nicht nur eine dramatische Kürzung der Lebensmittelrationen auf einen Gegenwert von knapp 0,50 US-Dollar am Tag, sondern auch der Verlust des Zugangs zu medizinischer Versorgung. „Die sinkende humanitäre Hilfe wurde sowohl von Flüchtlingen im Irak, in Jordanien, im Libanon und in Ägypten als [...] Auslöser [...], nach Europa zu gehen, angegeben“, so das UNHCR im September 2015. Im Angesicht des Flüchtlingstrecks stellten die Geberstaaten dann bis 2018 insgesamt rund 9 Milliarden bereit – noch immer deutlich weniger, als die Hilfsorganisationen brauchen.

Gleichzeitig ist es nach wie vor so, dass es kaum legale sichere Wege gibt, um als Flüchtling an einen sicheren Ort zu gelangen. 2016 starben nach Zahlen der UN-Migrationsorganisation IOM weltweit 7.509 Menschen auf der Flucht, doppelt so viele wie im Vorjahr; mehr als je zuvor. Über 5.080 von ihnen ertranken im Mittelmeer, rund 430 starben an der Grenze zwischen Mexiko und den USA.

Vor allem für SyrerInnen ist der Weg aus dem Krieg in jüngster Zeit noch schwieriger geworden: Die Türkei hat eine Visumpflicht für syrische StaatsbürgerInnen eingeführt, die per Flugzeug oder Schiff einreisen wollen, sowie die Landgrenzen zu Syrien geschlossen. Seit dem EU-Türkei-Deal verhindern Polizei und Armee in der Türkei, dass SyrerInnen nach Europa weiterreisen.

Auf der Route über das zentrale Mittelmeer hingegen kamen im vergangenen Jahr über 170.000 Menschen nach Italien – auch dies ein Rekord. Um sie alle muss Italien sich gemäß der Dublin-Verordnung der EU selbst kümmern. Das 2015 gegebene Versprechen, Italien und Griechenland zu entlasten und bis Mitte 2017 über einen EU-internen Verteilungsschlüssel 160.000 Flüchtlinge aus diesen beiden Ländern umzuverteilen, wird die Gemeinschaft

aller Voraussicht nicht einhalten: Bis Januar 2017 wurden nicht einmal 10.000 Plätze für den sogenannten Relocation-Mechanismus bereitgestellt. Gleichwohl will Deutschland ab März 2017 wieder nach Griechenland abschieben, wo Zehntausende Menschen festsitzen. Eine seit 2010 geltende Ausnahmeregelung soll aufgehoben werden.

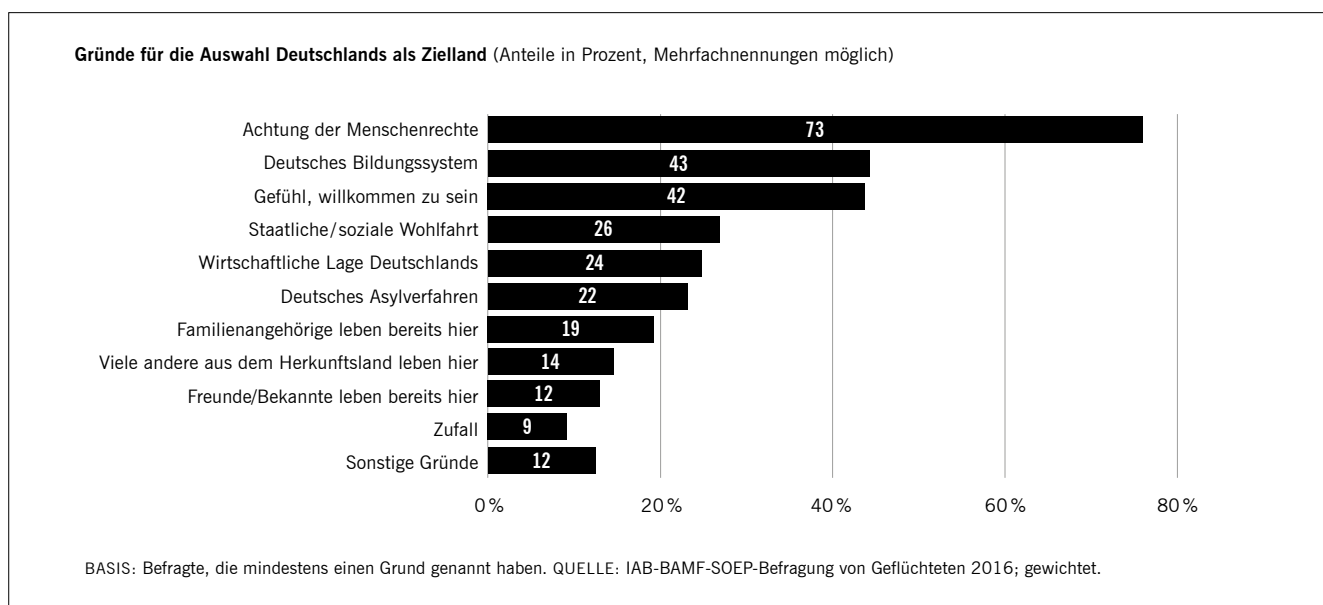
Afrikanische Staaten sollen Flüchtlinge festhalten

Umso mehr Elan entfaltet die EU, wenn es darum geht, die Mittelmeerroute abzudichten. Anfang Februar beschlossen die Regierungschefs auf Malta dafür einen Zehn-Punkte-Plan, der insbesondere eine stärkere Zusammenarbeit mit Libyen vorsieht. Die libysche Küstenwache soll so schnell wie möglich so ausgebildet und ausgerüstet werden, dass sie von Schlepperbanden organisierte Überfahrten in Richtung Europa verhindern kann. Flüchtlinge sollen zumindest vorerst in dem nordafrikanischen Land bleiben müssen. Sie sollen künftig in „angemessenen Aufnahmeeinrichtungen“ in Libyen versorgt werden. Dabei hatten erst wenige Tage zuvor deutsche Diplomaten in einem geheimen Bericht an das Auswärtige Amt von „KZ-ähnlichen Zuständen“ in den libyschen Lagern gesprochen. „Die Menschen sprechen von schwersten Misshandlungen, Vergewaltigungen“, sagt der Koordinator der Libyen-Mission von Ärzten ohne Grenzen, Arjan Hehenkamp. „Die InsassInnen werden willkürlich festgehalten, sie wissen nie, wann sie freikommen. Sie werden in sehr kleine Räume gesperrt, es gibt kaum Luft, Licht und Wasser. Es sind Orte voller Gewalt, niemand dürfte dort festgehalten werden. Dorthin werden die Menschen zurückgeschickt, wenn die neuen Beschlüsse der EU aus Malta umgesetzt werden.“

Libyen ist nicht das einzige Land, dass die EU beim Grenzschutz als Partner zu gewinnen versucht. Seit Ende 2015 hat sie mit rund einem Dutzend Staaten in Afrika Verhandlungen aufgenommen – vom Sudan bis Mali. Das Ziel ist immer das gleiche: Die Staaten sollen Flüchtlinge im Land halten oder zurücknehmen. Aus ihrem Entwicklungsbudget hat die Europäische Union dafür zwei Milliarden Euro abgezweigt. Mit weiteren sechs Milliarden an Kreditgarantien will sie zudem europäische Unternehmen dazu bringen, bis 2020 sagenhafte 62 Milliarden Euro zusätzlich in Afrika zu investieren – jedenfalls in den Ländern, die beim Grenzschutz mitmachen. Ein zunehmender Teil der EU-Entwicklungshilfe wird für die Eindämmung der Migration aufgewandt.

Im Innern hat die EU indes größte Schwierigkeiten, zu einer gemeinsamen Linie in Sachen Asyl zu finden. Dies zeigt sich an der Verteilung der Asylanträge: 16 von 28 EU-Staaten haben jeweils weniger als ein Prozent aller Anträge zu verzeichnen. Darunter sind neun osteuropäische Staaten. Statt die EU-Richtlinien zur Flüchtlingsaufnahme einzuhalten und Plätze bereitzustellen, setzen sie

Reichere Länder nehmen weit weniger Flüchtlinge auf als weniger reiche.



unverblümt auf Abschreckung durch besonders harte Aufnahmebedingungen oder die schlichte Weigerung, die Menschen zu versorgen.

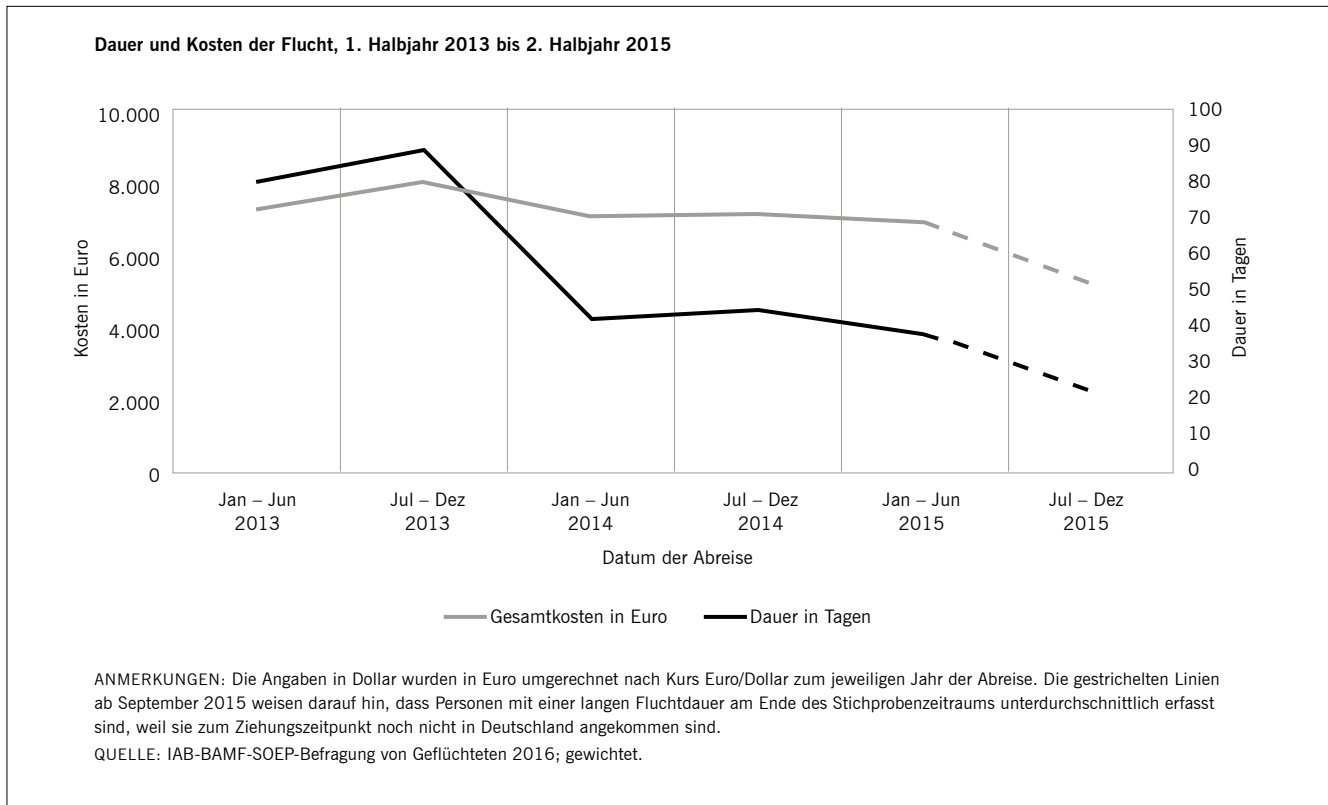
So kamen die meisten Flüchtlinge zuletzt nach Deutschland. In den vergangenen Jahren hat die Bundesrepublik etwa 1,3 Prozent ihrer Gesamtbevölkerung an Flüchtlingen aufgenommen. Nach den Zahlen der UNHCR wäre das weltweit Platz 6, nach dem Libanon (24 Prozent), Jordanien (10 Prozent), dem Tschad (3,5 Prozent), Schweden (2,4 Prozent) und der Türkei (2,1 Prozent); gefolgt von Iran, Kenia, Uganda, Pakistan und Äthiopien.

Zur Wahrheit gehört allerdings, dass außer Schweden keines dieser Länder Geflüchteten eine auch nur annähernd vergleichbare Versorgung wie Deutschland gewährt. Aber es hat auch kein Land ähnlich günstige Voraussetzungen für die Flüchtlingsaufnahme: „Angesichts der Lage des Arbeitsmarktes und der Staatsfinanzen hätte es keinen günstigeren Zeitpunkt geben können“, sagt der Leiter des Instituts der Deutschen Wirtschaft, Michael Hüther. „Auch für unser demografisches Problem liegt eine Chance in der Zuwanderung. Wir können den Andrang bewältigen – an der Finanzierung kann es sicher nicht scheitern.“

Erfolgreiche Integration in den Arbeitsmarkt

Auch konservative Volkswirtschaftler sehen in der hohen Zuwanderung kein Problem. Seit 2012 gab es jedes Jahr einen Rekord bei den Steuereinnahmen, 2015 machte der Bund zum ersten Mal keine neuen Schulden mehr. Als sich Ende 2015 abzeichnet, dass im Laufe des Jahres wohl eine Million Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind, sagte der Chefvolkswirt der Deutschen Bank, David Folkerts-Landau, dies sei „das Beste, was 2015 passiert ist“. Kurz danach erneuerte auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ihre Forderung, noch mehr Einwanderung zu ermöglichen.

Katja Rietzler, Referatsleiterin für Steuer- und Finanzpolitik bei der gewerkschaftsnahen Hans Böckler Stiftung, schätzt, dass der Staat für die Flüchtlingsintegration und den Wohnungsbau über Jahre Ausgaben von „zeitweise durchaus in der Größenordnung von rund 1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes BIP“ tätigen müsste. Sie plädiert für stärkere Besteuerung hoher Vermögen, sieht aber auch kein Problem in einer Kreditfinanzierung: „Wer jetzt mit dem Argument der Entlastung zukünftiger Generationen auf Kosten der Infrastruktur und der Integration die ‚schwarze Null‘ priorisiert, erweist genau diesen zukünftigen Generationen einen Bärendienst.“



Allzu sehr sollten sich die zukünftigen Generationen dennoch nicht auf die Neuankömmlinge verlassen, warnt Thomas Bauer, der Vorsitzende des Sachverständigenrates Migration. Die Hoffnung, dass die Zuwanderung des Jahres 2015 das Rentenproblem in Deutschland lösen wird, sei „nicht berechtigt“. Für einen spürbaren nachhaltigen Effekt in den Rentenkassen kämen nach wie vor zu wenige Menschen. „Es bräuchte eine Nettozuwanderung von 500.000 bis 800.000 jährlich, allein um die Erwerbsbevölkerung stabil zu halten“, sagt Bauer. Die Erwartungen seien „eindeutig überfrachtet“.

Früher wurden die meisten Flüchtlinge in Deutschland abgelehnt, die anderen mussten selbst zusehen, wie sie in der neuen Heimat zurechtkamen. In der Vergangenheit hat es fünf Jahre gedauert, bis die Hälfte aller ankommenden Flüchtlinge eigenständig ihren Lebensunterhalt verdienen konnte. Ob es gelingt, diesen Zeitraum zu verkürzen, ist eine der entscheidenden Fragen der Integrationspolitik. Die Voraussetzungen dafür sind gut: Seit 2015 ist die Zahl der Projekte, die Flüchtlingen beim Weg auf den Arbeitsmarkt helfen sollen, geradezu explodiert. Gewerkschaften und Wirtschaftsverbände haben Ausbildungspartnerschaften gegründet, Handels- und Handwerkskammern widmen sich dem Thema intensiv. Die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen wird heute unterstützt, ein großes Netzwerk von Beratungsstellen ist entstanden. Die Arbeitsagentur beginnt teils schon während des Asylverfahrens, Flüchtlinge auf den Jobeinstieg vorzubereiten. Und kürzlich legte sie das sinnvolle Modell des „Integrationsjahrs“ auf: Lohnzuschüsse gegen berufsbegleitende Nachqualifizierung. Nicht alle Flüchtlinge dürfen diese Angebote in Anspruch nehmen. Trotzdem: Die bleierne Passivität früherer Jahre gibt es nicht mehr.

Vielen scheint daran gelegen, die Erfolge kleinzureden. Im Jahr 2016, so wurde kürzlich vermeldet, hätten 34.000 „Einwanderer aus den acht wichtigsten nichteuropäischen Asylherkunftsländern“ eine Arbeit gefunden. Sofort hieß es: viel zu wenig, bei einer Million Angekommenen. Die Bemühungen um die selbstständige Existenzsicherung der Flüchtlinge sind aber keineswegs gescheitert. Denn die meisten Angekommenen haben das Asylverfahren noch nicht einmal durchlaufen. Man muss sich keine Illusionen machen – sie werden niemals vollständig vom Arbeitsmarkt aufgenommen werden. Doch statt im AfD-Ähnlichkeitswettbewerb „Bundesausreisezentren“ und „Abschiebe-Taskforces“ aufzuziehen, sollte deshalb weiterhin Geld in Sprachkurse und Nachqualifizierung fließen. Das Signal an die Menschen muss sein: Ihr habt hier eine Perspektive.

Christian Jakob ist Redakteur der taz – die tageszeitung für Migration, Entwicklung und Soziale Bewegungen. Im März 2016 erschien Christian Jakobs Buch „Die Bleibenden. Wie Flüchtlinge Deutschland seit 20 Jahren verändern“ (Christoph Links Verlag), eine Geschichte der Flüchtlingsbewegung in Deutschland.

Die Anerkennung von ausländischen Abschlüssen wird heute unterstützt, ein großes Netzwerk von Beratungsstellen ist entstanden.

Brennende Flüchtlingsheime, zunehmender Rechtspopulismus

Nicht nur Gewalt gegen Geflüchtete, ihre Unterkünfte und UnterstützerInnen hat in den vergangenen Jahren massiv zugenommen. Rechtspopulisten trumpfen auf – in Gestalt der AfD, aber auch in etablierten Parteien.

AUTORIN Malene Gürgen



Fackelmarsch gegen die Unterbringung von Flüchtlingen in einer ehemaligen Kaserne in Schneeberg/Sachsen, November 2013
Foto: Christian Mang

Auf den starken Anstieg der Flüchtlingszahlen seit 2014 hat die deutsche Gesellschaft bisher zutiefst gespalten reagiert. Während auf der einen Seite spätestens seit dem sogenannten Sommer der Migration 2015 viele Tausend Menschen ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe aktiv geworden sind und sich bis heute auf vielfältige Art für die Neuankömmlinge engagieren und dabei oft auch Leerstellen der staatlichen Versorgungs- und Hilfesysteme abdecken, ist auf der anderen Seite ein massiver Anstieg rassistisch motivierter Straftaten zu verzeichnen. Diese richten sich vornehmlich gegen die Flüchtlinge selbst, aber auch gegen ihre UnterstützerInnen und politischen FürsprecherInnen. Rechtspopulistische Positionen finden in Deutschland – wie auch in vielen anderen Ländern Europas – vermehrt Zuspruch. Diese Entwicklung schlägt sich außerparlamentarisch in den Teilnehmerzahlen flüchtlingsfeindlicher Demonstrationen nieder, lässt sich aber auch in den Parlamenten beobachten – am deutlichsten am Erfolg der seit ihrer Gründung noch einmal erheblich nach rechts gerückten AfD (Alternative für Deutschland), aber auch in einer Positionsverschiebung innerhalb anderer Parteien.

Im Bereich rechtsextremer Straftaten ist insbesondere die Zahl der Angriffe auf im Bau befindliche oder bereits bezogene Flüchtlingsunterkünfte sprunghaft angestiegen. Der erste Fall, der bundesweite Aufmerksamkeit erregte, ereignete sich im April 2015 in Tröglitz (Sachsen-Anhalt), wo in einer noch nicht bezogenen Unterkunft Feuer gelegt wurde und der gesamte Dachstuhl ausbrannte. Ab August/September 2015, als noch einmal deutlich mehr Flüchtlinge in Deutschland ankamen, stieg auch die Zahl der Attacken erheblich an.

Das Bundeskriminalamt (BKA) zählte für das Jahr 2015 insgesamt 1.005 Delikte gegen Flüchtlingsheime, davon wurden 901 Fälle als politisch motivierte Kriminalität dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet. Im gesamten Jahr 2014 waren 199 solcher Straftaten gezählt worden, von denen 177 rechtsextrem motiviert waren.¹

Die Chronik flüchtlingsfeindlicher Vorfälle, die seit 2014 von Pro Asyl und der Amadeu Antonio Stiftung geführt wird, verzeichnet für das Jahr 2015 insgesamt 126 Brandanschläge auf Unterkünfte, danach brannte in diesem Jahr durchschnittlich alle drei Tage eine Flüchtlingsunterkunft in Deutschland.² Ende November 2015 werteten JournalistInnen der Zeit die bis dahin vom BKA erhobene Statistik aus und stellten dabei fest, dass es sich bei 222 der Taten um zum Teil schwere gewalttätige Angriffe handelte, bei denen insgesamt 104 Menschen verletzt wurden.³

Während die Flüchtlingszahlen ab März 2016 deutlich zurückgingen, stieg die Zahl flüchtlingsfeindlicher Straftaten zunächst weiter an. Im ersten Halbjahr 2016 zählte das BKA 563 Delikte gegen Flüchtlingsunterkünfte, darunter 51 Brandstiftungen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum hatte sich die Zahl damit mehr als verdoppelt. Pro Asyl und die Amadeu Antonio Stiftung registrierten für den gleichen Zeitraum 715 Fälle in ihrer Chronik.

Bis zum 27. Dezember 2016 gab es nach Angaben des BKA insgesamt 921 Attacken auf Flüchtlingsunterkünfte, 857 davon mit einem rechtsextremen Hintergrund. Die Zahl der Anschläge lag damit leicht unter der des Vorjahres, wobei die Zahlen aus dem Jahr 2016 nach Angaben der Behörde noch nicht abschließend erfasst sind.

Von politischen Aktivitäten zu Straftaten

Die Aufklärungsquote ist bisher gering: Höchstens jede vierte Tat wird aufgeklärt. Nach Angaben des BKA sind die Tatverdächtigen hauptsächlich Männer zwischen 18 und 35, von denen etwa zwei Drittel schon vorher polizeilich bekannt waren, aber nur ein Drittel bereits vor den Taten als der rechtsextremen Szene zugehörig galten. Die meisten Täter wurden nach Angaben der Behörde in ihrem eigenen Wohnort tätig. Bisher gibt es laut den Sicherheitsbehörden keine Anzeichen dafür, dass die Täter überregional oder zentral gesteuert würden. Die geringe Aufklärungsquote wird einerseits auf die Besonderheiten der Taten zurückgeführt: Die Unterkünfte liegen oft abgelegen, und die Anschläge werden meist nachts begangen, sodass es nur wenige Zeugen gibt, außerdem würden die oft völlig zerstörten Tatorte wenig Rückschlüsse auf die Täter zulassen. Immer wieder wird aber auch ein möglicherweise fehlender Aufklärungswille kritisiert und in diesem Zusammenhang auch auf mögliche Verstrickungen zwischen den Sicherheitsbehörden und rechtsextremen Strukturen insbesondere in Ostdeutschland hingewiesen.

In vielen Fällen lässt sich ein Zusammenhang zwischen dem Anstieg rechtsextremer und flüchtlingsfeindlicher politischer Aktivitäten und dem Anstieg der so motivierten Straftaten herstellen. Insbesondere in Ostdeutschland haben Demonstrationen und Kundgebungen gegen Flüchtlinge und ihre Unterkünfte stark zugenommen. Diese Entwicklung begann schon 2013, als etwa die Proteste gegen eine geplante Flüchtlingsunterkunft in Berlin-Hellersdorf bundesweite Aufmerksamkeit erreichten. In der Folge gründeten sich in Berlin, aber auch in vielen anderen Städten flüchtlingsfeindliche Initiativen, die meist unter dem Label „Nein zum Heim“ Proteste gegen geplante Unterkünfte organisierten. Laut Verfassungsschutz nutzen dabei oftmals rechtsextreme Parteien wie die NPD den Deckmantel dieser Gruppen, um auch über ihre üblichen Kreise hinaus anschlussfähig

Im Bereich rechtsextremer Straftaten ist insbesondere die Zahl der Angriffe auf im Bau befindliche oder bereits bezogene Flüchtlingsunterkünfte sprunghaft angestiegen.

1 <http://www.taz.de/!5370050/>

2 <https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/service/chronik-vorfaelle>

3 <http://www.zeit.de/politik/deutschland/2015-11/rechtsextremismus-fluechtlingsunterkuenfte-gewalt-gegen-fluechtlinge-justiz-taeter-urteile>

zu werden – was ihnen insbesondere im Winter 2014/2015 auch gelang, als etwa in Berlin-Marzahn zeitweise bis zu 1.000 Menschen an den wöchentlichen Demonstrationen teilnahmen. Im Sommer 2015 erregten insbesondere die Proteste in den sächsischen Orten Freital und Heidenau Aufmerksamkeit. Dort schlossen sich bisher politisch nicht auffällig gewordene BürgerInnen und organisierte Rechtsextreme zu teilweise wochenlangen Protesten gegen Flüchtlingsheime zusammen, bei denen es auch immer wieder zu Ausschreitungen und gewalttätigen Angriffen auf Flüchtlinge kam.

Pegida als Wegbereiter

Die größten und dauerhaftesten Proteste gegen Flüchtlinge werden von der islam- und flüchtlingsfeindlichen Organisation Pegida (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes) in Dresden getragen, die im Herbst 2014 gegründet wurde. Sie erreichten ihren Höhepunkt ebenfalls im Winter 2014/2015, als bis zu 25.000 Menschen an den immer am Montagabend stattfindenden Demonstrationen teilnahmen – wobei es von verschiedener Seite erhebliche Kritik an den als für zu hoch empfundenen Teilnehmerschätzungen der Polizei gibt. Außerdem gab oder gibt es Ableger in vielen anderen deutschen Städten, die es allerdings nicht annähernd auf die gleichen Teilnehmerzahlen bringen konnten und insbesondere in Westdeutschland meist von breit getragenen Gegenprotesten begleitet wurden.

Als Initiator der Pegida-Bewegung gilt der unter anderem wegen Körperverletzung, Drogenhandel und Einbrüchen mehrfach vorbestrafte Dresdener Lutz Bachmann, der auch Vorsitzender des gleichnamigen Vereins ist. Nachdem die Staatsanwaltschaft Dresden im Januar 2015 Ermittlungen wegen Volksverhetzung gegen ihn aufnahm, trat Bachmann von seinem Vorsitz zurück, den er allerdings schon wenige Wochen später wieder aufnahm. Im Mai

Insgesamt wird die Klientel der flüchtlingsfeindlichen Proteste in Ostdeutschland oft als von Abstiegsängsten und genereller Verunsicherung geplagte Mittelschicht beschrieben, die in den für die Neuan-kömmlinge aufgebrauchten Ressourcen eine Bedrohung für ihren eigenen Lebensstandard sieht.

2016 wurde er wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe verurteilt. Nachdem der mittlerweile nach Teneriffa ausgewanderte Aktivist zum Tag der deutschen Einheit 2016 zu einer unangemeldeten Demonstration in Dresden aufrief, deren TeilnehmerInnen die Gäste der offiziellen Feierlichkeiten anpöbelten und bedrohten, erließ die Stadt Dresden eine Verfügung, mit der Bachmann für fünf Jahre untersagt wurde, in Dresden Demonstrationen anzumelden oder zu leiten. Die Teilnehmerzahlen der Pegida-Demonstrationen sind stark zurückgegangen und liegen mittlerweile bei unter 2.000 Menschen.

Sozialwissenschaftlichen Erhebungen zufolge kamen während der Hochzeiten der Demonstrationen ein Großteil der Pegida-TeilnehmerInnen aus der sächsischen Mittelschicht, waren männlich, mittelalt, konfessionslos und nicht an eine Partei gebunden. Als Gründe für ihre Teilnahme gaben die DemonstrantInnen sowohl generelle Unzufriedenheit mit der Politik als auch generelle Vorbehalte gegen MigrantInnen und Flüchtlinge an. Die meisten Untersuchungen der Pegida-Anhängerschaft gelten allerdings als wissenschaftlich umstritten, weil ein Großteil der TeilnehmerInnen die Befragungen ablehnte, was beispielsweise zu einer Unterrepräsentierung der jüngeren, aktionsorientierten TeilnehmerInnen gegenüber den älteren, weniger rechtsextrem eingestellten DemonstrantInnen führte.⁴

Insgesamt wird die Klientel der flüchtlingsfeindlichen Proteste in Ostdeutschland oft als von Abstiegsängsten und genereller Verunsicherung geplagte Mittelschicht beschrieben, die in den für die Neuan-kömmlinge aufgebrauchten Ressourcen eine Bedrohung für ihren eigenen Lebensstandard sieht. Gleichzeitig warnen Politikwissenschaftler aber auch davor, die Motivation der Protestierenden vor allem mit sozialen Faktoren erklären zu wollen und verweisen auf Studien, die einem wachsenden Teil der Gesellschaft gefestigte flüchtlingsfeindliche Einstellungen nachweisen.⁵

Proteste kommen aus allen Milieus

Demonstrationen gegen Flüchtlingsheime gibt es allerdings bei Weitem nicht nur in Ostdeutschland, und sie lassen sich auch nicht einem bestimmten sozialen Milieu zuordnen. So erregten etwa die insbesondere von der Hamburger Oberschicht getragenen Proteste gegen eine geplante Unterkunft im gehobenen Stadtteil Blankenese im Februar 2016 bundesweite Aufmerksamkeit. Auch in Berlin gab es nicht nur im Ostteil der Stadt, sondern auch in gutbürgerlichen Bezirken wie Charlottenburg-Wilmersdorf oder Steglitz-Zehlendorf Proteste gegen Unterkünfte.

Oftmals nimmt die Beteiligung an den Protesten ab, sobald die Unterkünfte fertiggestellt und bezogen sind, wobei das nicht zwangsläufig für die Zahl der in diesem Kontext begangenen Straftaten gilt. An manchen Orten spitzt sich die Situation allerdings auch nach der

4 Karl-Heinz Reuband: Wer demonstriert in Dresden für Pegida? Ergebnisse empirischer Studien, methodische Grundlagen und offene Fragen. In: Mitteilungen des Instituts für Parteienrecht und Parteienforschung 1/2015, S. 133–144.

5 Vgl. Oliver Nachtwey: Rechte Wutbürger – Pegida oder das autoritäre Syndrom. In: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2015, S. 81–89.

Rechtsextreme demonstrieren gegen ein Asylwerberheim in Berlin-Hellersdorf, Oktober 2013
Foto: Christian Mang



Ankunft der Flüchtlinge weiter zu. Nach Freital und Heidenau 2015 geriet 2016 insbesondere die sächsische Stadt Bautzen mit einer solchen Entwicklung in den Fokus der Öffentlichkeit. Nach wochenlangen Provokationen Rechtsextremer, insbesondere gegen jugendliche Flüchtlinge, eskalierte die Situation dort im September, es kam zu schweren Ausschreitungen zwischen beiden Gruppen, bei denen nach Polizeiangaben rund 20 Flüchtlinge und rund 80 gewaltbereite Rechtsextreme aufeinander losgingen. Vielfach kritisiert wurde der Umgang der Stadt mit den Ausschreitungen, die in der Konsequenz eine Absperrung für einen Teil der Flüchtlinge verhängte.

Demonstrationen gegen Flüchtlingsheime gibt es allerdings bei Weitem nicht nur in Ostdeutschland, und sie lassen sich auch nicht einem bestimmten sozialen Milieu zuordnen.

AfD hat Erfolg mit rechtsextremen Positionen

Ob der Zuspruch zu rechtspopulistischen und rechtsextremen Positionen tatsächlich wächst oder nur deutlich offener artikuliert wird, ist unter Sozialwissenschaftlern umstritten. Klar ist, dass vor allem eine Partei von dieser Entwicklung profitiert: Die 2013 gegründete Alternative für Deutschland (AfD). Ursprünglich als Partei gegründet, die sich vor allem für die Abschaffung des Euro und der damit verbundenen gemeinsamen europäischen Finanz- und Wirtschaftspolitik einsetzte, ist die Partei spätestens mit ihrem Führungswechsel im Juli 2015, als der Parteigründer und bisherige Vorsitzende Bernd Lucke entmachtete wurde, deutlich nach rechts gerückt. Gemeinsam mit Jörg Meuthen führt seitdem Frauke Petry die Partei, die als Aushängeschild des nationalkonservativen Flügels gilt. Wichtige Figuren für den Rechtsruck der Partei, der mit einem Austritt vieler dem wirtschaftsliberalen Flügel anhängenden Mitglieder einherging, sind außerdem der oft als rechter Scharfmacher bezeichnete Thüringer Fraktionsvorsitzende Björn Höcke, die Berliner Landesvorsitzende Beatrix von Storch, die vor allem für ihr erzkonservatives Familien-

bild bekannt ist, sowie der Brandenburger Landeschef Alexander Gauland, der bis 2013 CDU-Mitglied war und zu den Gründungsmitgliedern der Partei gehört.

Während ihr der Einzug in den Bundestag 2013 noch misslang, konnte sie bei der Europawahl 2014 sowie allen Landtagswahlen Mandate erringen und ist damit bislang in zehn Länderparlamenten vertreten. Ihr Einzug in den Bundestag bei den im September 2017 anstehenden Wahlen gilt als wahrscheinlich, momentan liegt sie in den bundesweiten Umfragen bei rund 13 Prozent.

Der im Juli 2015 mit dem Machtwechsel eskalierte innerparteiliche Konflikt hatte sich auch an der Frage des Umgangs mit außerparlamentarischen rechten Bewegungen entzündet: Während der wirtschaftsliberale Flügel um den damaligen Parteivorsitzenden Bernd Lucke den Pegida-Demonstrationen mindestens offiziell kritisch gegenüberstand und die DemonstrantInnen auf Distanz zur Partei zu halten versuchte, suchten der nationalkonservative Flü-

Mit rechtspopulistischen Positionen in der Debatte um die deutsche Asylpolitik macht derweil nicht nur die AfD auf sich aufmerksam.

gel und insbesondere die ostdeutschen Landesvorsitzenden immer wieder die Nähe zu der Organisation und ihren AnhängerInnen. Die eurokritischen Positionen der Partei sind, obgleich Gründungsthematik, in den letzten eineinhalb bis zwei Jahren immer stärker in den Hintergrund geraten. Stattdessen setzt die AfD zunehmend auf die Themen Asylpolitik, Migration und Islamkritik, um AnhängerInnen zu gewinnen. Während die Partei 2014 noch ein Bekenntnis zu einem individuellen Grundrecht auf Asyl in ihren Politischen Leitlinien verankerte, fordert die Partei in ihrem 2016 verabschiedeten Grundsatzprogramm, das Asylrecht im Grundgesetz durch ein eigenes Asylgesetz zu ersetzen. Außerdem werden im Grundsatzprogramm ein Verbot von Vollverschleierung, die Schließung von Koranschulen oder die Abkehr von der unter dem Schlagwort Gender Mainstreaming zusammengefassten europäischen Gleichstellungspolitik gefordert – Inhalte, die auch in der Pegida-Bewegung großen Zuspruch erleben. Auch fordert die Partei, Asylverfahren nur noch in den Herkunftsländern der Flüchtlinge durchzuführen.

Die mediale Aufmerksamkeit für die AfD ist hoch. Immer wieder erregt die Partei durch gezielte Tabubrüche und bewusste Provokationen die Öffentlichkeit, insbesondere in Bezug auf die Flüchtlingsthematik. So sorgte die Parteivorsitzende Frauke Petry im Januar 2016 für Empörung, weil sie eine deutlich strengere Überwachung der deutschen Grenzen forderte und dabei sagte, notfalls müsse die Polizei „auch von der Schusswaffe Gebrauch machen“. Wenige Wochen später erregte die Berliner Landesvorsitzende Beatrix von Storch, die für die AfD im Europaparlament sitzt, bundesweite Aufmerksamkeit, weil sie auf die Frage eines Facebook-Nutzers, ob die AfD die Einwanderung von Frauen und Kindern mit Waffengewalt verhindern wolle, mit Ja antwortete. Später ruderte von Storch zurück und entschuldigte ihre Antwort damit, sie sei „auf der Maus abgerutscht“. Dieses Schema – auf den kalkulierten Tabubruch folgt die Beteuerung, es ja nicht so gemeint zu haben, ohne sich aber völlig von der eigenen Aussage zu distanzieren – lässt sich bei AfD-PolitikerInnen häufig beobachten.

Neonazis mobilisieren außerhalb rechtsextremer Kreise

Der Aufstieg der AfD geht auf Kosten rechtsextremer Parteien wie der NPD. Nachdem die Rechtsextremen im September 2016 den Wiedereinzug in den Landtag von Mecklenburg-Vorpommern verpassten, sind sie nun in keinem deutschen Landesparlament mehr vertreten. Die seit Jahren anhaltende Krise der Partei, die große Finanzierungsprobleme hat, wird so noch einmal deutlich verschärft. Die rechtsextreme Szene profitiert bislang unterschiedlich stark davon, dass die von ihr seit Jahren betriebene radikale Einwanderungskritik salonfähiger geworden ist: Während der Schulterchluss mit bislang nicht rechtsextremen Spektren an einigen Orten nur von begrenzter Dauer war, ließ sich beispielsweise bei den Demonstrationen unter dem Motto „Merkel muss weg“ auch 2016 noch beobachten, dass es Neonazis zumindest teilweise gelang, auch außerhalb organisierter rechtsextremer Kreise TeilnehmerInnen für ihre Veranstaltungen zu gewinnen.

Mit rechtspopulistischen Positionen in der Debatte um die deutsche Asylpolitik macht derweil nicht nur die AfD auf sich aufmerksam. Insbesondere der CSU wird immer wieder vorgeworfen, durch flüchtlingsfeindliche Positionen auf Stimmenfang unter den AfD-Anhängern zu gehen. So fordert die bayerische Partei etwa eine Obergrenze für die Aufnahme von Flüchtlingen von 20.000 pro Jahr, die Einrichtung von Transitzone an den deutschen Grenzen, schnellere Abschiebungen, die Abschaffung der doppelten Staatsbürgerschaft und ein Verbot der Vollverschleierung. Seit dem Anstieg der Flüchtlingszahlen hat die Große Koalition außerdem mehrere, teils drastische Verschärfungen des Asylrechts beschlossen. So erhalten etwa die meisten syrischen Flüchtlinge mittlerweile nur noch subsidiären Schutz, was unter anderem bedeutet, dass sie ihre Familien nicht nachholen können. Zudem wurden die Hürden für Abschiebungen gesenkt, mehr Länder als sichere Herkunftsstaaten eingestuft und Maßnahmen zur Beschleunigung von Asylverfahren getroffen.

Malene Gürgen ist Redakteurin der taz – die tageszeitung für Soziale Bewegungen, außerparlamentarische Politik, Rechtsextremismus und AfD.

„Fragen müssen wir aushalten“

Holger Michel ist seit September 2015 einer der freiwilligen HelferInnen im ehemaligen Rathaus Wilmersdorf, der zweitgrößten Notunterkunft für Geflüchtete in Berlin, und seit 2016 deren Sprecher. Im Interview spricht er über die Lebensrealität Geflüchteter in Notunterkünften und die Fragen, wie Zusammenleben gelingen kann und was die Freiwilligen in den Notunterkünften zur Integration beitragen können.

INTERVIEW Uta Schleiermacher



Freiwillige Helfer kurz vor der Eröffnung der Flüchtlingsunterkunft im ehemaligen Rathaus von Berlin-Wilmersdorf, August 2015
Foto: Christian Mang

Herr Michel, wie sind Sie zu der ehrenamtlichen Arbeit mit Geflüchteten gekommen?

HOLGER MICHEL Das war völlig ungeplant. Im Sommer 2015, als Geflüchtete in den Medien jeden Tag das beherrschende Thema waren, habe ich das zwar wahrgenommen, aber es hat mich ehrlich gesagt nicht sehr interessiert. Ich war dafür, dass Deutschland aufnimmt, wollte aber selbst nicht so viel damit zu tun haben. Mit Freunden auf einer Party hatten wir dann die Idee, wir gehen da morgen auch mal hin. Wir wollten erst zum LAGeSo (Landesamt für Gesundheit und Soziales), aber das war ja am Wochenende geschlossen, und dann sagte jemand, „Fahrt doch nach Wilmersdorf!“. Wir sind dann für einen Nachmittag ins ehemalige Rathaus gefahren, das damals seit drei Wochen eine Notunterkunft war. Aus den zwei Stunden wurden sechs: Das war sehr euphorisierend, diese „Einfach-loslegen“-Stimmung. Sie haben uns gefragt, ob wir Sonntag wiederkommen könnten. Und dann bin ich mit ein, zwei Ausnahmen die nächsten vier Monate eigentlich jeden Tag dort gewesen.

Wie haben Sie das neben Ihrem Arbeitsalltag geschafft?

Ich habe früher angefangen zu arbeiten als sonst und habe das Büro dann auch früher verlassen. Also nicht mehr um 19 Uhr, sondern eher um 15, 16 Uhr. Als Kommunikationsberater habe ich abends oft Politik- oder Wirtschaftsempfänge, die habe ich konsequent ausfallen lassen und meine Abende im Rathaus verbracht. Es war wirtschaftlich vielleicht nicht schlau, und auch sozial nicht immer einfach, es sind auch Freunde auf der Strecke geblieben. Aber es war trotzdem das Richtige, ich würde es jederzeit wieder tun.

Das Rathaus Wilmersdorf ist eine für Berliner Verhältnisse relativ gute Notunterkunft. Es gibt Zimmer, die man zwar nicht abschließen kann, wo man aber zumindest mal eine Tür hinter sich schließen kann. Und man ist zu viert und nicht zu dreihundert in einem Raum.

Wilmersdorf ist in vielerlei Hinsicht einzigartig. Es ist eine Notunterkunft, die am Anfang quasi ausschließlich von Freiwilligen aufgebaut wurde, auch der Arbeiter-Samariter-Bund (ASB), der spätere Träger, war in den ersten drei Wochen nur durch seinen Katastrophendienst vertreten, der ja auch aus Freiwilligen besteht. Das waren 50 Leute, dazu kamen teilweise bis zu 500 Freiwillige am Tag. Dazu kam eine extrem hilfsbereite Nachbarschaft, das hatten wir auch nicht überall, und Leute, die in einer unglaublichen Geschwindigkeit Infrastruktur aufgebaut haben: Räume in Beschlag genommen, Unterricht organisiert, ein professionelles Sortiersystem für Spenden aufgebaut.

Haben sich auch Geflüchtete als freiwillige Helferinnen und Helfer eingebracht?

Sie waren sehr früh gut eingebunden. Das fing an mit denen, die übersetzt haben. Später haben Geflüchtete auch in der Kleiderkammer mitgeholfen, in der Spendensortierung, der Küche, der Wäscherei. Wir haben geschaut, wo wir sie in die Arbeitsabläufe integrieren können, zum einen, weil wir Entlastung brauchten, die Geflüchteten ja aber auch etwas Produktives tun mussten.

Wie meinen Sie das, etwas Produktives tun?

Die Geflüchteten müssen ständig zum LAGeSo, zum BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge), zur Ausländerbehörde. Sie müssen dreimal am Tag in der Küche anstehen. Wir hatten anfangs nur 20 Duschen, erst für 500, dann für 1.000 Leute. Das heißt, man steht ständig an. Aber das ist nicht produktiv. Wir haben schnell gemerkt, dass Leute, die eine Aufgabe haben, sich viel besser entwickeln, weil sie plötzlich wieder gebraucht werden. Dieses Moment hat ja jeder von uns: Man möchte gebraucht werden und Anerkennung bekommen.

Das steht in krassem Gegensatz zur normalen Situation in Notunterkünften, wo die Geflüchteten kaum etwas selbst organisieren oder bestimmen können. Ist das Erziehung zur Unselbstständigkeit?

Ja, und es wird ja auch von rechts immer ausgeschaltet: Die Geflüchteten müssen nichts machen, werden bedient, alles wird für sie organisiert. Wahr ist: Sie dürfen nichts machen. Das ist vielleicht für ein paar Tage toll, aber eine Notunterkunft hat ja nichts von einem Hotel. Kochen dürfen sie nicht, nicht mal einen Wasserkocher benutzen, aus Brandschutzgründen – was natürlich viele heimlich tun. Damit wird jede Selbstständigkeit förmlich aberzogen. Ich glaube schon, dass man den Geflüchteten und auch uns als der Aufnahmegesellschaft, die sich noch einige Jahre, vielleicht Jahrzehnte mit diesen Menschen beschäftigen wird, keinen Gefallen tut, wenn man sie selbst nichts machen lässt. Eine Notunterkunft ist gut für ein paar Wochen, auch, weil man dort schnell erkennen kann, welche Hilfe die Leute brauchen, was ihre Probleme sind. Aber für einen längeren Zeitraum ist das nichts.

Sie meinen, wenn Geflüchtete von Anfang an in einer eigenen Wohnung wären, würden sie eher untergehen, weil keiner merkt, dass sie neu sind, wenn die Tür zu ist?

Ich kann mich ja nur in etwas integrieren, was mir jemand zeigt, damit ich weiß, worin ich mich einfügen soll. Das ist eine Aufgabe, die wir als Freiwillige übernehmen. Wir zeigen ihnen: Das ist unsere Gesellschaft, hier gelten diese Regeln. Aber nach ein paar Monaten müssen die Leute auch wieder selbst entscheiden und handeln können. Deshalb ist unsere große Aufgabe nun, Wohnungen zu finden. Die Leute wollen nichts lieber als sich endlich wieder selbst versorgen zu können.

Wenn man Geflüchtete fragt, kritisieren sie oft vor allem das Essen in den Unterkünften und dann die Lebensbedingungen dort.

Ich habe lange auch nicht begriffen, wie identitätsstiftend Essen ist, wie wichtig es ist zu entscheiden: wann esse ich, was esse ich. Im Rathaus haben wir aktuell noch immer 20 Nationen, und es gibt eben nicht die eine Küche des Nahen oder Mittleren Ostens. Die afghanische Küche hat mit der syrischen wenig zu tun und mit der marokkanischen erst recht nichts. Egal wie gut das Essen ist, man wird mindestens jeden zweiten Tag etwas auf dem Teller haben, was man sich selbst niemals kochen würde. Und es ist eben Kantinenessen. Die Möglichkeit, selbst Essen einzukaufen und sich selbst etwas zu kochen und die Teller danach selbst abzuwaschen, ist etwas sehr Wichtiges.

Dafür haben Geflüchtete aus Berliner Notunterkünften mehrmals demonstriert. Mich hat oft gewundert, dass sie dafür auf die Straße gegangen sind und weniger für politische Forderungen. Aber vielleicht ist es ja politisch?

Es ist die Forderung nach Selbstbestimmung, deshalb ist es politisch. Auch wenn wir die Leute nach ihren Forderungen oder Wünschen gefragt haben, kam ganz oft: Ich möchte selbst kochen. Das hat uns anfangs auch überrascht, dass das die großen Träume von Deutschland sein sollen: in der Küche stehen und kochen? Anfangs habe ich auch manchmal in der Unterkunft gegessen, weil es logistisch gar nicht anders möglich war. Aber ich wollte das Essen dann irgendwann auch nicht mehr und habe mir immer selbst etwas mitgebracht. Ich konnte mir das leisten, aber die Flüchtlinge in einer Notunterkunft bekommen 127 Euro Taschengeld im Monat.

Abgesehen vom selbst Kochen: Was hilft den Flüchtlingen?

Ich glaube, es hilft alles, wodurch Menschen Wertschätzung erhalten, und ich glaube nicht, dass es hilfreich ist, wenn man das durch das klassische Lehren tut. Klar, Deutsch muss gelehrt werden, wobei auch da natürlich viel über einen persönlichen Austausch, im Gespräch, erfolgt. Doch gerade wenn wir über den klassischen Dreiklang Homophobie, Antisemitismus und Frauenfeindlichkeit reden, hilft es nichts, wenn ich das Grundgesetz ins Arabische übersetzen lasse. Und es hilft nichts, wenn ich Vorträge halte, bei denen die Leute einfach zwei Stunden beschallt werden.

Was sollte denn Ihrer Ansicht nach an politischer Bildung in diesen Bereichen, also als Arbeit gegen Vorurteile, passieren?

Da hilft es wirklich, wenn man die Leute an die Hand nimmt und sagt, wir verbringen heute mal den Tag zusammen, du kommst mit mir auf einen Geburtstag, oder nächste Woche ist CSD (Christopher Street Day) in der Stadt, das ist vielleicht ein bisschen crazy für dich, aber guck es dir doch mal an. Alles hilft, wo man den Leuten auf einer persönlichen Ebene zeigt, was eigentlich unsere Vorstellung von unserer Gesellschaft ist. Die ist natürlich im Rathaus sehr idealisiert. Wir haben ein Lebensmodell vorgelebt, nach dem jeder die gleichen Rechte hat, alle Menschen gleich sind. Wenn wir einmal durch Berlin oder auch andere Städte gehen, sehen wir, dass das nicht unbedingt so ist.

Das geht ja eigentlich nur über eine persönliche Beziehung, Freundschaften, Austausch. Sollen wir uns jetzt alle Geflüchtete als Freunde suchen?

Integration funktioniert nur, wenn wir auch bereit dazu sind, uns auf die Menschen einzulassen. Wir müssen es nicht tun. Aber dann dürfen wir uns auch nicht wundern, wenn sie anders leben als wir. Bei uns haben wir ein Patenschaftsmodell aufgebaut, wir haben Treffen veranstaltet, wo man sich kennenlernen konnte, und wenn dann zwei gemerkt haben, sie mögen sich, dann konnten sie das weiterentwickeln. Daraus ist ganz viel entstanden.

Gab es auch Situationen, in denen Geflüchtete andere abgelehnt oder angefeindet haben?

Wir hatten von Anfang an jüdische Helfer, homosexuelle Helfer, Helfer mit Behinderungen. Wir hatten nicht ein einziges Mal den Fall, dass etwa eine Ansage von einer Frau nicht akzeptiert wurde. Viele Bereiche wurden von Frauen geleitet. Wenn sie etwas entschieden haben, dann war das so, Punkt. Wir hatten nie Konflikte deshalb. Darum bin ich immer ein bisschen erstaunt, wenn ich von dramatischen Konflikten anderswo höre, und frage mich, warum das bei uns geklappt hat.

Und warum?

Ich glaube, weil wir von Anfang gewisse Dinge gar nicht zur Disposition gestellt haben. Bei uns hieß es: Das ist Berlin, so ist das hier. Das wurde bei Bedarf erklärt, aber nicht diskutiert. Es gab Momente, die neu waren für unsere Bewohner. Natürlich wurde am Anfang auch erstaunt geguckt. Aber wenn jemand erstaunt guckt, ist das für mich noch kein Problem. Ein Problem beginnt erst, wenn er es ablehnt oder angreift.

Können Sie dafür Beispiele geben? Was haben Sie an Reaktionen und vielleicht auch Irritationen bemerkt, wie hat sich das erstaunte Gucken geäußert?

Wir hatten mehrere jüdische HelferInnen. Eine trug immer eine Kette mit einem großen Davidstern um den Hals. Sie wurde dann schon gefragt, ob sie Jüdin sei. Unsere SyrerInnen hatten 30 Jahre lang alles Mögliche über Israel und die bösen Juden gelernt. Aber sie hatten noch nie eine Jüdin gesehen. Im November 2016 hat die jüdische Gemeinde vom Fränkelufer am Mitzvah Day, dem Tag der guten Tat, bei uns geholfen, und da war ich schon ein bisschen angespannt. 60 Jüdinnen und Juden kamen zu uns ins Haus, die Männer alle mit Kippa, alle mit grünen T-Shirts mit Davidsternen drauf. Und sie waren bei uns dann von 1.000 Muslimen umgeben. Dann fing eine Gruppe mit Kinderschminken an, mit den Kindern kamen die Frauen und mit den Frauen kamen die Männer, und zum Schluss haben alle gemeinsam in der Kleiderkammer gearbeitet, gemeinsam Spenden sortiert und Fußball gespielt.

Durch solche Aktionen können Vorurteile auf beiden Seiten abgebaut werden, meinen Sie?

Ich glaube, dass so eine direkte Konfrontation viel mehr bringt, als wenn ich in einem zweistündigen Vortrag erkläre, dass Juden nicht böse sind. Genauso war es mit Homosexuellen. Die Syrer und Iraner hatten nie Homosexuelle gesehen oder sie wussten es nicht, weil die es versteckt haben. Bei uns waren Homosexuelle normal, und die Geflüchteten haben festgestellt, die sind nicht pervers und krank, sondern Menschen, die uns helfen. Dadurch konnten wir viele Vorurteile abbauen, und bis heute hatten wir nicht einen einzigen Übergriff in unserer Unterkunft. Das sehe ich als großen Erfolg, es bestätigt mich darin, dass es richtig ist, ohne Berührungängste vorauszusetzen zu zeigen, was hier erwartet wird. Es gab erstaunte Blicke, es gab Fragen, aber Fragen sind für mich erst mal ein Zeichen von Interesse und Offenheit.

Und wenn dann jemand fragt, so wie Sie es auch erlebt haben, ob Juden in Deutschland überhaupt Steuern zahlen müssen, ist das auch noch ein Zeichen von Interesse?

Das ist exakt das, was ich vorhin angesprochen habe: Antijüdische und antisraelische Propaganda ist bei manchen Geflüchteten zweifelsohne verankert. Aber der Punkt ist doch: Ist es schon Antisemitismus, wenn ich etwas gehört habe und bereit bin, diese Frage aufzuklären? Ich glaube nicht, dass wir uns einen Gefallen tun, wenn wir jede kritische Frage, auch wenn sie uns absurd erscheint, automatisch als Antisemitismus abstempeln.

Weil wir die Diskussion damit abwürgen?

Ja, und damit sagen, du bist Nazi, du bist Antisemit. Genauso möchte ich auch bei den sogenannten besorgten Bürgern nicht jede kritische Frage sofort als rechtsextrem oder rechtspopulistisch abtun. Wir müssen uns schon fragen: Was sind Vorurteile? Kann man damit arbeiten? Wenn ich antworte: Nein, das stimmt nicht, Juden müssen Steuern zahlen, sie haben nicht mehr oder weniger Rechte als andere, der Fragende das aber weiterhin erzählt oder sagt, dass ich lügen würde, dann habe ich verloren. Wenn er mir aber die Möglichkeit gibt aufzuklären, das Gerücht in einen historischen Kontext einzuordnen, definiere ich das noch nicht als Antisemitismus. Ich glaube, Fragen müssen wir aushalten können, um einzugreifen, wenn aus der Frage eine Handlung wird.

Als wie gefestigt haben Sie solche Einstellungen denn erlebt?

Vorurteile sind gefestigt, unsere Erfahrung ist aber, dass die Mehrheit der Leute durchaus bereit war, diese einem Realitätscheck zu unterziehen. Unser Heimleiter war schwul, viele HelferInnen sind jüdisch, Frauen haben die meisten Bereiche bei uns geleitet. Wenn solche Vorurteile so verhärtet gewesen wären, dass wir da nicht rangekommen wären, dann hätte das bei uns im Haus nicht funktioniert.

Ist vielleicht bei vielen auch Offenheit und Bereitschaft da, nach einer Flucht mit dem Ankommen, dem Neuanfang, die eigenen Einstellungen noch mal zu überprüfen?

Viele sind ja aus einer Diktatur, aus einem Krieg geflohen, haben da die letzten Jahre, bevor sie fliehen konnten, gelitten, und merken hier, dass sie eine offene Gesellschaft vorfinden. Das heißt nicht, dass nicht auch Leute mit gefestigten extremistischen Meinungen unter den Geflüchteten sind, keine Frage. Wir haben eine Gesellschaft aufgenommen, keine Engel. Wir haben hier aber erlebt, dass die Bereitschaft, sich an die neue Situation anzupassen, sehr hoch ist.

Haben Sie auch beobachtet, dass Menschen sich auf extremistische Ansichten zurückziehen?

Ganz am Anfang hatten wir mal eine Situation, da standen eines Tages drei komplett verschleierte Frauen bei mir im Helferbüro, die sich engagieren wollten. Wir waren sehr unsicher, wie wir damit umgehen sollten, haben dann aber gesagt, wir lassen sie hel-

fen, behalten sie aber im Auge, und wir haben die Polizei informiert. Als die Polizei kam, waren die Frauen aber schon wieder weg, weil unsere Bewohnerinnen die Frauen aus dem Haus geworfen haben.

Was war da passiert?

Die Frauen wollten Koranschriften verteilen und haben angeboten, dass man sich für Gespräche außerhalb des Hauses treffen könnte. Unsere Bewohnerinnen haben sehr harsch reagiert und gesagt, dass sind genau die Leute, vor denen viele von uns fliehen mussten – die Afghanen vor den Taliban, die Syrer vor dem sogenannten IS. Davon wollen wir jetzt hier verschont bleiben. Die sind danach auch nicht wiedergekommen. Allgemein schien das Interesse, unter den Flüchtlingen für religiöse Themen zu werben, schon groß. Deren Interesse, sich ansprechen zu lassen, ist jedoch deutlich geringer. Viel aktiver als muslimische haben allerdings christliche Gruppen das bei uns versucht, etwa die Zeugen Jehovas, die nach zwei Wochen ihren Stand an der Notunterkunft aufgebaut haben und bis heute standhaft dort stehen, wie auch amerikanische Gruppen, die sich bei uns engagiert haben, einige mit dem klaren Ziel der Missionierung.

Wie wichtig ist den Geflüchteten Religion nach Ihren Erfahrungen?

Wir haben bei unseren BewohnerInnen gemerkt, dass der Bedarf relativ gesättigt scheint. Die Gebetsräume, die wir eingerichtet haben, wurden wenig genutzt. Die christlichen Bewohnerinnen und Bewohner, die wir auch haben, haben sich sehr schnell auf die umliegenden Kirchen verteilt. Die Leute von der Moschee bei uns in der Straße haben sich mal indirekt beschwert, dass kein einziger Bewohner dahin komme. Im Ramadan haben viele gefastet, das war kein Problem. Jeder soll seine Religion ausleben, solange er auch andere akzeptiert, und das war bei uns der Fall. Ich habe während des Ramadans Alkohol getrunken und im Haus gegessen, ohne dass mir jemand gesagt hätte, ich soll das unterlassen. Das ist genau das, was ich möchte, die Koexistenz von Religionen und Lebensrealitäten, ohne dass man sich daran stört.



HOLGER MICHEL

ist selbstständiger Kommunikationsberater in Berlin und engagiert sich in der Flüchtlingshilfe. Sein Buch „Wir machen das. Mein Jahr als Freiwilliger in einer Unterkunft für Geflüchtete“ (Verlag Kiepenheuer & Witsch) ist im März 2017 erschienen.

Foto: Freia Königer

Willkommen in der Schule

Die Willkommensklassen, in die geflüchtete Kinder in Berlin zuerst eingeschult werden, sind Herausforderung, Überforderung und Erfolgsmodell zugleich. Damit sie ihre Ziele erreichen können, ihren SchülerInnen nicht nur Deutsch beizubringen, sondern auch Orientierung und Perspektiven in dieser Gesellschaft zu eröffnen, müssen sie besser ausgestattet werden. Und es muss noch mehr passieren.

AUTOR Derviş Hızarcı, Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus

Als vor einigen Jahren erste Klassen für geflüchtete SchülerInnen an Berliner Schulen eingerichtet wurden, war nicht absehbar, welchen großen Herausforderungen sich die Schullandschaft Berlins, aber auch ganz Deutschlands gegenübersehen würde. Zunächst wurden Fragen der Eltern, aber auch der LehrerInnen laut: Wie gehen wir mit diesen SchülerInnen um? Was passiert mit dem Unterricht meines Kindes? Werden jetzt riesige Klassen entstehen, in denen die Kinder nicht mehr ausreichend pädagogisch betreut werden? Doch es gab auch Engagement: Wie können wir helfen? Was können wir als Eltern tun, um den jungen Geflüchteten einen guten Start zu ermöglichen?

Mit der wachsenden Zahl Geflüchteter und der heftigen Diskussion über den Umgang mit ihnen bekamen die Willkommensklassen verstärkte Aufmerksamkeit. Eltern mit ihren Ängsten und Fragen traten und treten an die Verantwortlichen heran. Die Sorgen wurden konkreter und im Schulalltag deutlicher: „Warum muss ich für das Schulessen meines Kindes bezahlen, während Geflüchtete keinen Cent dafür ausgeben?“, „Wie kann es sein, dass Lehrkräfte, die bisher mein Kind unterrichtet haben, plötzlich nur noch für die (Geflüchteten) zuständig sind?“. Diesen nachvollziehbaren Sorgen und Ängsten, denen ich auch selbst als Lehrer von drei Willkommensklassen immer wieder begegnete, stehen Reaktionen gegenüber.

So sagte etwa der Rektor des Dreilinden-Gymnasiums Wannsee, Jens Stiller, im Tagesspiegel: „Die Weltgeschichte hat bei uns an die Tür geklopft“.¹ Schnell wurden von ihm innovative Konzepte zur Integration und Beschulung geflüchteter SchülerInnen umgesetzt. MitschülerInnen übernahmen Patenschaften, Klassenräume wurden neu gestaltet und so fort. Aber es gibt auch andere Bei-

spiele: So gibt es Willkommensklassen, die provisorisch in Klassenräumen im Untergeschoss oder Gebäuden fernab vom Schulgelände untergebracht wurden. Mancherorts wurden Pausenzeiten so gesetzt, dass sich die geflüchteten SchülerInnen zu anderen Zeiten als die SchülerInnen der Regelklassen auf dem Schulhof aufhalten. So wird gegenseitiges Kennenlernen verhindert. Deutlich wird dabei, dass individuelle Komponenten wie die Haltung des Führungspersonals an Schulen gegenüber den Geflüchteten und der persönliche Zugang der jeweiligen LehrerInnen eine große Rolle beim Erfolg von Willkommensklassen spielen.

Die Ausnahme als Normalsituation: Herausforderungen und Alltag in Willkommensklassen

Oberstes Ziel der Willkommensklassen ist die Heranführung der Kinder und Jugendlichen an den Regelunterricht. Schwerpunkt dabei ist das Erlernen der deutschen Sprache. Die Bezeichnung „Willkommensklassen“ verdeutlicht, dass eine offene, tolerante und diverse Gesellschaft betont werden soll. Der Begriff wird jedoch auch unter KollegInnen und in Fachkreisen kontrovers diskutiert. Ein zentraler Kritikpunkt ist, dass durch das Bild des „Willkommen-Heißens“ deutlich gemacht wird, dass hier eine Option und damit Hierarchie gegeben ist: Man kann jemanden willkommen heißen – oder eben auch nicht. Klar wird so, dass es einen Gastgeber gibt – und damit jemanden, von dessen gutem Willen man abhängig ist – und einen Gast. Die SchülerInnen werden damit nicht als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft betrachtet, sondern haben einen Sonderstatus, den sie so leicht auch nicht loswerden. Das in populistischen Kontexten häufig verwendete Bild des Gastes, der sich an die Regeln der HausherrInnen zu halten hat, signalisiert Ungleichwertigkeit. So gibt es Berliner Schulen, die sich diesem Begriff bewusst verweigert haben und von „internationalen Klassen“ sprechen.

¹ <http://www.tagesspiegel.de/berlin/willkommensklassen-am-dreilinden-gymnasium-fluechtlinge-erhalten-feierlich-ihre-zeugnisse/13904172.html>, Zugriff am 16.02.2017

Ziel dieses Textes soll aber nicht sein, neue Begrifflichkeiten zu prägen. Mir ist lediglich wichtig aufzuzeigen, auf wie vielen Ebenen PädagogInnen sich mit der Thematik auseinandersetzen und versuchen, lösungsorientiert im Sinne der jungen Geflüchteten zu denken und zu handeln.

Neben der Verwaltung und dem pädagogischen Personal müssen natürlich die SchülerInnen selbst in den Fokus gerückt werden. Die Willkommensklassen sind äußerst heterogen: Da die Zusammensetzung der SchülerInnen nicht entsprechend der Herkunft der Kinder erfolgt, gibt es keine gemeinsame Sprache, die im Klassenzimmer gesprochen werden kann. In einer der drei Willkommensklassen, in denen ich als Lehrer tätig bin, sind bei 14 SchülerInnen sechs Herkunftsländer vertreten: Afghanistan, Iran, Irak, Syrien, Türkei, Ghana. Die Muttersprachen sind noch vielfältiger: Urdu, Dari, Farsi, Kurmandschî, Arabisch, Türkisch, Aramäisch und die Landessprache Ghanas. Eine weitere Herausforderung sind die teils immensen Altersunterschiede der SchülerInnen: Die jüngste Schülerin ist 13, der älteste Schüler 16 Jahre alt. Auch die religiöse Zugehörigkeit ist sehr vielfältig: Die SchülerInnen sind sunnitisch (Islam), schiitisch (Islam), katholisch (christlich), syrisch-orthodox (christlich) und jesidisch. Wenn dabei noch regionale Dialekte, die teilweise auch Hindernisse in der Verständigung darstellen, sowie regionale kulturelle Unterschiede bedacht werden, wird deutlich, vor welchen immensen Herausforderungen PädagogInnen in den Willkommensklassen stehen.

Stellt man dieser Zusammensetzung eine Regelklasse einer Berliner Schule gegenüber, werden die Dimensionen noch deutlicher: Darin sind durchschnittlich 26 SchülerInnen mit einem Altersunterschied von maximal einem Jahr. Die meisten haben eine vergleichbare Sozialisation und ihre Alltagssprache ist vor allem Deutsch, auch wenn einige einen bilingualen (deutsch-türkischen oder deutsch-arabischen) Hintergrund haben.

Dazu kommt, dass die Kinder und Jugendlichen in den Willkommensklassen Kriegs- und Fluchterfahrung und damit Traumata mitbringen. Es gibt Kinder, die ihre Familien bei sich haben, und solche, die ohne Angehörige als sogenannte unbegleitete minderjährige

Flüchtlinge angekommen sind. Es gibt Kinder und Jugendliche, die vorher regelmäßig Schulen – teils mit hohem Standard – besucht haben und solche, denen zuvor kein regelmäßiger Schulbesuch möglich war und die in einigen Fällen auch in ihrer Muttersprache nicht alphabetisiert sind. Außerdem gibt es eine sehr hohe Fluktuation in den Willkommensklassen, die aufgrund von Änderungen der Wohnverhältnisse, Rückführung in die Herkunftsländer oder Wechsel in die Regelklassen entsteht.

Das Personal in Willkommensklassen ist oft nicht pädagogisch ausgebildet. Doch auch regulär ausgebildete LehrerInnen sind auf diese schwierige und komplexe Lage nicht ausreichend vorbereitet. Auch kommt eine häufig notwendige sonderpädagogische Betreuung deutlich zu kurz. Wenn diesen Kindern Perspektiven aufgezeigt werden sollen, müssen auch die nötigen personellen und zeitlichen Ressourcen aufgewendet werden. Diese sollten maßgeblich in sonderpädagogische Betreuung und Schulsozialarbeit fließen.

Perspektiven für eine gelingende Arbeit mit Geflüchteten in Willkommensklassen

Es gibt eine große Kluft zwischen den unterschiedlichen Wahrnehmungen der gegenwärtigen Situation und den darüber geführten Debatten einerseits und dem immensen gesellschaftlichen Engagement, das geleistet wird, auf der anderen Seite. Die Debatten werden häufig nicht differenziert und reflektiert genug, teils einseitig und diskriminierend geführt. Sie finden in der Regel stark problemorientiert statt², während die praktische Flüchtlingshilfe, die sowohl zivil und ehrenamtlich als auch professionell und staatlich erbracht wird, hauptsächlich lösungsorientiert ist. Von einer Blindheit oder gar einem Versagen des Staates kann dabei keineswegs die Rede sein. Der Großteil aller involvierten Behörden, Ämter, Ministerien, aber auch kirchlicher und anderer Einrichtungen sind sich der Situation sehr bewusst und nehmen eine aktiv mitwirkende Rolle ein. Auch wenn es in der Umsetzung noch viele Probleme gibt und optimale Lösungen oft noch nicht gefunden wurden, ist der wohlwollende und lösungsorientierte Ansatz, der auf Integration abzielt, klar zu erkennen.

Ziel aller Bemühungen muss letztlich sein, die SchülerInnen schnellstmöglich in die Regelklassen, aber vor allem auch in das Zusammenleben in unserer Gesellschaft einzubinden. Um das effektiv und zeitnah umzusetzen, muss sich im schulischen Kontext auf allen Ebenen noch vieles ändern. Dazu gehören infrastrukturelle Standards für Willkommensklassen, die einen guten Unterricht ermöglichen. Die Qualität der Unterrichtsräume sollte nicht auf Zufall und dem guten Willen oder den finanziellen Voraussetzungen einzelner Schulen basieren, sondern sich an angemessenen Standards orientieren.

Die Willkommensklassen sind äußerst heterogen: Da die Zusammensetzung der SchülerInnen nicht entsprechend der Herkunft der Kinder erfolgt, gibt es keine gemeinsame Sprache, die im Klassenzimmer gesprochen werden kann.

² „Bürger verunsichert – Wie umgehen mit kriminellen Zuwanderern?“ – Titel der Anne-Will-Sendung vom 15.01.2017. „Das Ende der Willkommenskultur“ – FAZ-Artikel vom 3. Februar 2017, die Liste könnte weitergeführt werden.

Im Ausland oder in Deutschland erworbene Schulabschlüsse nach Staatsangehörigkeit

Anteile an den 18-Jährigen und Älteren in Prozent

Staatsangehörigkeit	k.A.	keine Schule besucht	Schule ohne Abschluss verlassen	Mittelschulabschluss	weiterführender Schulabschluss	sonstiger Schulabschluss
Syrien	9	5	21	22	40	4
Afghanistan	11	26	31	11	17	4
Irak	8	15	31	25	19	2
Afrika	7	13	31	25	20	3
Westbalkan	7	8	38	21	23	3
Sonstige/ Staatenlos	7	2	14	29	47	2
Insgesamt	8	9	24	23	32	3

ANMERKUNGEN: „Schulbesuch“ wurde angepasst zu „Schulbesuch mit Abschluss“, wenn die Schule des Abschlusses höher als die besuchte Schule war.
 QUELLE: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016; gewichtet.

Der Tatsache, dass viele Quereinsteiger in Willkommensklassen arbeiten, sollte mit einer Aufstockung des Personals insgesamt Rechnung getragen werden. Es braucht weit mehr SchulsozialarbeiterInnen, SonderpädagogInnen und ausreichend ausgebildete Lehrkräfte, die in Willkommensklassen unterrichten. Auch die außerschulische Betreuung sollte aufgewertet werden, mit mehr gezieltem Einbezug von politischen BildnerInnen sowie anderen Möglichkeiten auch der Freizeitgestaltung.

Dass die Aufstockung von Personal kostet, ist unbestritten. Daran jedoch kurz- oder mittelfristig sparen zu wollen, hieße, langfristig die Rechnung bezahlen zu müssen. Denn ohne bedarfsgerechte Personalausstattung wird die Integration der Geflüchteten dem Zufall überlassen. Es ist sowohl aus ökonomischen Gründen wie aus gesellschaftlicher Verantwortung heraus notwendig, an dieser Stelle zu investieren, da wir es nur so schaffen, diesen jungen Menschen zielgerichtet zu helfen und ihnen Perspektiven in unserer Gesellschaft aufzuzeigen. Insgesamt sollte die Teilhabe am schulischen, aber auch am gesellschaftlichen Leben stärker gefördert werden. Der momentan sehr dominante Fokus auf Spracherwerb bedarf einer Ergänzung durch außerschulische und die Gemeinschaft fördernde Aktivitäten. Ein Ansatz sind die bereits erwähnten Schulpartnerschaften, aber auch andere über den schulischen Alltag hinausgehende intergenerationale Partnerschaften, die ebenfalls bereits mancherorts durchgeführt werden.

Der drängende Wunsch nach Teilhabe und Akzeptanz aufseiten der jungen Geflüchteten wurde in zahlreichen Gesprächen – nicht zuletzt auch mit meinen eigenen SchülerInnen – sehr deutlich geäußert. Darin treffen sich die Interessen der SchülerInnen mit denen des Staates. Das muss sehr ernst genommen und zielorientiert

angegangen werden. Denn dieser Bedürfnislage gerecht zu werden, heißt, eine erfolgreiche Integration junger Geflüchteter zu ermöglichen. Nur so wird die kontrovers diskutierte Aussage „Wir schaffen das“ von Bundeskanzlerin Angela Merkel zu einer realistischen Perspektive für die deutsche Migrationsgesellschaft.

Derviş Hızarcı ist Lehrer und Vorstand der KlGA e.V.

Von einer Blindheit oder gar einem Versagen des Staates kann dabei keineswegs die Rede sein. Der Großteil aller involvierten Behörden, Ämter, Ministerien, aber auch kirchlicher und anderer Einrichtungen sind sich der Situation sehr bewusst und nehmen eine aktiv mitwirkende Rolle ein.

Angestrebte Schul- und berufliche Bildungsabschlüsse
(Anteile an den 18-Jährigen und Älteren in Prozent)

	Schulabschlüsse			Berufs- und Hochschulabschlüsse	
	Abschluss angestrebt ¹	darunter Art des Abschlusses		Abschluss angestrebt	darunter Art des Abschlusses
	Alle	k. A.	Abitur oder Fach- oberschulabschluss	alle	Akademischer Abschluss ²
Alle	46	25	35	66	35
Alter					
18–25	65	17	41	84	41
26–35	43	30	28	69	33
36 und älter	26	35	27	41	24
Aufenthaltstitel					
Im Verfahren	52	25	32	68	31
Anerkannt	36	24	45	67	44
Duldung	52	17	21	55	13
Sonstiges	44	25	29	47	42
Bleibewunsch					
Für immer	47	24	33	65	32
Befristet	33	24	49	70	57
Schulabschluss aus dem Ausland					
Keine	57	22	24	62	14
Beruflich	45	17	39	67	25
Hochschule	33	33	56	78	58
Bildungsabschluss aus dem Ausland					
Keine	54	24	32	64	26
Beruflich	31	25	22	55	17
Hochschule	23	30	66	80	70

ANMERKUNGEN: 1) Vielleicht oder sicher angestrebt. 2) Akademische Abschlüsse: Universität, Fachhochschule und anerkannte Berufsakademien. Zellen mit weniger als 30 Fällen sind kursiv markiert. QUELLE: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016; gewichtet.

Daten und Zahlen

Migrationsbiografien und Einstellungen Geflüchteter

Um belastbare Daten über die in den vergangenen Jahren nach Deutschland geflüchteten Menschen zur Verfügung zu stellen, haben das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), das Forschungszentrum Migration, Integration und Asyl des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF-FZ) sowie das Sozioökonomische Panel (SOEP) am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) im November 2016 erste Ergebnisse einer Befragung von 2.349 Geflüchteten veröffentlicht. Die von der Bundesagentur für Arbeit, dem Bundesministerium für Bildung und Forschung und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales finanzierte und vom Bundesinnenministerium mit Daten unterstützte Erhebung dauert noch an: Insgesamt sollen bei der Erhebung 4.500 Flüchtlinge befragt werden.

42 Prozent der für die Erhebung befragten Geflüchteten stammen aus Syrien, zehn Prozent aus Afghanistan, neun Prozent aus dem Irak und fünf Prozent aus Eritrea. Drei Prozent sind aus Pakistan und jeweils zwei Prozent aus Nigeria, Albanien, der Russischen Föderation, Serbien und dem Iran. Themen der Interviews sind unter anderem Fluchtgründe, -wege und -kosten, Bildungsstand und berufliche Pläne der Geflüchteten in Deutschland sowie ihre Einstellungen zu Demokratie oder Geschlechtergleichberechtigung.

Wir danken dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und den anderen Urhebern der Studie für die freundliche Genehmigung, Grafiken und Tabellen aus der Erhebung abdrucken zu dürfen.

PROJEKT:

**VORURTEILE
ABBAUEN,
VIELFALT..
SCHÄTZEN**

Was brauchen schulische Lehrkräfte und BildnerInnen der (politischen) Bildungsarbeit bei der Arbeit mit jungen Geflüchteten? Welche Materialien und Konzepte können sinnvoll modifiziert und angewendet werden?

Dem die ist die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus (KIgA) im Projekt „Vorurteile abbauen, Vielfalt schätzen“ mit einer Bedarfsanalyse und Praxisversuchen nachgegangen. Auf der Grundlage der dabei gewonnenen Erkenntnisse wurden Thesen für die (politische) Bildungsarbeit mit (jungen) Geflüchteten entworfen.

Vorurteile abbauen, Vielfalt schätzen. Ein Projekt für Geflüchtete

Jugendliche Geflüchtete stoßen hier auf Vorurteile – und bringen teils selbst solche mit. Damit PädagogInnen dem begegnen können, brauchen sie geeignete pädagogische Konzepte und Materialien. Die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus hat mit dem Projekt „Vorurteile abbauen, Vielfalt schätzen“ zunächst die Bedarfe erfasst. Auf der Grundlage der dabei gewonnenen Erkenntnisse wurden dann Praxisprojekte entwickelt und erprobt.

AUTORIN Melanie Kamp, Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus



KIGa-Workshop mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen, Berlin, November 2016
Foto: KIGa e. V.

Grundlegendes zum Projekt

Das Projekt „Vorurteile abbauen, Vielfalt schätzen“ setzte sich aus zwei aufeinander bezogenen Projektsäulen zusammen: einer sozialwissenschaftlich fundierten Problem- und Bedarfsanalyse sowie einer Erprobung und Adaption pädagogischer Konzepte und Methoden der KlGA.

Der analytische Teil stützte sich wesentlich auf Interviews mit LehrerInnen von Willkommensklassen und BetreuerInnen von unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten. Aufgrund der Kürze der Zeit, die uns zur Verfügung stand, beinhaltet unser Sample der InterviewpartnerInnen eine Reihe von Verzerrungen, die sich zum einen aus der niedrigen Fallzahl, zum anderen aus der Auswahl der InterviewpartnerInnen ergeben, die zum besseren Verständnis hier deutlich gemacht werden: Neben zwei Expertengesprächen haben wir mit insgesamt 18 LehrerInnen sowie BetreuerInnen unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter gesprochen. Zehn dieser Gespräche wurden von uns aufgenommen, davon neun für die Auswertung transkribiert. Die Gespräche wurden auf der Grundlage eines Leitfadens geführt und dauerten zwischen 40 und 150 Minuten.

Die Kontakte zu den Lehrkräften und BetreuerInnen kamen auf verschiedenen Wegen zustande. Mal wendeten sich Lehrkräfte an die KlGA, weil es Vorkommnisse in ihrer Klasse gab, denen sie mit Projektschultagen begegnen wollten. Mal initiierte ein ehrenamtlicher Helfer den Kontakt zu einer Einrichtung für unbegleitete minderjährige Geflüchtete, weil ihn aus persönlichen Gründen die Frage des Antisemitismus umtrieb. Er war auf das Brett- und Rollenspiel „Was nun?“ aufmerksam geworden, das die KlGA vor etwa zehn Jahren für die offene Jugendarbeit entwickelte hat. Das Spiel beinhaltet drei verschiedene Konfliktszenarien zu den Themen Liebe, Autorität und Nahostkonflikt, die er als nützlich für die Arbeit mit den Jugendlichen einschätzte. In einem anderen Fall kam der Kontakt zu einer Einrichtung indirekt vermittelt durch die Polizei zustande. Die Heimleiterin hatte sich an die Polizei gewandt, weil in ihrer Einrichtung Männer aufgetaucht waren, die sie dem radikalen salafistischen Spektrum zuordnete. Sie suchte deshalb nach Informationen und Workshops zur Radikalisierungsprävention. Weitere Gespräche entwickelten sich aus persönlichen Kontakten und Empfehlungen.

Worüber haben wir gesprochen? Wir wollten mehr über die Situation der Jugendlichen erfahren und vor allem Hinweise darauf erhalten, welchen Bedarf es an politischer Bildungsarbeit gibt und wie man zielgruppenspezifisch Methoden überarbeiten oder neue entwickeln kann. Wohl wissend, dass jede Institution ihre Besonderheiten hat, jede Willkommensklasse, jede zu betreuende Jugendgruppe anders zusammengesetzt ist, interessierten uns zunächst die konkreten Bedingungen, unter denen die jeweiligen Lehrkräfte und BetreuerInnen arbeiten. Darüber hinaus wollten wir mehr wissen darüber,

- wie sie die Jugendlichen wahrnehmen,
- wie die Jugendlichen untereinander klarkommen,
- wie es aus ihrer Sicht um das Interesse der Jugendlichen für Politik und Religion bestellt ist,
- welchen Bedarf sie für politische Bildungsarbeit sehen,

- welche methodisch-didaktischen Möglichkeiten sie sehen, mit den Jugendlichen zu arbeiten,
- inwiefern sie die Diskussion über eingewanderten Antisemitismus mitbekommen haben und wie sie das Problem vor dem Hintergrund ihrer Erfahrungen einschätzen.

Die folgende Auswertung spiegelt also die Sichtweise der Lehrkräfte und BetreuerInnen, wie sie sich uns in den Gesprächen dargestellt hat. Im Ergebnis waren es spannende und engagierte Gespräche, in denen sich sowohl der Wunsch der Lehrkräfte und BetreuerInnen nach Austausch ausdrückte als auch ihr generelles Engagement für ihre Arbeit. In gewisser Weise ist dies ein weiterer Hinweis auf die Verzerrungen, die in diesem Sample stecken. Denn dass es durchaus andere Lehrkräfte gibt, die unfreiwillig in den Willkommensklassen arbeiten und weniger engagiert sind, konnten wir aus den Gesprächen ebenfalls heraushören.

Im Rahmen der Problem- und Bedarfsanalyse hospitierten wir auch im Unterricht verschiedener Berliner Willkommensklassen. An einer Grundschule beobachteten wir lediglich den regulären Sprachunterricht. An einem Gymnasium dagegen hatten wir die Gelegenheit, eine Geschichtsstunde in einer Willkommensklasse zu verfolgen. Der Lehrer arbeitete mit Methoden der KlGA (Zwischen Emanzipation, Holocaust und Überleben; Wie Ausgrenzung funktioniert), sodass wir hier nicht nur erste Hinweise auf konkrete Anwendungsschwierigkeiten, sondern auch Anregungen für die Adaption der KlGA-Methoden erhalten haben.

Weitere Anregungen haben wir aus der teilnehmenden Beobachtung bei verschiedenen Projektschultagen und Workshops zur Staatsgründung Israels und zum Nahostkonflikt gezogen, die die KlGA mit gemischten Gruppen durchgeführt hat. Beide Themen wurden jeweils auf Anfrage an zwei Tagen einmal an einem Gymnasium mit einer Schülergruppe und einmal mit einer Gruppe Bundesfreiwilligendienstleistender (Bufdis) durchgeführt. Die Schülergruppe setzte sich aus Willkommensklasslern und Politikkursschülern der Oberstufe zusammen. Das Altersspektrum der Schüler reichte von etwa 12 bis 17 Jahren. Die Gruppe der Bufdis setzte sich ebenfalls aus Deutschen und Geflüchteten zusammen.

Wohl wissend, dass jede Institution ihre Besonderheiten hat, jede Willkommensklasse, jede zu betreuende Jugendgruppe anders zusammengesetzt ist, interessierten uns zunächst die konkreten Bedingungen, unter denen die jeweiligen Lehrkräfte und BetreuerInnen arbeiten.

Während die deutschen TeilnehmerInnen überwiegend um Anfang 20 waren, gab es unter den geflüchteten Bufdis auch solche, die bereits Mitte oder Ende 20 waren, einige waren über 30 Jahre alt.

Alle Erfahrungen, die wir während dieser Hospitationen gesammelt haben, flossen in unsere eigenen Erprobungen und Adaptionen vorhandener KlG-A-Methoden ein. Sowohl in Berlin als auch in Brandenburg führten wir an jeweils einer Schule Projektschultage mit Willkommensklassenschülern der Sekundarstufe durch. Die jüdischen Biografien, die der Methode „Zwischen Emanzipation, Holocaust und Überleben“ zugrunde liegen, wurden hier aufgegriffen und neu kontextualisiert, um sie den Willkommensklässlern zugänglich zu machen.

Darüber hinaus führten wir drei Workshops mit unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten aus mehreren Berliner Notunterkünften durch. Die Workshops basierten auf den drei oben genannten Modulen des Brett- und Rollenspiels „Was nun?“, das wir für den Einsatz ins Arabische hatten übersetzen lassen. Um das Vertrauen der Jugendlichen zu gewinnen, die, anders als die SchülerInnen, auf freiwilliger Basis in ihrer Freizeit an unseren Workshops teilnahmen, versuchten wir in allen drei Anwendungen möglichst mit denselben Jugendlichen zu arbeiten. Das ist uns nur teilweise gelungen. Aufgrund der Fluktuation haben wir mit insgesamt zehn verschiedenen Jugendlichen in den verschiedenen Workshops gearbeitet. Das Spiel selbst ist für sechs bis sieben TeilnehmerInnen ausgelegt.

Mit welchen Herausforderungen die jeweiligen Adaptionen und Umsetzungen verbunden waren, reflektiert der Bericht aus der pädagogischen Praxis von Orkide Ezgimen.

Historisch-politische Bildungsarbeit in Willkommensklassen – eine Problem- und Bedarfsanalyse

„Also da ist halt irgendwas an Vorurteilen und Gedankengut. Das kann ich nicht einfach so im Unterricht abfangen. Da brauchen wir eigentlich Hilfe.“

In der hier zitierten Aussage aus einem Interview mit einer Willkommensklassenlehrerin kommen gleich zwei Dinge zum Ausdruck. Einerseits nimmt die Lehrerin in ihrer Klasse einen diffusen Bedarf an politischer Bildungsarbeit wahr. Andererseits macht sie deutlich, dass sie keine Möglichkeit sieht, diesen Bedarf selbst zu decken. Im Rahmen unserer Problem- und Bedarfsanalyse begegneten uns wiederholt ähnliche Aussagen. Zugleich machten unsere GesprächspartnerInnen deutlich, mit welchen Schwierigkeiten der Unterricht in den Willkommensklassen behaftet ist. Antisemitische Ressentiments seitens Geflüchteter wurden von ihnen durchaus registriert. Auch berichteten sie über Vorurteile, denen die geflüchteten Jugendlichen selbst ausgesetzt sind, sowie über rassistische Diskriminierung und Konflikte unter den Geflüchteten.

Willkommensklassen: ein anspruchsvolles Lehr- und Lernsetting

In den Interviews haben die Lehrkräfte sogenannter Willkommensklassen, auch Seiteneinsteiger- oder internationale Vorbereitungsklassen genannt, mit Blick auf die Unterrichtsbedingungen vor allem zwei zentrale Herausforderungen benannt, die auch für politische BildnerInnen relevant sind: 1. das niedrige Sprachniveau sowie 2. die Heterogenität der Lerngruppe.

In diesen Klassen kommen SchülerInnen sehr unterschiedlicher nationaler und ethnischer Herkunft zusammen, deren persönliche Reife aufgrund des großen Altersspektrums von 12 bis 17 oder 18 Jahren erheblich variiert. Noch recht kindliche SchülerInnen und pubertierende oder fast erwachsene Jugendliche werden gemeinsam unterrichtet. Sie bringen zudem unterschiedliche Ausgangssprachen mit: Arabisch, Persisch, Kurdisch, Albanisch, Rumänisch, Chinesisch, Englisch, um nur einige zu nennen, die den Lehrkräften in ihrer Arbeit in den Klassen begegnet sind.

Da die Jugendlichen den Schulen allein aufgrund ihres Wohnortes zugeteilt werden, finden sich in den Klassen alle Leistungsniveaus. Dabei unterscheiden sich die Fähigkeiten der Jugendlichen noch einmal erheblich abhängig von ihrer jeweiligen Vorbildung und Schulerfahrung. Erfahrungsgemäß muss man damit rechnen, sowohl mit SchülerInnen konfrontiert zu werden, die bereits in ihrem Herkunftsland eine sehr gute Schulbildung genossen haben und entsprechend schnelle Lernfortschritte machen, während andere in der gleichen Klasse kaum in ihrem Leben zur Schule gegangen und nicht in ihrer Herkunftssprache alphabetisiert sind.

Viele der Jugendlichen haben aufgrund von Krieg und Flucht große Lücken in ihrer Schullaufbahn. Psychosozialer Stress durch Kriegs- und Fluchterfahrungen, die oft schlechten Wohnbedingungen in beengten Sammelunterkünften, deren Geräuschkulisse kein ruhiges Lernen möglich macht, erschweren diesen Jugendlichen das Lernen enorm. In den Willkommensklassen geht es nach Auskunft der Lehrkräfte daher nicht nur um den schnellen Erwerb der deutschen Sprache, sondern vielfach darum, die Jugendlichen zunächst mit geregelten Schulabläufen vertraut zu machen und ihnen ein gutes Arbeitsverhalten zu vermitteln.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Willkommensklassen keine stabilen Klassenverbände sind. Immer wieder kommen neue SchülerInnen im laufenden Schuljahr in die Klassen, andere verlassen sie, wofür es mehrere Gründe gibt. Einige scheiden mitten im Schuljahr aus, weil ihre individuellen Lernfortschritte ihnen erlauben, in eine Regelklasse zu wechseln. Andere verlassen die Klasse, weil sich ihr Aufenthaltsstatus ändert, was gelegentlich mit einem Wechsel des Wohnorts und in der Folge mit einem Schulwechsel verbunden ist.

Hauptziel der Willkommensklassen ist es, den SchülerInnen ausreichend Deutsch zu vermitteln, sodass sie nach spätestens einem Jahr in den Regelunterricht gehen können. Zum Zeitpunkt der Interviews gab es in Berlin noch kaum curriculare Vorgaben, welche Inhalte jenseits der deutschen Sprache den Jugendlichen vermittelt werden sollen. Ein Großteil der inhaltlichen Unterrichtsgestaltung

ist daher von den Lehrkräften abhängig, die teilweise sogar eigene Unterrichtsmaterialien entwickeln. Einige sprachlich fortgeschrittene SchülerInnen gehen bereits stundenweise in Fachunterrichte der Regelklassen. Normalerweise beginnen sie mit Fächern wie Sport, Kunst oder Mathematik, die sprachlich weniger voraussetzungsvoll sind. Sprachzentrierte Fächer wie Geschichte oder Sozialkunde, die für uns als politische BildnerInnen besonders interessant sind, besuchen sie erst ganz zum Schluss. Diese sukzessive Eingliederung der Schüler in die Regelklassen bricht ebenfalls den Klassenverband auf und stellt die Lehrkräfte hinsichtlich der Planung der individuellen Stundenpläne der SchülerInnen vor große Herausforderungen.

Trotz der genannten Schwierigkeiten versuchten einige der Lehrkräfte, mit denen wir gesprochen haben, in ihren Sprachunterricht bereits historische und politische Themen einzubringen oder über das Thema Religion zu sprechen. Meist gab es dafür konkrete Anlässe oder ein besonderes Interesse der Lehrkraft an diesen Themen. In einem Fall unterrichtete ein Lehrer regulär Geschichte in einer sprachlich schon fortgeschrittenen Willkommensklasse. Bei der Hospitation in diesem Unterricht konnten wir eindrücklich erleben, mit welchen Schwierigkeiten Lehrer und SchülerInnen zu kämpfen haben. Der Lehrer setzte in seinem Unterricht Materialien und Übungen der KlGA ein, mit denen die SchülerInnen für soziale Gruppenbildungsprozesse entlang zugeschriebener Merkmale sensibilisiert werden sollen. Die Übung „Wie Ausgrenzung funktioniert“ beginnt zunächst nonverbal. Einigen SchülerInnen werden unterschiedlich farbige Punkte bei geschlossenen Augen auf die Stirn geklebt, einige bleiben unmarkiert. Anschließend sollen sie bei ausschließlich pantomimischer Verständigung zwei Gruppen bilden. Zwar ließen sich die SchülerInnen auf die Übung ein, fühlten sich dabei jedoch sichtlich unwohl und fragten, als sie wieder sprechen

durften: „Was sollte das denn?“ Die nachfolgende Reflexionsrunde verfehlte dann ihr Ziel, die soeben gemachte Erfahrung auf eine abstraktere gesellschaftliche Ebene zu heben. Tatsächlich fehlten den SchülerInnen und damit auch dem Lehrer die sprachlichen Möglichkeiten, die Inhalte, um die es hier ging, ausreichend präzise und differenziert zu vermitteln. Auch als die Schüler die vorangegangenen Geschichtsstunden rekapitulierten, in denen sie sich mit jüdischen Biografien auseinandergesetzt hatten, wurde deutlich, dass die historischen Inhalte hinter dem ersten Ziel, Deutsch zu lernen, schnell zurücktreten. So freute sich eine Schülerin sicht- und hörbar, als es ihr gelang, das für sie komplizierte Wort Antisemitismus auszusprechen. Als der Lehrer die Klasse noch einmal nach der Bedeutung des Begriffs fragte, war niemand in der Lage, diese zu erklären.

Bedarf an politischer Bildungsarbeit

Die Frage nach dem Bedarf an politischer Bildungsarbeit in und mit Willkommensklassen oder mit Gruppen unbegleiteter minderjähriger Geflüchteter bejahten alle unsere GesprächspartnerInnen, wenngleich sie unterschiedliche Akzente setzten. Zum einen wünschten sie sich für ihre Klassen eine inhaltliche Abwechslung zum reinen Sprachunterricht. Dabei hoben sie hervor, wie langweilig es für viele SchülerInnen sei, immer nur mit den Sprachlernbüchern zu arbeiten. Viele SchülerInnen vermissten interessante informative Inhalte. Einige Lehrkräfte betonten, dass es notwendig sei, den SchülerInnen Projekte anzubieten, die ihnen beim „Ankommen“ helfen und ihnen Wissen über die Geschichte und Gesellschaft Deutschlands vermitteln. Gleichzeitig berichteten sie von ihrer eigenen Unsicherheit angesichts der sprachlichen Barrieren, konflikthafte Themen mit den Schülerinnen und Schülern zu bearbeiten.

KlGA-Workshop mit minderjährigen Flüchtlingen in ihrer Notunterkunft, Berlin, November 2016
Foto: KlGA e. V.



In diesem Zusammenhang sprachen sie von Ereignissen, in denen sich aus ihrer Perspektive bei einigen ihrer SchülerInnen antisemitische Ressentiments gezeigt hatten.

Antisemitische Ressentiments

Die geschilderten Situationen und Momente waren recht unterschiedlich. Mal zeichnete eine Lehrerin, „mutwillig“, wie sie selbst sagte, einen Davidstern an die Tafel, um das Wort Stern zu erklären. Ein palästinensischer Schüler fühlte sich davon so provoziert, dass er mit heftigen antiisraelischen Äußerungen reagierte. In einer anderen Klasse fühlte sich dagegen eine Lehrerin provoziert, als ein Schüler merkwürdig lachend sagte: „Ich bin Jude“. Auf Rückfrage der Lehrerin, was das solle, antwortete er schlicht, dass er Palästinenser sei. Die verunsicherte Lehrerin zögerte, weiter nachzuhaken, weil sie befürchtete, der Schüler könnte mit antisemitischen Äußerungen reagieren. Auch wusste sie nicht, wie sie damit umgehen sollte, dass der Schüler einen Kettenanhänger trug, der die geografischen Umrisse Palästinas in den palästinensischen Nationalfarben zeigt und damit zugleich ein Statement gegen den Staat Israel darstellt.

In den Schilderungen der Lehrkräfte waren es vor allem palästinensische SchülerInnen, bei denen sie antisemitische Ressentiments wahrnahmen. Geäußert wurden sie etwa im Vorfeld eines Besuchs eines jüdischen Referenten in der Schule oder beim Besuch einer Gedenkstätte.

Ein gefestigtes antisemitisches Weltbild wurde in unseren Interviews lediglich einem palästinensischen Schüler zugeschrieben. Der Schüler war dem Lehrer aufgefallen, weil er die israelische Flagge auf der Weltkarte ausradiert hatte, später beim Besuch des Holocaustmahnmals ausfällig geworden war und den Holocaust positiv bewertet hatte. Für den Lehrer war dies aber ein Einzelfall. Eine Weile unterrichtete er auch einen israelischen Schüler in seiner Willkommensklasse, der in der Klasse akzeptiert war und einen syrischen besten Freund hatte.

Etwas anders gelagert war der Bericht eines Sozialpädagogen, der eine Wohngemeinschaft unbegleiteter Minderjähriger betreut. Nachdem ihn dort ein jüdischer Freund besucht hatte, äußerlich erkennbar an Kippa und T-Shirt mit Davidstern, redeten die Jugendlichen nicht mehr mit ihm. Erst durch die Intervention seiner Arbeitskollegen entspannte sich das Verhältnis zwischen ihm und den Jugendlichen wieder. Bei einer Reise mit denselben Jugendlichen trafen sie in der Unterkunft auf eine jüdische Jugendgruppe. Als beide Gruppen gegeneinander Fußball spielten, nahm der Betreuer das Spiel als hochemotional aufgeladen wahr. Obgleich es spielerisch fair zur Sache gegangen sei, beschrieb er das Spiel als „Krieg auf dem Fußballplatz“. Selbst sonst träge Jugendliche hätten siegesgewillt und energisch gespielt.

Solche Wahrnehmungen sagen nicht nur etwas über die beschriebenen Jugendlichen aus, sondern ebenso über die Sensibilitäten und Unsicherheiten der Lehrkräfte und Betreuenden. Manchmal sind sie diejenigen, die provozieren und damit bewusst Gesprächsanlässe schaffen.

Sensibilitäten gab es allerdings nicht nur mit Blick auf mögliche antisemitische Ressentiments Geflüchteter. Einige unserer GesprächspartnerInnen befürchteten eine Stigmatisierung geflüchteter Jugendlicher. Das führte dazu, dass ein Lehrer sehr ausführlich die Ziele unseres Projekts hinterfragte. An einer Instrumentalisierung der Kinder, um Vorurteile gegen Geflüchtete zu bestätigen, wollte er sich nicht beteiligen. Eine andere Lehrerin betonte, dass es wenig zielführend sei, sich in dieser Frage auf die SchülerInnen mit Fluchterfahrung zu konzentrieren. Antisemitische Ressentiments bei SchülerInnen mit arabischen, palästinensischen oder türkischen Wurzeln seien kein neues Phänomen an deutschen Schulen, und dieses gebe es auch bei Jugendlichen ohne Migrationshintergrund.

Diskriminierungserfahrungen

In ihrem Alltag machen die jungen Geflüchteten eine Reihe von Diskriminierungserfahrungen. Die Beispiele, die uns genannt wurden, bezogen sich teils auf die eigene Schule, wo es Konflikte mit RegelschülerInnen gab oder sich die Lehrerschaft gegenüber den Willkommensklassen und ihrer SchülerInnen wenig aufgeschlossen zeigte:

„Es ist unheimlich schwer, das zu schaffen, dass die auch im Schulleben integriert sind. Dass die Lehrerschaft sich auch öffnet. Eigentlich will da keiner rein. Viele weigern sich sogar, da Vertretungsstunden zu geben. Also es sind schon, also wenn es jetzt um Vorurteile geht, ich glaube mehr Vorurteile auf der anderen Seite. Nämlich auf der deutschen Seite als jetzt von den Willkommenschülern selbst. Die sind eigentlich sehr offen, wünschen sich viel mehr Kontakte außerhalb der Klasse.“

Teils bezogen sich die Berichte auch auf Erlebnisse in öffentlichen Verkehrsmitteln. Hier erlebte ein Betreuer selbst Pöbeleien gegenüber seiner Gruppe, die er schweigend hinnahm, um die Situation nicht eskalieren zu lassen. Schließlich berichteten mehrere unserer GesprächspartnerInnen, dass sie abwertende Einstellungen seitens arabischer Geflüchteter gegenüber anderen Gruppen wie beispielsweise Sinti und Roma oder Schwarzen bemerkt hätten. Es wurden also sowohl Ausgrenzungserfahrungen seitens der Mehrheitsgesellschaft angesprochen als auch Rassismus unter Geflüchteten thematisiert.

Viele der Jugendlichen haben aufgrund von Krieg und Flucht große Lücken in ihrer Schullaufbahn.

„Und zu Anfang dachte ich, die sind ja fast erschreckend normal.“ (Lehrerin im Interview)

Vielfach wurde in den Gesprächen die Normalität der geflüchteten Jugendlichen herausgestellt, zugleich aber betont, dass diese aufgrund ihrer Biografien über Eigenschaften verfügten, die eine besondere Sorge nötig machen oder den Umgang mit ihnen im Unterricht erschweren. Einige Lehrkräfte zeigten sich verunsichert, wie sie mit möglichen Traumatisierungen der SchülerInnen umgehen sollten.

In Fortbildungen zu diesem Thema sei sie dafür sensibilisiert worden, dass selbst einfache Sprachübungen, in denen das Wortfeld Familie erarbeitet wird, bei den Jugendlichen schwierige Emotionen wachrufen könnten, erklärte eine Lehrerin. Ihr habe das die Unbefangenheit beim Unterrichten genommen. Auch erzählten Lehrkräfte und BetreuerInnen, dass die Jugendlichen vornehmlich mit der Vergangenheit beschäftigt seien. Viele seien physisch, aber nicht mental anwesend und hätten große gesundheitliche wie psychische Probleme.

Besonders die unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten, so ein Betreuer, stünden unter großem Druck, da sie ihr Leben in Deutschland ohne Familie organisieren müssen. Die Unsicherheit, ob sie tatsächlich eine Bleibeperspektive erhalten und ihre Familien nachholen könnten, sei für sie sehr belastend. Einem der Betreuer war der Fall eines afghanischen Jugendlichen bekannt, der daher bereits Schritte für seine Rückkehr eingeleitet hatte.

Dass unbegleitete Minderjährige besonders gefährdet sind, sich in solch belastenden Situationen zu radikalisieren, ist nicht nur ein Thema im öffentlichen Diskurs. Ein Betreuer wies jedoch die Sorge seiner Heimleitung als zu kurz gedacht zurück: „Die Frage war sozusagen: Aha, der geht zur Moschee. Das heißt, auf den muss man aufpassen. Augen offen halten, dass er nicht in ein Extrem kommt. Aber das stimmt nicht!“ Seiner Ansicht nach handelte es sich bei den Moscheebesuchen dieses Jugendlichen lediglich um die übliche religiöse Praxis.

Insgesamt changierte die Wahrnehmung der jungen Geflüchteten durch die Lehrkräfte und Betreuenden zwischen den Polen stark/ambitioniert und unmotiviert-passiv/vulnerable. Gerade die enorme Leistung, sich alleine auf die Flucht begeben zu haben, sich selbstständig in Deutschland zu orientieren und sich hilfsbereit um andere zu kümmern, wurde anerkennend bemerkt. Zugleich gab es Berichte darüber, dass die jugendlichen HeimbewohnerInnen die Schule schwänzten und kaum zu motivieren seien. Selbst Projekte wie das, ihre Zimmer nach eigenen Vorstellungen zu gestalten, oder Workshops scheiterten laut der Leiterin einer Notunterkunft an mangelnder Beteiligung der Jugendlichen.

Was bedeutet das für die politische Bildungsarbeit?

Einschränkend ist zunächst festzuhalten, dass diese Auswertung die Sichtweisen und Erfahrungen der Lehrkräfte und BetreuerInnen bezüglich der geflüchteten Jugendlichen spiegelt. Diese lassen sich nicht umstandslos verallgemeinern, dafür war das Sample zu klein und enthielt zu viele Verzerrungen. So hatten sich einige unserer InterviewpartnerInnen gezielt an uns gewendet, weil es Probleme in ihrer Klasse oder Einrichtung gab. Dennoch haben wir Hinweise auf eine Reihe von Problemlagen erhalten, die sich zum Teil während unserer Hospitationen im Unterricht von Willkommensklassen und unserer eigenen Projektschultage und Workshops mit jungen Geflüchteten bestätigt haben.

Außerschulische politisch BildnerInnen, die interessante Bildungsprozesse bei den Jugendlichen anstoßen wollen, so unsere Schlussfolgerung, müssen gegebenenfalls mit SprachmittlerInnen und ÜbersetzerInnen arbeiten und daher viel mehr Zeit für Projekte einkalkulieren. Zudem müssen sie die eigenen pädagogischen Konzepte und Materialien überarbeiten oder neue entwickeln, um SchülerInnen unterschiedlicher Reife, verschiedener Herkunftssprachen, mit unterschiedlichem Bildungsniveau und thematischem Vorwissen gerecht zu werden. Wie das geschehen kann, dazu stellen wir in unseren Handlungsempfehlungen einige Vorschläge zur Diskussion. Jugendlichen Geflüchteten erste Zugänge zur deutschen Geschichte und Politik zu vermitteln, die an ihre Erfahrungswelten anknüpfen, ist eine spannende Herausforderung. Die Sensibilisierung gegen antisemitische Ressentiments, rassistische Diskriminierung und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie für die Normalität von Migration kann hier ihren Platz finden.

Melanie Kamp, Islamwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt "Vorurteile abbauen, Vielfalt schätzen" der KIGa e. V.

Das Projekt in der Praxis: Arbeit mit Jugendlichen

In der praktischen Arbeit mit unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen und in zwei Willkommensklassen hat die KIgA vorhandene Materialien und Ansätze für die politische Bildungsarbeit erprobt. Als wichtig erwies sich die Arbeit mit muttersprachlichen TeamerInnen, um den TeilnehmerInnen den sprachlichen Zugang zu erleichtern. Die Resonanz der TeilnehmerInnen war überwiegend positiv.

AUTORIN Orkide Ezgimen, Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus



Moscheebesuch im Rahmen der KIgA-Projektschultage mit Willkommensklassen in Berlin, November 2016
Foto: KIgA e.V.

Bei der praktischen Arbeit mit Jugendlichen im KlgA-Projekt ging es im Kern darum, mögliche Vorurteile abzubauen und Jugendliche für die Vielfalt in der pluralistischen Gesellschaft zu sensibilisieren. Ein besonderer Fokus lag auf antisemitischen Vorurteilen und Deutungsmustern. Zunächst stellte sich dabei die Frage, ob und wie weit man vorhandene pädagogische Konzepte für die Bildungsarbeit mit jungen Geflüchteten einsetzen kann. Zu untersuchen war, welche Ansätze, Methoden und Inhalte zur Bearbeitung von Themen wie Antisemitismus und Nahostkonflikt geeignet sind, beziehungsweise wie sie an zielgruppenrelevante Besonderheiten angepasst werden müssen.

Dabei stellten wir fest, dass die ausgewählten Bildungsmaterialien oft sehr voraussetzungsvoll sind. Deutlich wurde dies etwa, als SchülerInnen Mühe hatten, Begriffe wie „Antisemitismus“, „Nationalismus“ oder „Zionismus“ in ihrer inhaltlichen und historischen Bedeutung zu erfassen. Methodisch stellten Positionsübungen, die auf einen Perspektivwechsel zielten, für die Jugendlichen und jungen Erwachsenen eine Herausforderung dar. So sagte in einer Gruppe ein aus dem Iran stammender Teilnehmer, dass er nicht verstehen könne, wie es im israelisch-palästinensischen Konflikt eine mittlere Position geben könne. Ein Teilnehmer aus Syrien, der als Palästinenser familiären Bezug zu dem Thema hat, stellte den multiperspektivischen Ansatz ganz infrage.

Dies verdeutlicht, dass Geflüchtete in Deutschland nicht nur auf eine neue politische Kultur stoßen, sondern auch auf ein anderes Geschichtsbewusstsein und andere Diskurse über ihre Herkunftregion. Für eine Pädagogik zum Nahostkonflikt ist das relevant, da es einen Paradigmenwechsel in der Wahrnehmung und Deutung der Hintergründe des Konflikts bedeutet und es erforderlich macht, die Perspektiven der anderen zu berücksichtigen. Für die Frage der Adaption zogen wir daraus den Schluss, dass wir nicht den Anspruch an die Bildungsarbeit mindern, sondern auf ihre Voraussetzungen achten müssen. Das erfordert ein Neudenken bei Zielsetzung, Kontextualisierung und Methodik.

Eine unserer ersten daraus resultierenden Maßnahmen war die Übersetzung des Brett- und Rollenspiels „Was nun?“ ins Arabische. Dies bildete die Grundlage für eine dreitägige Workshopreihe mit unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten, die erst weniger als ein Jahr in Deutschland sind und in Aufnahmeeinrichtungen leben. Das Spiel zielt darauf ab, anhand von drei verschiedenen Settings zu den Themen „Liebe und Sexualität“, „Autorität“ und „Nahostkonflikt“ Gesprächsanreize zu schaffen und zu einem Perspektivwechsel anzuregen. Dabei geht es im Kern um das kritische Hinterfragen demokratiefeindlicher und mitunter antisemitischer Argumentationsmuster.

Da der Workshop komplett in arabischer Sprache stattfinden sollte, war auch die Auswahl und Schulung geeigneter Personen wichtig. Denn die Einbindung von Personen, die sprachlichen Zugang zur Zielgruppe haben und als TeamerInnen glaubwürdige VermittlerInnen mit soziokultureller Nähe zu den Teilnehmenden und Vorbilder sein können, war ein zentraler Bestandteil unseres Projekts. Dafür suchten wir gezielt arabische MuttersprachlerInnen, die auch die verschiedenen gesprochenen Dialekte verstehen konnten. Einer der so ausgewählten Teamer ist in Deutschland sozialisiert,

Die Einbindung von Personen, die sprachlichen Zugang zur Zielgruppe haben und als TeamerInnen glaubwürdige VermittlerInnen mit soziokultureller Nähe zu den Teilnehmenden und Vorbilder sein können, war ein zentraler Bestandteil unseres Projekts.

eine Teamerin und ein Teamer kommen aus Damaskus in Syrien und leben seit 2014 in der Bundesrepublik, außerdem gehörte noch eine Protokollantin dazu. So entstand ein gemischtes Team aus Personen mit unterschiedlichen Hintergründen, die sich auch religiös unterschiedlich definieren: christlich, muslimisch oder konfessionslos. Entscheidend waren ihre sprachlichen, sozialen, kulturellen und fachlichen Kompetenzen sowie ihre Motivation, Prozesse der Integration und des gesellschaftlichen Zusammenhalts mitzugestalten.

Eine Herausforderung war, dass sich unsere TeamerInnen sehr schnell mit den Anforderungen vertraut machen mussten. Es gab Trainingseinheiten, Probeläufe und Vorgespräche. Ihre Aufgabe war auch, einen Rahmen zu bieten, in dem die Jugendlichen ihre Perspektiven einbringen und Meinungen oder Emotionen offen äußern können – kurz, eine Vertrauensbasis herzustellen.

Workshopreihe mit jugendlichen Geflüchteten

Die in Arabisch durchgeführte Workshopreihe mit der Methode „Was nun?“ richtete sich an männliche arabischsprachige Jugendliche aus Syrien. Unter ihnen waren zwei Palästinenser und ein kurdischsprachiger Syrer. Alle sind ohne ihre Familien nach Deutschland gekommen. Als Ort für die Durchführung der Workshops wählten wir für die ersten zwei Tage unsere eigenen Räume, für das Modul zum Nahostkonflikt die Unterkunft, in der die Teilnehmer lebten. Uns war bewusst, dass die Teilnehmer noch in einer sehr instabilen Lage sind und Traumata des Krieges und der Flucht verarbeiten. Auch die offene Gesellschaft ist ihnen noch fremd.

Auf unsere Frage, wo sie einen Unterschied zwischen sich und deutschen Jugendlichen sehen, lautete die Antwort eines Teilnehmenden: „Wir denken an unsere Familie, an den Krieg, an einen Freund, der gestorben ist.“ Als es um den sogenannten IS ging, sagte er: „Wir sind eine Gesellschaft mit totem Herzen, weil wir das alles gesehen haben. Wir haben in Angst gelebt. Wir haben keine Angst vor Nazis.“ Ihre Familien nachzuholen, ist für die Jugendli-

chen wichtig, jedoch aufgrund ihrer unsicheren Rechtslage schwer zu realisieren. Ein Teilnehmer sagte dazu: "Ich hasse Deutschland. Die Regierung gibt mir nicht meine Rechte, sie holen meine Eltern nicht, lassen mich nicht arbeiten. Es ist Druck, Druck, Druck."

Die Jugendlichen stammten aus unterschiedlichen Gegenden und sozialen Schichten. In Deutschland müssen sie sich völlig neu orientieren. Daher war die Zusammenarbeit mit Personen, die Verständnis für die intellektuellen und emotionalen Bedürfnisse der Zielgruppe mitbringen, sowohl bei der Teilnehmergebung als auch bei der Schaffung eines vertrauensvollen Rahmens bedeutend. Bei den Anwendungen herrschte eine positive Atmosphäre, der Umgang untereinander, auch mit den jungen TeamerInnen, war respektvoll und brüderlich bzw. schwesterlich.

Projektschultage in Willkommensklassen

Parallel zu der Workshopreihe mit unbegleiteten Minderjährigen begannen wir mit der Entwicklung von Projektschultagen mit je einer Willkommensklasse in Berlin und Brandenburg. Das Thema hieß: „Discover Diversity – Between the Present and the Past“.

Das Ziel war, den SchülerInnen etwas anzubieten, das ihnen hilft, die in dieser Gesellschaft herrschenden Sensibilitäten kennen und verstehen zu lernen. Da diese Projektstage auf Deutsch stattfinden sollten, haben eine Projektmitarbeiterin und ein Teamer die Leitung übernommen, eine weitere Teamerin wurde als Assistentin und Sprachmittlerin einbezogen. Das war notwendig, weil die Settings, die wir vorfanden, sehr unterschiedlich waren und wir einen offenen, prozessorientierten und individuellen Ansatz verfolgten. Bei Einzel- sowie Gruppenarbeiten waren die TeamerInnen gefordert, die SchülerInnen bei der Bewältigung der Aufgaben zu unterstützen.

In Berlin bestand die Gruppe aus sieben Jungen und zwei Mädchen zwischen 14 und 16 Jahren. Sie kamen aus dem Iran, Afghanistan, dem Irak und Syrien und sprachen Arabisch, Kurdisch, Aramäisch und Dari. Auch in religiöser Hinsicht war die Vielfalt groß: Einige gaben an, katholische ChristInnen, sunnitische oder schiitische MuslimInnen oder Jesiden zu sein. Es befand sich in der

Das wirft die Frage auf, ob die Jugendlichen von ihren geäußerten Denkformen wirklich überzeugt sind oder ob es sozialen Druck innerhalb der Gruppe gab, der sie gegenseitig beeinflusst und zu moralischen Urteilen verleitet.

Gruppe auch ein Schüler, der ohne seine Familie nach Deutschland gekommen ist. Mündlich konnten sie sich auf Deutsch gut verständigen, Textarbeiten gestalteten sich dagegen schwierig. Der Umgang war liebevoll und herausfordernd zugleich.

In Brandenburg konnten wir unter zehn bis zwölf TeilnehmerInnen, darunter fünf Mädchen, eine völlig andere Gruppendynamik beobachten. Die Zusammensetzung hatte sich kurz zuvor verändert, dabei gab es hochgradig belastete SchülerInnen aus Syrien oder Afghanistan, zwei unbegleitete Jungen und einen US-Amerikaner ohne Fluchtgeschichte.

Kurze Inputs, leichte Sprache, Assoziationsübungen und Einsatz visueller Mittel

Zur Erprobung von historisch-politischen Bildungskonzepten über das Thema Shoah entschieden wir uns in den Willkommensklassen für die Arbeit mit ausgewählten jüdischen Biografien, die wir aber neu kontextualisierten. Wir berichteten von Menschen, die in Deutschland beheimatet waren, aber flüchten mussten, und denen Israel nach dem Krieg Schutz und Sicherheit bot. Zudem veränderten wir die Länge, Gestaltung und Struktur der Texte, benutzten leichte Sprache und ein Glossar. Die Biografien enthielten lokale Bezüge (Berlin-Kreuzberg, Europa), Flucht- und Retterperspektiven. Das Wort „Antisemitismus“ kam nicht vor, wir sprachen von Ideologie, Diskriminierung, Rassismus und Rechtlosigkeit. Bevor wir in die Biografiearbeit einstiegen, reflektierten wir über die Bedeutung der Wertschätzung von Unterschieden und führten die SchülerInnen mit kurzen Inputs, Aufmerksamkeits- und Konzentrationsspielen, Assoziationsübungen, Hausaufgaben und visuellen Mitteln an das Thema heran. Thematische Zugänge waren Identität, Heimat und Fremde, Rechte, NS-Geschichte und Erinnerungskultur.

Zur Einführung zeigten wir Fotos von Stolpersteinen. Um den historischen Kontext zu erklären, holten wir die SchülerInnen in einen Kreis und verwendeten ein selbst kreiertes bebildertes Plakat mit einem Zeitstrahl zur Geschichte und den verschiedenen Regierungsformen in Deutschland. Währenddessen wirkten die SchülerInnen sehr aufmerksam und konnten auch später Ereignisse und Begriffe gut einordnen.

Wir vertieften das Thema, in dem wir großformatige Bilder von Denkmälern für verschiedene Opfergruppen in den Klassenraum holten. So sollten sich die SchülerInnen mit dem Thema assoziativ, spielerisch und in einem „geschützten Raum“ auseinandersetzen. Dennoch waren sie am Ende enttäuscht, weil die Texte zu schwer und die Zeit zu kurz waren, um die Aufgaben vollständig zu bewältigen. Bei der Feedbackrunde äußerten einige, dass das Thema interessant gewesen sei und die Arbeit mit den Bildern Spaß gemacht habe. Andere fanden es zu kompliziert. Ein Junge erklärte, dass es wichtig sei, sich damit zu beschäftigen: „Wenn wir hier leben, müssen wir das alles wissen.“

Am Ende der Workshopreihe organisierten wir einen Stadtspaziergang, bei dem wir ein Museum über Migrationsgeschichte, religiös-kulturelle Stätten, eine Moschee, eine Synagoge und eine Gedenktafel besuchten.

So wollten wir die kulturelle Vielfalt und die Bedeutung von Deutschland als Einwanderungsland erlebbar machen. Es ging auch darum, dass die Jugendlichen die Umgebung kennenlernen und ihr Interesse geweckt wird, mehr über andere, „fremde“ Lebenswelten zu erfahren. Bei dem Besuch in der Moschee hatten wir den Eindruck, dass die SchülerInnen Freude hatten und sich wohl und angenommen fühlten. Die Synagoge konnten wir nur von außen besichtigen. Als die SchülerInnen Blumen an der dortigen Gedenktafel sahen und wir ihnen etwas über die Geschichte der Synagoge, jüdisches Leben in Berlin (Kreuzberg) und Judentum erzählten, stellten sie viele Fragen und bedauerten, dass wir nicht hineingehen konnten. Als wir sie beim gemeinsamen Essen fragten, wie sie die Projektschultage fanden, äußerten viele den Wunsch, gerne einmal in eine Synagoge gehen zu wollen. Eine Lehrerin hob hervor, dass sich die SchülerInnen „heimisch“ fühlten.

Lebensweltbezug

Das Rollenspiel „Was nun?“ zum Thema Nahostkonflikt führten wir unter der Leitfrage „Macht Politik Freundschaft kaputt?“ durch. So bekam ein politisches Problem eine persönliche Ebene und der Konflikt Bedeutung für das Zusammenleben hier. Da sich einige TeilnehmerInnen gewünscht hatten, dass wir auch über Syrien sprechen, stellten wir folgende Fragen als Einstieg in die Thematik: Wisst ihr, was in Syrien los ist? Woher bekommt ihr eure Informationen? Habt ihr euch schon einmal mit FreundInnen über Politik gestritten?

Das Setting, das wir dann anboten, drehte sich um die Freundschaft zwischen einem jüdischen Jungen (Elias) und einem Palästinenser (Ahmed) in Berlin. Zwischen ihnen entsteht ein Streit, weil Elias seinen Freund auf einer Demo sieht, bei der israelfeindliche Parolen geäußert werden. Durch die Rollenkonstellation, die jüdische und palästinensische Perspektiven bietet, rücken die Jugendlichen von der gewohnten Perspektive ab und lernen andere Sichtweisen kennen. Das Spiel liefert einen geordneten didaktischen Rahmen und eignet sich für die Arbeit mit der Zielgruppe, denn die behandelte Problematik ist ihr wohlbekannt: Ob in der Türkei, in Syrien, im Irak, im Libanon oder anderswo – nicht selten unterstützen Freunde unterschiedliche Konfliktparteien, je nach ethnischer, religiöser oder politischer Zugehörigkeit.

Der Workshop begann damit, dass ein Jugendlicher, der die Rolle des jüdischen Freundes Elias bekommen sollte, rief: „... und zum Schluss haben sie mir die Rolle eines Juden gegeben“. Als ein neuer Teilnehmer bereit war zu tauschen („Gib her, ich bin Jude“), bekam der andere die Rolle des deutschen Lehrers, was auch nicht sein Wunsch war, da er am liebsten den Palästinenser gespielt hätte. Der Junge, der die Elias-Rolle annahm, ist Palästinenser. Der Teamer stellte klar, dass das Spiel eine Methode ist, in der eigene Meinungen nichts mit denen zu tun haben, die man in der dargestellten Rolle vertritt: „Wenn ihr in dem Spiel tötet, dann tötet ihr in der Rolle und nicht als der, der ihr seid.“ Den Jugendlichen, der die Rolle des jüdischen Freundes nicht spielen wollte, veranlasste das zu sagen: „Israel zu verteidigen ist schlimmer als zu töten.“ Er blieb



**Stolpersteine in Berlin-Kreuzberg
(KlGA-Projektschultage), November 2016
Foto: KlGA e. V.**

bei der Aussage: „Ich werde Israel nicht verteidigen.“ Doch auch in der Lehrerrolle musste er die gewohnte Perspektive verlassen und eine unparteiische, vermittelnde Position vertreten. Bei der Debatte über die Frage, ob Frieden zwischen Juden und Palästinensern möglich sei, erhielten wir den Eindruck, dass die Jugendlichen große Sehnsucht nach Frieden haben. Dennoch gestanden viele das Recht zu regieren allein den Palästinensern zu. Israel blieb in ihrer Wahrnehmung eine Besatzungsmacht. Einige brachten Deutschland als Beispiel dafür vor, dass Frieden möglich ist: „Man soll wie in Deutschland in Frieden zusammenleben unter einer palästinensischen Regierung“. Der Jugendliche, der den Lehrer spielen musste, setzte dem entgegen, dass es zu viele Opfer gegeben habe und meinte damit unter Verwendung des Märtyrerbegriffs wohl die Toten auf palästinensischer Seite: „Es gibt über eine Million Märtyrer, sie

können nicht einfach in Frieden zusammenleben und zusammen zur Schule gehen.“ Im Spiel wurde die Aussicht auf Frieden davon abhängig gemacht, wo man lebt. Der Junge, der Elias gespielt hatte, sagte während des Spiels: „In Palästina leben sie zusammen und es kommt zu Streit. In Deutschland wohnen beide Gruppen und es kommt zu keinem Streit, weil sie nicht in einem Land leben, um das sie sich streiten.“ In Bezug auf die Frage, ob die Freunde in der Story befreundet bleiben können, stimmten die meisten zu.

„Es ist doch wichtig, was ihr über uns denkt“

Mithilfe von Methoden wie dem Rollenspiel „Was nun?“ bekamen wir auch einen Eindruck davon, welche Themen junge Geflüchtete in Deutschland beschäftigen. Das Setting zum Autoritätskonflikt, wo es um einen Jungen geht, der Mode liebt und gerne Designer werden will, statt das Familiengeschäft des Vaters zu übernehmen, hatte weniger Identifikationspunkte und berührte die Jugendlichen deshalb auch weniger als die Settings zu den Themen Liebe beziehungsweise Nahostkonflikt.

Beim Thema Liebe ging es um die Beziehung zwischen einem Jungen aus türkischem Elternhaus und einem Mädchen aus einer deutschen Familie. Personen aus dem Familienumfeld des Jungen üben Druck auf ihn aus, weil sie gegen voreheliche Beziehungen sind. Mögliche Inhalte sind Partnerschaft, sexuelle Freiheit, arrangierte Ehen und Religion. Unsere Erfahrungen deuten darauf hin, dass viele der Jugendlichen stark von den traditionellen Denkweisen und Verhaltensnormen geprägt sind, die sie von zu Hause kennen. Gesprächsanreize boten sich etwa bei der Frage, wie weit man vor der Ehe in einer Beziehung gehen darf. Dabei spielten das jeweilige Religionsverständnis und die in der Familie gelebten Bräuche sowie Traditionen eine wichtige Rolle.

Ein junger Palästinenser, der uns viele private Einblicke gewährte und immer die Vaterrollen spielte, war, als wir den Workshop zum „Liebeskonflikt“ durchführten, selbst in einer Partnerschaft mit einem Mädchen aus Deutschland. Nach dem Spiel beurteilte er vieles von dem, was er macht oder gemacht hatte, als falsch.

Das wirft die Frage auf, ob die Jugendlichen von ihren geäußerten Denkformen wirklich überzeugt sind oder ob es sozialen Druck innerhalb der Gruppe gab, der sie gegenseitig beeinflusst und zu moralischen Urteilen verleitet. Hier stellt sich die Frage, was das mit ihrer persönlichen Entwicklung und dem Blick auf die Gesellschaft macht, in der sie „ankommen“ sollen.

Auf die Frage, ob ihnen das Spiel gefallen habe, hörten wir nicht immer ein Ja, aber der zuletzt genannte Junge sagte, dass ihm der Perspektivwechsel und die Gespräche gutgefallen hätten. Er sagte auch: „Es ist doch wichtig, was ihr über uns denkt.“

Jugendlichen Geflüchteten erste Zugänge zur deutschen Geschichte und Politik zu vermitteln, die an ihre Erfahrungswelten anknüpfen, ist eine spannende Herausforderung.

Fazit

Die politische Bildungsarbeit mit geflüchteten Jugendlichen und jungen Erwachsenen steckt noch in den Kinderschuhen. Das KlGA-Projekt hat gezeigt, dass es großen Bedarf an geeigneten Zugängen, Ansätzen und Formaten gibt. Sowohl in den Willkommensklassen wie in Einrichtungen für unbegleitete minderjährige Geflüchtete fehlen Bildungskonzepte und Materialien. Doch können bereits vorhandene thematisch und methodisch geeignete Konzepte der schulischen und außerschulischen Bildung an die Bedingungen der Zielgruppe angepasst und weiterentwickelt werden. Das konnten wir in unserem Projekt erfolgreich erproben. Das Brett- und Rollenspiel „Was nun?“ hat die Jugendlichen sowohl in seinem methodischen Zugang wie auch mit den behandelten Themen angesprochen.

Besonders positiv war die Resonanz darauf, dass wir unsere Seminare mit muttersprachlichen Teamenden in arabischer Sprache angeboten haben und diese aus derselben Region wie viele der Geflüchteten stammen und selbst Fluchterfahrung in ihrer Biografie mitbringen. Die Verwendung ihrer im gesellschaftlichen Diskurs wenig wertgeschätzten Sprache empfanden sie auch als eigene Aufwertung. Daher will der Träger an den zentralen Erkenntnissen des Projekts ansetzen und sowohl eine Seminarwoche für Willkommensklassen konzipieren als auch ein Qualifizierungskonzept entwickeln, das junge Geflüchtete zu politischen Bildnern fortbildet.

Orkide Ezgimen, Islamwissenschaftlerin und pädagogische Mitarbeiterin im Projekt „Vorurteile abbauen, Vielfalt schätzen“ der KlGA e. V.

„Niemandem eine Meinung aufzwingen“

Im Rahmen des Projekts „Vorurteile abbauen, Vielfalt schätzen“ hat die KlG Workshops mit jugendlichen Geflüchteten durchgeführt. Die Workshops zu den Themen Liebe, Autorität und Nahostkonflikt basierten auf dem von der KlG entwickelten Rollenspiel „Was nun?“ und wurden auf Arabisch durchgeführt. Die TeamerInnen Sandy Albahri, Ramy Syriani, Riham Abed-Ali und Munieb Al-Said haben die Workshops begleitet und unterstützt.

INTERVIEW Uta Schleiermacher



TeamerInnen der KlG-Workshops reflektieren ihre Arbeit
Foto: KlG e. V.



**Teamerin Riham
Abed-Ali über ihre
Motivation
Foto: KlG A e. V.**

Was war eure Motivation, bei dem Projekt mitzumachen?

SANDY Ich finde, wir haben damit eine große und tolle Chance bekommen. Bei uns in Syrien kann man nicht offen über Themen wie Politik oder Liebe diskutieren. Aber diese Themen sind uns sehr wichtig, und den Jugendlichen auch. Bei dem Spiel mit den verschiedenen Rollen konnten sie anderen zuhören, neue Ideen hören und lernen, sie zu akzeptieren. Ich wollte unbedingt mitmachen, denn ich wollte sehen, wie die Jugendlichen miteinander und mit diesen Themen umgehen. Sie hatten vielleicht vorher nie die Möglichkeit, diese Themen offen zu diskutieren. In Syrien kann man Probleme mit der Regierung oder einer anderen Seite bekommen, viele haben deshalb Angst. Themen wie Liebe sind tabu.

RAMY Ich wollte in diesem Projekt als Teamer mitarbeiten, weil ich mich sehr für Politik interessiere, aber wenig Erfahrung hatte. Und die Themen der Workshops sind auch für mich richtig interessant. Wie Sandy gesagt hat, konnten wir in Syrien nicht einfach so über Politik sprechen, auch nicht unter Freunden. Wir konnten uns eigentlich keine richtige Meinung bilden. In der Schule haben wir gelernt, dass unser Präsident gut ist, wer unser Feind ist und wer unser Freund. Das war's. Es gab nur eine Sichtweise. Vor dem Krieg hatte ich daher keine Idee davon, dass Bashar al-Assad schlecht ist. Zu erleben, dass es verschiedene Meinungen gibt, über die man dann diskutieren kann, war für mich das Besondere.

MUNIEB Ich engagiere mich schon lange im Bereich politischer Bildungsarbeit und wollte mich, als so viele Flüchtlinge nach Deutschland gekommen sind, auch gern für sie engagieren. Ich habe selbst eine ähnliche Familiengeschichte und dachte, dass ich den Menschen, die herkommen, helfen kann, in Deutschland zurechtzukommen und die Vielfalt hier kennenzulernen. Außerdem finde ich es wichtig, Angebote zu schaffen, damit sie sich nicht in ihren Unterkünften langweilen. Und ich selbst wollte sie auch gern kennenlernen.

RIHAM Ich bin schon früh mit politischer Bildungsarbeit in Kontakt gekommen. Ab der 10. Klasse habe ich an einem Bildungsprogramm teilgenommen und bin dann sozusagen mit Workshops groß geworden. Ich sehe das als Bereicherung und finde es sehr sinnvoll, politische Bildungsarbeit zu machen. Ich habe Menschen kennengelernt, die für Menschenrechte leben, die sagen, wenn JüdInnen angegriffen werden, dann bin ich JüdIn, wenn TürklInnen angegriffen werden, dann bin ich TürklIn. Das hat mich begeistert und mittlerweile habe ich das verinnerlicht und möchte nur noch für Menschenrechte arbeiten.

Was hat dich so begeistert?

RIHAM Es waren vor allem die Menschen und ihre Perspektiven, aber es war auch sehr inspirierend, so kompetente TrainerInnen kennenzulernen. Das Format Workshop hat mir gefallen, besser jedenfalls als das Format Schule, wo man zuhören und auswendig lernen muss. Ich finde das Lernen in den Workshops interessanter, weil es kein Richtig und kein Falsch gibt. Klar haben wir bestimmte Grundwerte, aber wir wollen niemandem seine Meinung verwehren oder unsere aufzwingen. Geschichtsunterricht in der Schule war vor allem Auswendiglernen von Fakten und Ereignissen, aber hier geht es darum, Prozesse zu verstehen: warum etwas passiert ist und dass vieles sozial konstruiert ist.

Wie habt ihr in dem Projekt mitgearbeitet?

SANDY Vor jedem Workshop haben wir uns zu viert getroffen und TeamerInnen und ProtokollantInnen festgelegt. Ich hatte die Chance, mit den Jugendlichen über verschiedene Themen zu diskutieren. Ich habe dabei gelernt, wie ich eine Diskussion führen kann, wie man zu bestimmten Themen Fragen stellen kann und was den Jugendlichen wichtig ist.

MUNIEB In den ersten Workshops war ich Teamer, aber dann wollte ich die Arbeit gerne auch mal von außen sehen und habe Protokoll geführt. Beide Erfahrungen sind interessant. Als Workshopleiter versuche ich zu unterstützen und zu empower. Als Außenstehender habe ich noch andere Sachen mitbekommen, etwa das Verhalten in bestimmten Situationen oder Zwischenbemerkungen.

RIHAM Ich habe in den Workshops die Beobachterrolle eingenommen und alles aufgeschrieben, was mir aufgefallen ist. Es waren drei Workshops, die wir vor- und nachbereitet haben, wir haben sie den Teilnehmenden angepasst und auf ihr Feedback reagiert. Ich glaube, das ist sehr wichtig, dass man Workshops der Zielgruppe anpasst: Deshalb hatten wir auch viel Diskussionen und gutes Feedback. Die Jugendlichen haben gesehen, dass diese Themen mit ihrem Alltag zu tun haben, wenn wir ein Thema zum Beispiel nicht „Nahostkonflikt“ genannt haben, sondern: „Macht Politik Freundschaft kaputt?“. Das war greifbar für sie und sie konnten sich mit dem Spiel identifizieren. Zum einen ist der Nahostkonflikt sehr komplex, es ist sehr schwierig, eine sachliche Diskussion darüber zu führen. Es kann sein, dass das Leben mancher TeilnehmerInnen von diesem Konflikt gezeichnet ist. Bei uns waren auch Jugendliche, die als palästinensische Geflüchtete in Syrien gelebt haben und dann wieder aus Syrien flüchten mussten. Das Thema ist sehr emotional aufgeladen.

Wie habt ihr die Workshops an die Gruppen angepasst?

RIHAM In den Vorbereitungen haben wir uns erst mal generell an die Zielgruppe Jugendliche gerichtet. Teilweise kannten wir die Jungs, denn es gab einige, die alle drei Workshops mitgemacht haben, und wir haben nach jedem Workshop Feedback eingeholt. Nach dem ersten Workshop fanden sie erst mal alles super und schön. Nach dem zweiten, als eine vertrautere Atmosphäre herrschte, gab es deutlichere Rückmeldungen, was ihnen gefallen hat und was nicht. Dementsprechend haben wir den dritten Workshop vorbereitet. So gab es die Rückmeldung, dass sie über Syrien sprechen wollen, und dann haben wir das aufgenommen. Es ging in dem Workshop um Politik, da haben wir dann mit Fragen über Syrien angefangen und dann zu unserem Rollenspiel übergeleitet. Das ist sehr gut bei ihnen angekommen.

Wie habt ihr selbst eure Arbeit in den Workshops wahrgenommen?

MUNIEB Für mich war wichtig, dass ich niemandem eine Meinung aufzwinge, und dass alle verstehen, dass es nicht nur eine Antwort gibt. Im Rollenspiel findet ein Perspektivwechsel statt. Diesen Wechsel zu erleben und die Jugendlichen dabei zu unterstützen und zu sehen, wie sie sich in die Rollen von anderen hineinversetzen und das, ohne sie zu beurteilen, sondern einfach zu sehen, wie sie das kennenlernen, das war interessant.

RIHAM Ich war Beobachterin, also Außenstehende, und habe mich im Hintergrund gehalten. Mir sind viele Dinge erst im Nachhinein aufgefallen, wenn ich die Protokolle abgetippt habe. Während der Workshops ist mir vor allem deutlich geworden, dass man die Reaktionen und Standpunkte der TeilnehmerInnen umso besser versteht, je besser man sie kennt.

RAMY Ich mag es, Leute schnell zu überzeugen. Man kann verschiedener Meinung sein, aber wenn jemand Frauen nicht respektiert, ist das ein Problem. Und wenn einer gegen Israel ist, frage ich: Sagst du das, weil du das in Syrien in der Schule so gelernt hast, oder hast du dich wirklich mit der Frage und auch mit anderen Meinungen dazu auseinandergesetzt? Und das ist auch gut, aber vielleicht nicht für dieses Projekt. Wir haben am Ende Ergebnisse gehabt, aber es hat gedauert. Man kann eine Mentalität eben nicht schnell ändern, und manchmal kann eine einfache Idee mehr verändern als eine komplizierte. Ich möchte Ideen und Meinungen austauschen und damit den Integrationsprozess verbessern. Da geht es um Einstellungen, darum, wie man gut leben will.

SANDY Am wichtigsten fand ich, dass wir das Rollenspiel „Was nun?“ auf Arabisch geführt haben. Die TeilnehmerInnen fühlten sich deswegen sehr wohl, und sie konnten ihre eigenen Meinungen und Perspektiven und Ideen ausdrücken – und nicht das, was wir hören wollten. Vor den Workshops haben wir immer mit ihnen zusammen Mittag gegessen, und wir hatten auch Austausch über eine gemeinsame WhatsApp-Gruppe, damit eine freundschaftliche Atmosphäre entsteht und sie keine Angst haben. Ich denke, das haben wir gut geschafft.

Was nehmt ihr aus der Arbeit für euch mit?

SANDY Ich bin mit meiner Familie nach Deutschland gekommen, wohne mit ihr zusammen und spreche inzwischen schon ganz gut Deutsch. Ich dachte immer, dass ich viele Probleme hätte, dass ich nie eine Stelle bekommen würde, und fand das Leben in Deutschland oft schwer. Als ich diese Jugendlichen kennengelernt habe, die ohne Eltern hierhergekommen sind, habe ich gesehen, wie viele Probleme sie haben. Bei den Workshops waren sie fröhlich, haben diskutiert und gelacht. Aber sie haben Angst um ihre Familien in den Kriegsgebieten. Sie brauchen Unterstützung und das Gefühl, dass sich jemand um sie sorgt. Für mich war es toll, dass ich diese Chance bekommen habe, und dass ich mehr über die Probleme und Meinungen der Jugendlichen erfahren habe.

RIHAM Ich schätze es sehr, dass in diesem Projekt so viel Wert darauf gelegt wurde, die Jugendlichen zu verstehen, ihre Sprache zu sprechen und damit auch zu schätzen. Ich glaube, das Wichtigste, was man aus diesen Workshops mitnehmen kann, ist, offen zu sein. Das bedeutet nicht, dass man keine eigene Meinung haben soll, aber dass man anderen zuhören kann, egal wie anders deren Meinung ist. Wenn wir einander zuhören, können wir auch miteinander reden.

RAMY Ich habe gelernt, ein bisschen geduldiger zu sein. Das ist wichtig, um eine gute Diskussion zu führen. Und ich akzeptiere jetzt stärker auch andere Meinungen, wie die Jugendlichen auch. Die Diskussion muss nicht so enden, wie ich es möchte. Außerdem habe ich gemerkt, was ich gut kann: Weil ich Arabisch gesprochen habe, konnte ich immer gut mit den Situationen umgehen. Es ist meine Muttersprache und ich konnte Beispiele geben und immer direkt auf Fragen der TeilnehmerInnen reagieren.

MUNIEB Die Arbeit mit Geflüchteten war für mich sehr interessant. Ich habe ja bereits Workshops geleitet, aber das war mein erster Workshop mit Geflüchteten und überhaupt mein erster Kontakt zu geflüchteten Jugendlichen. Es war eine neue Erfahrung. Sie kennenzulernen, mitzubekommen, wie sie denken und welche Vorstellungen sie haben, war für mich sehr interessant. Und es war auch neu für mich, Workshops auf Arabisch zu leiten. Das ist meine Muttersprache, aber auf Deutsch fühle ich mich sicherer. Auch wenn es gut geklappt hat, gab es doch viele Fachbegriffe, die mir nicht so geläufig waren, da musste ich viel umschreiben und erklären.

RIHAM Mir ist aufgefallen, wie wichtig die Workshops auch für uns sind, weil sie auch uns betreffen. Es sind Themen, mit denen wir, meine Generation in Deutschland, auch zu tun haben. Zum Beispiel die Frage „Wer entscheidet über mein Leben?“. Auch in Deutschland geborene Menschen sind nicht unbedingt weltoffen. Das sind Prozesse und Entwicklungen, mit denen auch meine Generation hier in Deutschland sich noch auseinandersetzen muss.



SANDY ALBAHRI (25)

ist 2014 aus Syrien nach Deutschland gekommen. In Syrien hat sie Buchhaltung studiert. Sie arbeitet für verschiedene Projekte der KIgA und gibt im Deutschen Historischen Museum Führungen in arabischer Sprache für geflüchtete Menschen. Im Sommer wird sie ein Studium der Sozialen Arbeit beginnen.



RAMY SYRIANI (25)

kam 2014 nach Deutschland. Er hat in Damaskus Jura studiert und möchte seinen Master in Politik- und Sozialwissenschaft oder Verwaltungswissenschaften machen. Zurzeit arbeitet er als Sozialbetreuer und in der Verwaltung einer Flüchtlingsnotunterkunft.



RIHAM ABED-ALI (24)

hat Biotechnologie studiert und lange Erfahrung in der Antirassismuserbeit. Zurzeit macht sie ein Praktikum beim Deutschen Institut für Menschenrechte. Sie plant, einen Masterstudiengang im Bereich Politik und Menschenrechte zu absolvieren und möchte auf lange Sicht in der politischen Bildungsarbeit und Menschenrechtsbildung tätig sein.



MUNIEB AL-SAID (23)

kam 2009 als Schüler zu KIgA und gibt seit zwei Jahren Workshops an Schulen zu jüdischem Leben, Diskriminierung und Vorurteilen. Er leitet Führungen im Friedrichshain-Kreuzberg-Museum zu Migrationsgeschichte und arbeitet als Hilfscoach in einer Willkommensklasse. An der dortigen Schule leitet er auch eine Respekt-AG.

13 Thesen zur politischen Bildung mit geflüchteten Jugendlichen

AUTOR Aycan Demirel, Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus

Ausgangslage und Referenzen

Mit den folgenden Thesen möchten wir die Diskussion über politisch-historische Bildung mit jungen Geflüchteten anregen. Unsere Ausgangspunkte sind dabei allgemeine pädagogische Grundsätze, die wir mit Blick auf die besondere Situation der neu zugewanderten Jugendlichen angepasst haben. Etablierte Grundsätze der politischen Bildung gelten auch für die neue Zielgruppe. Man muss das Rad nicht neu erfinden. Auch eine Bildungsarbeit mit Geflüchteten zielt darauf ab, kritisch-reflektierte und politisch urteilsfähige Personen zu bilden – und zwar als Voraussetzung politischer Teilhabe und somit ganz im Sinne einer wahrhaften Demokratie. Und da die Demokratie als geregelte Realität und die gesellschaftlichen Verhältnisse durch Heteronormativität gekennzeichnet sind, also Individualität und Partizipation oder auch die Ideen der Gleichheit und Freiheit beschränkt sind, folgt daraus auch ein Anspruch auf Kritik eben jener gesellschaftlichen Zustände.

Zentrale Referenzpunkte der formulierten Thesen sind folgende:

- Erkenntnisse und Erfahrungen der KIGa im Arbeitsfeld politischer Bildung in der Migrationsgesellschaft im Allgemeinen und in den zielgruppenorientierten Ansätzen im Themenfeld – insbesondere in der Prävention;
- wissenschaftliche Forschungsergebnisse zum Themenkontext Geflüchtete;
- Erfahrungen aus eigener Praxis mit Geflüchteten – in Willkommensklassen und in der Arbeit mit unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten – sowie aus den hier dargestellten Praxiserfahrungen und Perspektiven anderer Träger.

Grundsätzlich gilt jedoch, dass sich die politische Bildungsarbeit mit geflüchteten Jugendlichen noch im Anfangsstadium befindet und sich auf einen begrenzten Erfahrungshorizont stützt.

Es gibt nicht *den* Geflüchteten. Geflüchtete sind keine homogene Gruppe, sondern äußerst divers.

Sie kommen aus verschiedenen Ländern, sind unterschiedlicher ethnischer, religiöser und kultureller Herkunft und haben diverse Haltungen und Vorstellungen, Identitäten und Biografien. So kann etwa ein geflüchteter Jugendlicher aus Syrien syrisch-orthodox, schiitisch, sunnitisch, alevitisch oder jesidisch sein. Außerdem sind auch die Bildungshintergründe der Geflüchteten divers.

Die soziale Situation der Geflüchteten ist prekär. Viele leiden unter seelischen Belastungen.

Das Leben der Geflüchteten ist gekennzeichnet durch schwierige Lebensumstände in den Notunterkünften und durch aufenthaltsrechtliche Unsicherheiten. Hinzu kommen Angst vor Abschiebung, mögliche Traumata im Kontext von Krieg und/oder Flucht, die Sorgen um Familienangehörige im Heimatland und Probleme mit dem Familiennachzug.

Spezifische biografische und gesellschaftliche Erfahrungen der Jugendlichen müssen berücksichtigt werden.

Politische Bildungsarbeit sollte an den Erfahrungswelten der SchülerInnen anknüpfen. Im Falle Geflüchteter gehören hier Krieg und Flucht sowie die Trennung von Familie und FreundInnen, Heimat und Zuhause dazu. Hinzu kommen erste Erfahrungen in Deutschland – eine Mischung aus Freiheit, Solidarität, Hoffnung und Freude, aber auch Enge, Ungewissheit und Diskriminierungserfahrungen. Neu in Deutschland sind die Jugendlichen gefordert, mit all diesen Erfahrungen zurechtzukommen, Fremdheitsgefühle zu überwinden und ihre neuen Erfahrungen einzuordnen.

Trotz von Staat und Zivilgesellschaft breit getragener Willkommenskultur ist das Leben vieler Geflüchteter von rassistischen Erfahrungen geprägt.

Gewalt gegen Geflüchtete und Proteste gegen Flüchtlingseinrichtungen vonseiten des rechtspopulistischen und rechtsextremistischen Spektrums sind massiv gestiegen. Doch das ist nur die Spitze des Eisbergs. Auch Stimmen aus den etablierten Parteien verstärken Vorbehalte gegen Geflüchtete.

Mehrsprachigkeit der Zielgruppe wertschätzen, sprachlichen Herausforderungen kreativ begegnen.

Die sprachlichen Ressourcen der SchülerInnen sollten wertgeschätzt und sinnvoll genutzt werden, denn die Kinder und Jugendlichen sind alles andere als sprachlos. Häufig sprechen sie mehrere Sprachen, sei es, weil sie einer ethnischen Minderheit im Herkunftsland angehören und beispielsweise Arabisch und Kurdisch sprechen, oder weil sie im Herkunftsland eine internationale Schule besucht haben und deshalb die englische Sprache beherrschen. Manche haben auf ihrem Weg nach Europa längere Zeit in anderen Ländern wie der Türkei gelebt und die jeweilige Landessprache gelernt. Diese Kompetenzen sollten genutzt werden. So wird zugleich praktisch eingeübt, mit sprachlicher Vielfalt umzugehen und schwächere SchülerInnen einzubeziehen. Da die jungen Geflüchteten in ihrem neuen sozialen Kontext kaum Anerkennung erfahren, bedeutet die Wertschätzung ihrer sprachlichen Ressourcen auch eine emotionale Stärkung. Daneben gibt es eine Reihe von Ansätzen, mit sprachlichen Problemen umzugehen, etwa verstärkt visuelle Materialien einzusetzen oder auch nonverbal-pantomimisch zu kommunizieren.

Orientierungswissen über das Aufnahmeland und die Aufnahmegesellschaft vermitteln.

Geflüchtete müssen nicht nur ihren neuen Wohnort kennenlernen, sondern brauchen auch Kenntnisse über ihre rechtliche Situation und ein Verständnis der Funktionen staatlicher Institutionen und Behörden in Deutschland – im Kontakt mit diesen erfahren sie das hiesige politische System. Ebenso wichtig ist es, ihnen die Möglichkeit zu geben, sich mit ihrer Wahrnehmung der deutschen Gesellschaft und den Werten einer Demokratie aktiv und aneignend auseinanderzusetzen. Eine weitere Aufgabe ist die Vermittlung der deutschen Geschichte – insbesondere des Nationalsozialismus und Holocaust – und daran anknüpfend nach Möglichkeit auch eine Vermittlung des besonderen deutsch-jüdischen und deutsch-israelischen Verhältnisses in der Gegenwart.

Junge Erwachsene mit Flucht- und Migrationserfahrung als Multiplikatoren und SprachmittlerInnen in den Bildungsprozess integrieren.

TeamerInnen, die selbst eine Migrations- oder Fluchtgeschichte haben, können von den jungen Geflüchteten als authentische ExpertInnen und AnsprechpartnerInnen für die eigene Situation und als Vorbilder wahrgenommen werden. Durch die Vorbildfunktion vermitteln sie den Jugendlichen, dass es möglich ist, das Ankommen zu meistern und politisch und sozial zu partizipieren. Darüber hinaus können solche TeamerInnen als SprachmittlerInnen fungieren und so Bildungsprozesse unterstützen. Die dazu notwendigen Investitionen sind es wert.

Geflüchtete sind handelnde Subjekte, denen man auf Augenhöhe begegnen muss.

Die strukturell benachteiligte Lage der Zielgruppe sollte nicht zu einer paternalistischen Haltung führen. Ihre gesellschaftliche Lage zu reflektieren ist notwendig, aber sie sind als eigenständige Individuen, als handelnde Subjekte zu betrachten, denen man auf Augenhöhe begegnen muss. Kollektivierende und pauschalisierende Zuschreibungen – im negativen wie auch positiv intendierten Sinn – sind den Kontexten politischer Bildung unangemessen. Es gilt stattdessen den Menschen in den Blick zu nehmen, mit all seinen Identitätskonstruktionen, spezifischen Erfahrungen sowie mehr oder minder eigenständig getroffenen Entscheidungen. So können Geflüchtete nicht nur Opfer von Stigmatisierung sein, sondern auch selbst stigmatisieren. Auch sie sind Adressaten einer immer auch vorurteilskritischen und gegen Ungleichwertigkeitsvorstellungen gerichteten politischen Bildungsarbeit.

Keine starren Lernziele: Politische Bildungsarbeit sollte flexibel angelegt und prozess- orientiert sein.

Das ist notwendig, um der Heterogenität der Lerngruppen etwa in Willkommensklassen gerecht zu werden und stärkere und schwächere SchülerInnen einbeziehen zu können. Je nach Lerngruppe sind sehr unterschiedliche Problemstellungen zu bearbeiten. Ein solch offener Ansatz stellt sehr hohe Anforderungen an die TeamerInnen, die mehrere Lernziele parallel verfolgen müssen. Neben der Vermittlung von Inhalten der politischen und historisch-politischen Bildung und von Kompetenzen geht es auch darum, den Zusammenhalt in der Klasse zu stärken, etwa Rücksichtnahme auf Schwächere oder neue KlassenkameradInnen einzuüben. Gerade die Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Sichtweisen auf Politik und Geschichte stellt für die SchülerInnen eine Herausforderung dar, insbesondere wenn sie bereits andere Formen der Geschichtsvermittlung erfahren haben.

Fehlende Curricula und Lehrmaterialien sind Herausforderung und Chance zugleich. Außer- schulische Kompetenzen können den schulischen Bildungsauftrag sinnvoll ergänzen.

Das Fehlen von Rahmenlehrplänen für einen Geschichts- und Politikunterricht in Willkommensklassen schafft die Möglichkeit, pädagogische Maßnahmen in unterschiedlichen Formaten wie Einzelworkshops, Projektschultage oder Seminarwochen zu integrieren. Politische Bildung sollte bereits in der Willkommensklasse Gegenstand des Unterrichts sein. Der Bedarf wird von Lehrkräften immer wieder artikuliert. Sie benötigen hierzu Fortbildung und Unterstützung in Form von geeigneten Unterrichtsmaterialien und didaktischen Konzepten. Außerschulische Träger politischer Bildungsarbeit können mit unterschiedlichen Formaten unterstützend in Willkommensklassen wirken.

Keine Bevormundung und Indoktrination, sondern auf Ver- ständigung ausgerichtete Bildungsprozesse initiieren und Räume für eine offene Aus- einandersetzung schaffen.

Themen, die in ihren Herkunftsgesellschaften mit problematischen Deutungsmustern oder Propaganda besetzt sind wie die NS-Zeit, der Holocaust und der Antisemitismus, sollten offen angesprochen werden. Wie Studien zeigen und Erfahrungen aus der Praxis bestätigen, kennen Geflüchtete die besondere Bedeutung solcher Themen und sind interessiert daran, mehr darüber zu erfahren. Gerade diese Themen werden, weil sie von der Mehrheitsgesellschaft als besonders relevant eingestuft werden, auf die eine oder andere Art ohnehin an die SchülerInnen herangetragen. Deshalb ist es für sie wichtig, die damit verbundenen Deutungen und Narrative der Mehrheitsgesellschaft kennenzulernen. Eine wichtige Voraussetzung, damit die SchülerInnen sich auf diese einlassen können, ist, zunächst ihren eigenen Narrativen und Deutungsmustern einen Raum zu geben, in dem sie diese angstfrei äußern können, und ihre biografischen Erfahrungen anzuerkennen.

Israelfeindlichen Positionen entgegenwirken und auf Kontroversität und Verständigung widersprüchlicher Positionen im Sinne der Ambiguitätstoleranz setzen.

Im Sinne einer Kritik und Prävention des Antisemitismus kann an bewährte Konzepte angeknüpft werden. Ebenso wie unter nicht geflüchteten Jugendlichen und jungen Erwachsenen in Deutschland deuten auch Geflüchtete den Nahostkonflikt tendenziell einseitig und unvollständig Israelkritisch und greifen teilweise auf antisemitische Deutungsmuster zurück. Genauso wie bei muslimisch sozialisierten Jugendlichen muss die politische Bildung darauf abzielen, im Sinne der Selbstreflexion die eigenen Narrative zu irritieren und zu erweitern. Es geht um die Nachvollziehbarkeit und – gemäß der Ambiguitätstoleranz – um das Verständnis widersprüchlicher Positionen. Zu hinterfragen sind dabei einseitige Perspektiven auf Fragen nach Schuld und Verantwortung, Täter und Opfer, Recht und Unrecht. Denn nicht nur die PalästinenserInnen sind Opfer in diesem Konflikt, nicht nur sie haben einen Anspruch auf Land in der Region, und nicht allein Israel ist schuld an einem seit Jahrzehnten anhaltenden Konflikt. Zudem sollte es im Sinne einer antisemitismuskritischen politischen Bildung darum gehen, die Dämonisierung und Delegitimierung Israels gezielt zu problematisieren – zwei Deutungen, die sich in unterschiedlichen politischen, ethnischen und religiösen Kontexten immer wieder finden lassen.

An soziale Deutungsmuster aus den Herkunftsregionen kritisch anknüpfen und dabei explizit nicht-antisemitische Perspektiven sichtbar machen.

In der Arbeit mit Geflüchteten sollte der Versuch unternommen werden, an gängige soziale Deutungsmuster aus den Herkunftsregionen kritisch anzuknüpfen. Darüber hinaus sollten explizit nicht-antisemitische Perspektiven gestärkt werden. Dazu gehört zum einen, Positionen präsent zu machen, die zwischen Juden, Israelis und einer bestimmten israelischen Politik unterscheiden, zum anderen, Sichtweisen derjenigen zu thematisieren, die aufgrund eigener Erfahrungen in ihren Herkunftsländern – Syrien, Afghanistan oder Irak – andere politische Gruppierungen im Nahen Osten als ernsthafteres Problem wahrnehmen als die israelische Politik.

FORSCHUNG:

**WELTBILDER
ZWISCHEN
ALTER UND
NEUER
HEIMAT**

Die Befragung zu Antisemitismus und Flucht vom Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung und die Untersuchung zu Antisemitismus aus jüdischer Perspektive – über die Wahrnehmungen, Erfahrungen und Einschätzungen von Jüdinnen und Juden in Deutschland – vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld sind im Auftrag des Expertenkreises Antisemitismus entstanden.

Sie versprechen auch Erkenntnisse über den Kontext, in dem politische Bildungsarbeit mit Geflüchteten stattfindet. Auch die psychologische Perspektive trägt viel zum Verständnis der Bedürfnisse sowohl der PädagogInnen als auch der Jugendlichen als EmpfängerInnen von Bildungsangeboten bei.

„Eine Million Antisemiten“?

Einstellungen Geflüchteter zu Juden, zum Nahostkonflikt und zum Holocaust – Ergebnisse einer Studie des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM) an der Humboldt-Universität zu Berlin für den Expertenkreis Antisemitismus.

AUTORINNEN Dr. Sina Arnold und Jana König, Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung

Als im November 2016 im israelischen Haifa Brände ausbrachen, wurde in manchen arabischen Ländern Jubel bekundet darüber, dass der verhasste Staat Israel nun in Flammen stünde. Am 25. November twitterte die Bundestagsabgeordnete Erika Steinbach, damals noch Mitglied des CDU-Fraktionsvorstandes: „Innerhalb eines Jahres haben wir mehr als eine Million Antisemiten zusätzlich in D“.¹ Der mit drei weinenden Emoticons verzierte Tweet ist exemplarisch für die rassistischen Pauschalisierungen, die Teile der deutschen Bevölkerung gegenüber der Ankunft von mehr als einer Million² Geflüchteter seit Anfang 2015 artikulieren: Nicht nur werden diese als Träger von Sexismus und Homophobie gesehen, sondern auch als Importeure von jüdenfeindlichen Einstellungen. Gleichzeitig finden sich auch Stimmen, die die realen Vorfälle von Radikalisierung, islamistischen und auch antisemitischen Haltungen unter manchen Geflüchteten leugnen oder primär auf die erfahrene Ausgrenzung in der deutschen Gesellschaft zurückführen. Was diese Positionen gemeinsam haben, ist, dass sie sich oftmals auf punktuelle Erfahrungen beispielsweise in der Freiwilligenarbeit oder auf selektive Medienberichte beziehen. Geflüchtete selber kommen kaum zu Wort, eine genaue Analyse vorgebrachter Positionen findet selten statt.

Vor dem Hintergrund dieses Spannungsfeldes und des aus ihm resultierenden Forschungsbedarfs führten wir im Rahmen einer empirischen Studie 25 qualitative Leitfadeninterviews mit Geflüchteten aus Syrien, dem Irak und Afghanistan, 16 Männer und neun

Frauen.³ Die Befragten waren zwischen 16 und 53 Jahre alt und hatten sehr unterschiedliche Hintergründe in Bezug auf Bildung oder religiöses Selbstverständnis. Wir befragten sie zu ihren Einstellungen zu Juden und Jüdinnen, zum Holocaust, zu Israel und dem Nahostkonflikt, aber auch zu Diskriminierungserfahrungen, Ängsten und Wünschen für die Zukunft. Die Interviews fanden auf Arabisch bzw. Farsi mit Hilfe von ÜbersetzerInnen statt.⁴

Deutlich in den Interviews wird vor allem eins: Es gibt nicht „den“ Geflüchteten, sondern – genau wie bei der Beschreibung von Einstellungsmustern in der deutschen Bevölkerung – eine Vielzahl an Haltungen und Vorstellungen, differenziert nach demografischen Faktoren ebenso wie politischem oder religiösem Hintergrund. Trotzdem können einige grundsätzliche Aussagen getroffen werden – nicht aufgrund vermeintlich homogener „Herkunftskulturen“, sondern vielmehr bedingt durch differente historische Traditionen, Schulsysteme sowie öffentliche und mediale Diskurse.

„Ich glaube, dass die Juden viel Macht bei den internationalen Banken haben“⁵ – Bilder von Juden und Jüdinnen

Die Mehrheit der InterviewpartnerInnen äußerte antisemitische Ressentiments, die fast immer fragmentarisch und oft von Wider-

3 Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen. Zweiter Expertenbericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, erstellt im Auftrag des Deutschen Bundestages, im Erscheinen. Kapitel „Antisemitismus bei Geflüchteten“.

4 Darüber hinaus haben wir 14 Expertinnen und Experten, die in jüdischen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen wie auch in der Arbeit mit Geflüchteten tätig sind, nach ihren Einschätzungen der politischen Situation und Erfahrungen in der praktischen Auseinandersetzung gefragt. Diese Interviews fließen nur indirekt in den vorliegenden Artikel ein.

5 Wenn nicht anders gekennzeichnet, stammen die Zitate aus dem Interviewmaterial der Studie.

1 <https://twitter.com/SteinbachErika/status/802212279945142272?lang=de> [30.01.2017].

2 Das BMI geht von rund 890.000 asylsuchenden Menschen im Jahr 2015 und etwa 280.000 im Jahr 2016 aus, vgl. <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/flucht/218788/zahlen-zu-asyl-in-deutschland> sowie <http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2016/01/asylantraege-dezember-2015.html> [24.01.2017].

sprüchen gekennzeichnet waren. Nur eine Interviewpartnerin hatte ein zusammenhängendes, geschlossenes Weltbild, in welchem negative Einstellungen gegenüber Israel und Juden („Ich kenne keine, aber ich hasse die einfach“) zentrale Erklärungsfunktionen für das Selbstbild wie auch das Weltgeschehen einnahmen. Überdies wurden oft vereinzelte klassische antisemitische Stereotype geäußert, bei denen etwa Juden mit Geld und Macht assoziiert oder für globale Kriege verantwortlich gemacht wurden. Juden wird in diesem Zusammenhang manchmal besondere Schläue, kalkulierende Rationalität oder mangelnde Moral zugeschrieben.⁶ Aber für viele GesprächspartnerInnen sind Juden einfach „ganz normale Leute“.

Gleichzeitig ist der Großteil der InterviewpartnerInnen der Meinung, dass sie wenig über das Judentum und Juden wüssten. Als Wissensquellen geben sie Alltagsgespräche vor allem in der Familie an. Manche haben ihr Wissen aus überlieferter Regionalgeschichte, etwa in Form von persönlichen Kontakten oder bekannten Erzählungen. Nur sehr wenige GesprächspartnerInnen beziehen sich auf den Koran als Wissensquelle, einige berufen sich etwa auf die Konflikte zwischen Mohammed und den jüdischen Gemeinden. Andere wiederum lehnen den Koran als Quelle für negative Judenbilder explizit ab.

Die Hälfte der Befragten hat oder hatte persönlichen Kontakt zu Juden oder Jüdinnen, von denen wiederum die Hälfte erst in Deutschland zustande kam – etwa über jüdische MitschülerInnen der Sprachschule, durch UnterstützerInnenkreise oder Wohngemeinschaften. Diese Kontakte werden als neutral bis positiv beschrieben. Negative Einstellungen gegen „die Juden“ als abstrakter Einheit scheinen selten als Argument gegen eine persönliche Beziehung verwendet zu werden. Befragte berichten aber auch von sporadischen Kontakten in ihren Herkunftsländern („Wo ich geboren bin, da gab es eine jüdische Familie“) – über das Einkaufen beim jüdischen Apotheker in Syrien oder einen Nachbarn in Bagdad, zu dem der Großvater eine freundschaftliche Beziehung pflegte.

„Seit ich auf die Welt kam, weiß ich, dass das Land Palästina besetzt ist“ – Wissen und Wissensquellen zu Israel und dem Nahostkonflikt

Fast alle InterviewpartnerInnen stehen Israel kritisch gegenüber. Dabei reichen die Charakterisierungen von einer allgemeinen Kritik an der israelischen Politik gegenüber den PalästinenserInnen bis zu einer Fundamentalkritik, die Israel als einflussreichsten Staat der Welt, als verantwortlich „für alle Kriege in der Welt, [...] auch für den jetzigen Krieg in Syrien“, als strukturell rassistisch oder auch

⁶ Diese qualitativen Beobachtungen decken sich mit den wenigen empirischen Erkenntnissen aus der Region: In einer weltweit vergleichenden Umfrage der Anti-Defamation-League (ADL) aus dem Jahr 2014 wird gezeigt, dass 74 Prozent der Befragten in der Region Mittlerer Osten/Nordafrika zwischen sechs und elf der abgefragten negativen Stereotype über Juden für „wahrscheinlich wahr“ halten (vgl. <http://global100.adl.org/> [24.01.2017]). Für die Herkunftsländer Syrien, Irak und Afghanistan gibt es allerdings keine eigenen Länderstudien, sodass die Gefahr der regionalen Pauschalisierung bei der Übertragung der Ergebnisse besteht.

Gleichzeitig ist der Großteil der InterviewpartnerInnen der Meinung, dass sie wenig über das Judentum und Juden wüssten.

übermäßig mächtig charakterisiert. In Teilen finden sich hier Anklänge an Verschwörungstheorien, nach denen der jüdische Staat in der Lage sei, das Weltgeschehen zu lenken („Sie kontrollieren alles“). Israel wird teilweise auch primär als religiöser Staat kritisiert – dieser Wert aber auf alle Staaten weltweit angelegt („Für mich, egal ob ich Araber bin oder nicht [...], ist ein religiöser Staat unakzeptabel“). Israel wird in mehreren Fällen als Besatzungs- und/oder Kolonialmacht beschrieben, die das „arabische“, „muslimische“ oder „palästinensische“ Land geraubt hätte. Fünf der InterviewpartnerInnen akzeptieren Israel, einen künstlichen „Staat, der aus dem Nichts entstanden ist“, ganz grundsätzlich nicht. Andere betonen hingegen, es sei ein normales „Land wie jedes andere“. Die meisten InterviewpartnerInnen differenzieren sehr bewusst zwischen Juden, Israelis und dem Staat. Doch ebenso wie in manchen Gesprächen ausschließlich die Regierung kritisiert und betont wird, dass „die Menschen damit nichts zu tun haben“, gibt es Beispiele, in denen alle Juden für die Handlungen des Staates Israel verantwortlich gemacht werden.

Der Nahostkonflikt wird primär als politischer Konflikt um Land und Ressourcen gedeutet, der aber – beispielsweise von Imamen oder Politikern – in ethnisch-nationalen Kategorien interpretiert wird. Spiegelbildlich zu den negativen Einstellungen gegenüber Israel als aggressivem Täter im Nahostkonflikt findet sich bei den Befragten eine Darstellung der PalästinenserInnen als Opfer. Das Bild des unterdrückten und aufbegehrenden Palästinensers bietet eine Identifikationsfolie, die teilweise über die Gemeinsamkeit als „Araber“ mobilisiert wird. In wenigen Fällen wird auch gegenüber der palästinensischen Konfliktpartei Kritik geübt, vor allem in Bezug auf religiöse Radikalisierung. Gegenüber jüdischen Sichtweisen und Verfolgungsgeschichten im Nahostkonflikt gibt es in den meisten Fällen allerdings wenig Verständnis. Nur ein junger Iraker erwähnt im Zusammenhang mit der Staatsgründung Israels auch die Diskriminierung und Vertreibung jüdischer Minderheiten aus arabischen Ländern wie auch aktuellen Antisemitismus. Und bei einigen der afghanischen Gesprächspartner finden sich teilweise auffällig pro-israelische Sichtweisen, die auch ein Bewusstsein um antisemitische Vertreibungen und Kritik an antisemitischem Antizionismus im Iran formulieren, wo sie lange gelebt haben.

Wissen über Israel und den Nahostkonflikt wird vor allem als Alltagswissen – über Gespräche in Familie und Freundeskreis wie

Einstellungen zur Demokratie (Zustimmung in Prozent)

Datenbasis	IAB-BAMF-SOEP	World Values Survey (WVS)			Differenz	
	Geflüchtete ¹	Deutsche	Bevölkerung in den Krisenländern ^{2,4}	Spalte A und B ⁵	Spalte A und C ⁵	
Folgende Dinge gehören zur Demokratie...	Spalte A	Spalte B	Spalte C			
Die Menschen wählen ihre Regierung in freien Wahlen.	96	92	89	4	7	
Frauen haben die gleichen Rechte wie Männer.	92	92	67	(0)	25	
Bürgerrechte schützen die Menschen vor staatlicher Unterdrückung.	93	83	80	10	13	
Die Regierung besteuert die Reichen und unterstützt die Armen.	81	71	63	10	18	
Religionsführer bestimmen letztlich die Auslegung der Gesetze.	13	8	55	5	42	

ANMERKUNGEN: Der Anteil fehlender Angaben (weiß nicht, Verweigerung) liegt in Deutschland bei bis zu 2 Prozent (WVS), in den Krisenländern (WVS) bei 6 bis 10 Prozent und bei Geflüchteten (IAB-BAMF-SOEP-Befragung) bei 11 bis 20 Prozent. Aus den vorliegenden Daten lässt sich jedoch nicht ableiten, inwieweit diese Differenz auf Unterschiede in Erhebungsinstrumenten und -situation, Sprachproblemen oder sozialer Erwünschtheit zurückzuführen ist.

1) Die Antwortskala der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten, die von 0 (gehört auf keinen Fall zur Demokratie) bis 11 (gehört auf jeden Fall zur Demokratie) reicht, wurde zu Ablehnung (Antworten 0 bis 5) und Zustimmung (Antworten 6 bis 10) zusammengefasst. Die Antwortvorgaben im WVS sehen im Gegensatz zur IAB-BAMF-SOEP-Befragung keine neutrale Mittelkategorie vor. Die Antworten der IAB-BAMF-SOEP-Befragung auf der Mittelkategorie (Wert 5) werden in den Auswertungen als „Ablehnung“ gewertet. Ein alternatives Vorgehen der Wertung der Antworten auf der Mittelkategorie als „keine Angaben“ führt zu sehr ähnlichen Befunden: 97 Prozent, 96 Prozent, 95 Prozent, 87 Prozent und 14 Prozent Zustimmung zu den Aussagen.

2) Die Antwortskala des WVS, die von 1 (gehört auf keinen Fall zur Demokratie) bis 10 (gehört auf jeden Fall zur Demokratie) reicht, wurde zu Ablehnung (Antworten 1 bis 5) und Zustimmung (Antworten 6 bis 10) zusammengefasst.

3) Es wurden nur Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit berücksichtigt.

4) Im WVS nicht enthalten sind Syrien, Afghanistan oder Eritrea. Als Krisenländer werden definiert: Algerien, Palästina, Irak, Libyen, Ägypten und Jemen.

5) Differenzen in Prozentpunkten. Schätzungen, die auf einen statistisch nicht signifikanten Unterschied hindeuten (Adjusted Wald Test, 99-prozentiges Signifikanzniveau) werden in Klammern gesetzt.

QUELLEN: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016, World Values Survey, 6. Welle, 2010–2014.

auch in medialen Diskursen – und Schulwissen („Das wurde bei uns in der Schule unterrichtet, dass Israel der Feind ist“) aus dem Herkunftsland beschrieben. Zwei syrische Gesprächspartner beschreiben, wie Israel als Feindbild dort omnipräsent war, argumentativ legitimiert über den arabischen Nationalismus und die eigene Geschichte („[Israel] hat Land von Syrien und anderen Arabern genommen.“). Religiöse Institutionen oder Imame werden nur selten als Wissensquellen genannt.

„Alle haben Israel und den Konflikt vergessen“ – Wandel im Israelbild

Die geografische und politische Nähe zwischen den Herkunftsländern und Israel eröffnet in einigen Fällen interessante Verschiebun-

gen: Aufgrund der konkreten Kriegserfahrung kann es zu einem Wandel im Israelbild kommen. Statt abstrakter Projektionen, bei denen Israel als „Ursprung allen Übels“ imaginiert wird, ließen sich nun sehr konkrete Akteure für Krieg und Leiden verantwortlich machen – „Jetzt, nach dem Krieg, habe ich gesehen, dass nicht Israel der größte Feind Syriens ist, sondern der Iran und die Hisbollah“. Vereinzelt wurden sogar unerwartet positive Erfahrungen gemacht, etwa mit israelischen PolizistInnen, die syrische Verwundete an den Grenzen pflegten. Auch eine Annäherung mancher arabischer Länder, die „sich mehr und mehr als Freund von Israel verstehen“, wird beobachtet, mit entsprechenden Auswirkungen etwa auf Regierungspropaganda. Durch den Krieg gibt es überdies für die Befragten schlichtweg wichtigere Krisenregionen, allen voran ihre eigenen Länder.

„Was in Syrien passiert, könnte schlimmer als der Holocaust sein“ – Wissen und Einstellungen zum Holocaust

Über den Holocaust existiert bei den Befragten sehr wenig Wissen, und das ist fragmentarisch und teilweise historisch falsch. Während fast alle schon einmal von Hitler gehört haben, können viele die Person nicht richtig einordnen. Sie zitieren ihn aus sozialen Medien, stellen aber keinen Bezug zum Massenmord her. In der Folge wird die Politik der Nationalsozialisten häufig verharmlosend beschrieben, etwa mit Aussagen wie „Hitler mochte die Juden nicht und hat sie ziemlich aus der Gesellschaft ausgeschlossen“. Hass gegen Juden, Vertreibung und Ghettoisierung werden von einigen Befragten mit dem Holocaust assoziiert, der Massenmord allerdings kaum explizit erwähnt. Sechs der Befragten hatten noch nie vom Holocaust gehört.

Als herkunftsbezogene Wissensquellen werden in wenigen Fällen die Schule und Universität in Syrien und dem Irak genannt, diese in anderen Fällen aber auch explizit verneint. Weitere Quellen sind generelles Alltagswissen und -gespräche in den Herkunftsländern sowie historische Romane, Bücher und Zeitungen.

In Deutschland werden die Geflüchteten mit einer Gesellschaft konfrontiert, in der dem Holocaust weiterhin eine große Bedeutung für die Gegenwart zukommt: Sie besuchen etwa das Denkmal für die ermordeten Juden Europas mit dem Deutschkurs, nehmen andere Denkmäler im öffentlichen Raum oder Gespräche mit und unter Deutschen wahr. Bei einigen führt dies zu einer aktiven Informationssuche: Durch Gespräche, Filme oder Dokumentationen im Internet versuchen Geflüchtete, das Ereignis und seine Relevanz für die deutsche Gesellschaft zu verstehen. Ein Interviewpartner betont dabei die universale Bedeutung des Holocaust: „Der Holocaust gehört der ganzen Welt. Nach dem Holocaust war die Welt nicht mehr wie zuvor.“ Doch gegenüber der Auseinandersetzung mit dem Thema gibt es nicht nur aktives Interesse, sondern auch Skepsis. „Das ist eure Geschichte, nicht unsere“, findet etwa ein junger Syrer.

Zahlreiche InterviewpartnerInnen stimmen auf Nachfrage der Aussage „Was Israel heute mit den Palästinensern macht, ist das Gleiche, was die Nazis mit den Juden gemacht haben“ zu. Vor dem Hintergrund des klaren Mangels an Wissen über die historische Si-

tuation wird deutlich, dass hiermit allerdings weder explizit noch implizit eine Relativierung des Holocaust angestrebt wird. Vielmehr wird der Holocaust zu einem abstrakten Symbol für Leiden und Unrecht. Daher ist es nicht verwunderlich, dass der Holocaust auch eingesetzt wird zur Skandalisierung der Situation in Syrien, etwa bei einem Interviewpartner aus einer Stadt am Rande von Damaskus: „Ich glaube, dass die Situation in Palästina nicht so schlimm ist im Vergleich zum Holocaust. Nur was zurzeit in Syrien passiert, könnte schlimmer als der Holocaust sein, weil es über so eine lange Zeit dauert und mehrere Leute gestorben sind.“

„Meine Sichtweise auf diese Dinge unterscheidet sich sehr von der aller anderen“ – Demografische und ideologische Einflussfaktoren

In den häufigen, aber zumeist fragmentarisch geäußerten antijüdischen Vorurteilen zeigt sich, wie antisemitische und antizionistische Einstellungen Teil eines oftmals selbstverständlichen Medien- und Alltagsdiskurses in Syrien, dem Irak und Afghanistan sind. Doch diesen Einflüssen wird unterschiedlich kritisch oder affirmativ begegnet. Trotz des kleinen Samples deuten sich hinsichtlich dieser unterschiedlichen Umgangsweisen verschiedene Einflussfaktoren an. So zeigen sich etwa die Auswirkungen des arabischen Nationalismus, bei dem teilweise „die Juden“ als Gegenbild zu „den Arabern“ eingesetzt werden⁷ („Und von hier [vom arabischen Nationalismus, S.A./J.K.] kommt diese Solidarität mit den Palästinensern. Weil Syrien sich als arabisches Land versteht, und die Palästinenser sind Araber, und die müssen solidarisch mit denen sein.“).

Judenfeindliche Einstellungen sind bei sich explizit als „arabisch“ bezeichnenden InterviewpartnerInnen tendenziell größer, wie sie auch die Solidarisierung mit den PalästinenserInnen im Nahostkonflikt bei gleichzeitiger Abwertung der israelischen Seite verstärkt. Umgekehrt sind bei Personen, die von diesem Narrativ ausgeschlossen werden – KurdInnen, aber auch die befragten AfghanInnen – entsprechende Vorurteilsstrukturen geringer.

Muslimische Identität wird bei manchen Befragten als Begründung antisemitischer Aussagen herangezogen, indem sie die Annahme, dass Juden und Muslime historische Feinde sind, reproduzieren. Doch ist es nicht der Grad der Religiosität, sondern vielmehr die jeweils konkrete Auslegung des Islam, die eine Rolle spielt: Diejenigen mit einem individualisierten Religionsverständnis zeigten generell ein höheres Maß an Toleranz gegenüber anderen Glaubens- und in Verlängerung Lebensentwürfen als jene, die ihr eigenes Religionsverständnis für alle Menschen verallgemeinert sehen wollen. Das

Über den Holocaust existiert bei den Befragten sehr wenig Wissen, und das ist fragmentarisch und teilweise historisch falsch.

7 Vgl.: Jochen Müller: Ventil und Kitt – Die Funktion von Israel und „den Juden“ in der Ideologie des arabischen Nationalismus. In: Israel in deutschen Wohnzimmern. Realität und antisemitische Wahrnehmungsmuster des Nahostkonflikts. Hrsg. v. Initiative Antisemitismuskritik Hannover. ibidem-Verlag: Hannover 2003, S. 44–69.

Gleiche gilt für Personen, die Religion skeptisch gegenüberstehen: Die Kritik am Islam beförderte eine Kritik gesamtgesellschaftlicher Diskurse in den Herkunftsländern, etwa zu Israel oder Juden.

Während also starke nationale, ethnische und religiöse Kollektividentifikationen die Tendenz zu homogenisierenden und exkludierenden Sichtweisen auf andere Gruppen verstärken können, lässt sich dies über die Negativansprache qua kollektiver Identität nicht sagen: Diskriminierungserfahrungen in Deutschland und den Herkunftsländern standen in keinem direkten Zusammenhang mit ausgrenzenden Einstellungen gegenüber Juden und Jüdinnen. Im Gegenteil: In manchen Fällen – etwa bei den Rassismuserfahrungen mehrerer afghanischer InterviewpartnerInnen im Iran – führte die erlebte Diskriminierung zu einer höheren Empathie auch gegenüber anderen Minderheiten.

„Jetzt will ich gerne wissen, wie die Politik hier funktioniert“ – Konsequenzen für die politische Bildungsarbeit mit Geflüchteten

Aus den Forschungsergebnissen können Schlussfolgerungen gezogen werden, die auch in der außerschulischen politischen Bildungsarbeit mit geflüchteten Jugendlichen berücksichtigt werden sollten. So ist es wichtig, den richtigen Zeitpunkt für pädagogische Arbeit abzuwägen, gerade vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Lebenssituation vieler Geflüchteter von enormer Prekarität gekennzeichnet ist. Sie befinden sich in oftmals absoluter rechtlicher Unsicherheit, bei der beispielsweise Abschiebungen drohen und der Familiennachzug ungeklärt ist, sie erleben (Alltags-)Rassismus und bringen nicht selten Kriegstraumata und andere seelische Belastungen mit sich. Hier muss parallel zur Bildungsarbeit stets für eine psychische wie rechtliche Stabilisierung gesorgt werden.

Doch obwohl diese spezielle Situation eine große Sensibilität erfordert, sollte sie nicht zu wohlmeinenden Tabuisierungen führen. Geflüchtete als politische Akteure ernst zu nehmen und nicht in eine paternalistische Haltung zu verfallen bedeutet auch, teilweise unbequeme Auseinandersetzungen zu suchen. Dies kommt auch dem Wunsch einiger InterviewpartnerInnen entgegen, die die Diskussionen suchen und damit einhergehend großes Interesse zeigen, etwas über deutsche Geschichte und Gegenwart zu lernen. Hier bestehen also Ansatzpunkte für politische Diskussionen, die aufgegriffen werden sollten, unter Umständen mit speziell aufbereiteten Bildungsmaterialien, die Herkunftssprachen und -kontext zum Ausgangspunkt nehmen.

Ein wichtiger Aspekt dabei ist das Schaffen angstfreier Diskussionsräume: MultiplikatorInnen in den Interviews bestätigten aus den bisherigen Erfahrungen in der Bildungsarbeit mit Geflüchteten, wie wichtig Orte sind, an denen offene Gesprächssituationen entstehen. Dies gilt besonders vor dem Hintergrund unserer Beobachtungen, dass viele der hier neu Ankommenden ein hohes Bewusstsein über die Grenzen des Sagbaren und offizielle Tabus der deutschen Gesellschaft haben. So berichtete ein Gesprächspartner dem Übersetzer, dass unter Geflüchteten das Wissen kursiere, auf

der Ausländerbehörde nichts Negatives über Israel sagen zu dürfen. Da aber Tabuisierungen weder eine geeignete Bekämpfung noch Prävention gegenüber Vorurteilen darstellen, ist es notwendig, in pädagogischen Situationen auch über problematische Haltungen und Stereotype zu sprechen und diese in Mikro-Situationen zu dekonstruieren – also in Settings, in denen kleine Gruppen in vertrauensvoller Atmosphäre miteinander ins Gespräch kommen können.

Sprache stellt hier ein wichtiges Mittel dar, sodass die Arbeit mit arabisch sprechenden Fachkräften unerlässlich ist. Dabei kann und sollte der Herkunftskontext nicht nur als mögliches Problem, sondern auch als Potenzial eingesetzt werden. Die Interviews zeigen, dass es durchaus nicht nur antisemitisches, sondern auch anti-antisemitisches (Erfahrungs-)Wissen gibt, an welches angeknüpft werden kann: etwa Geschichten eines alltäglichen, friedlichen Zusammenlebens von Juden und Nicht-Juden in den Herkunftsländern oder auch die Verfolgungsgeschichte von Juden und Jüdinnen in derselben Region.

Bezogen auf jüngere Ereignisse sind es die konkreten Erfahrungen mit geopolitischen Akteuren in aktuellen, selbst erlebten Kriegssituationen, die oftmals ein differenzierteres Bild von Israel befördern, an dem angeknüpft werden kann. Ebenso können persönliche Ausgrenzungserfahrungen, sowohl im Herkunftskontext (etwa bei Afghanen im Iran) als auch in Deutschland, zum Ausgangspunkt für Gespräche genommen werden, bieten sie doch die Chance, biografisch bedingte Empathie zu stärken gegenüber der historischen und gegenwärtigen Verfolgung von Juden und Jüdinnen.

Die individuelle Lebensrealität auf diese Art einzubeziehen bedeutet auch, ein Verständnis der jeweiligen Motivationslagen zu entwickeln, aus denen heraus antisemitische Einstellungen artikuliert werden – etwa Alltagsantisemitismus und -zionismus aus den Herkunftsländern. Hier bedarf es allerdings einer biografischen Arbeit, der es nicht nur gelingt, die Widersprüchlichkeiten und Brüche in den jeweiligen Lebensgeschichten zu betonen, sondern die sich auch kritisch auf kollektive Identitäten bezieht. Dieser Aspekt ist vor allem wichtig vor dem Hintergrund der Interviews, in denen sich andeutet, dass ausgeprägte kollektive – etwa nationale, ethnische oder religiöse – Identitäten die stereotype Wahrnehmung anderer Menschen in diesen Kategorien befördern und somit eine Grundlage

Geflüchtete als politische Akteure ernst zu nehmen und nicht in eine paternalistische Haltung zu verfallen bedeutet auch, teilweise unbequeme Auseinandersetzungen zu suchen.

Vergleich der Einstellungen zu Geschlechterrollen zwischen Geflüchteten und Deutschen
(Zustimmung in Prozent)

	Geflüchtete ¹	Deutsche ^{2,3}	Signifikanzniveau ⁴	Cohen's D ⁵
Eine Arbeit zu haben ist für eine Frau die beste Möglichkeit, unabhängig zu sein.				
Frauen	88	81	*	0,21
Männer	85	62	**	0,46
Gesamt	86	72	**	0,34
N	2.123	1.914		
Wenn eine Frau mehr Geld verdient als ihr Partner, führt dies zwangsläufig zu Problemen.				
Frauen	30	20	**	0,25
Männer	28	16	**	0,32
Gesamt	29	18	**	0,25
N	2.074	1.906		
Für Eltern sollte die berufliche Ausbildung oder Hochschulausbildung ihrer Söhne wichtiger sein als die berufliche Ausbildung oder Hochschulausbildung ihrer Töchter.				
Frauen	14	11	n. s.	0,11
Männer	19	18	n. s.	0,02
Gesamt	18	14	n. s.	0,10
N	2.121	1.922		

ANMERKUNGEN: **, *: signifikant zum 1- und 5-Prozentniveau. Die Ergebnisse wurden ebenfalls auf Basis einer alternativen Kodierung berechnet, bei der die Kategorie 4 auf Missing gesetzt wurde und 1 bis 3 als „Ablehnung“ sowie 5 bis 7 als „Zustimmung“ gewertet wurde. Auf Basis dieser Abgrenzung ergaben sich teilweise zugespitzte Ergebnisse, insbesondere bei der Aussage „Eine Arbeit zu haben ist für eine Frau die beste Möglichkeit, unabhängig zu sein“. Nach wie vor waren die Unterschiede statistisch signifikant, wobei sich die Effektstärken insbesondere in der ersten Frage erhöhten.

1) Die Antwortskala der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten, die von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 7 (stimme voll zu) reicht, wurde zu Ablehnung (Antworten 1 bis 4) und Zustimmung (Antworten 5 bis 7) zusammengefasst.

2) Die Antwortskala des VWS, die von 1 (stimme überhaupt nicht zu) bis 4 (stimme voll zu) reicht, wurde zu Ablehnung (Antworten 1 bis 2) und Zustimmung (Antworten 3 bis 4) zusammengefasst.

3) Es wurden nur Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit berücksichtigt.

4) Adjusted Wald-Test.

5) Maß für die Effektstärke auf Basis standardisierter Mittelwerte.

QUELLE: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016; gewichtet.

für antisemitisches Denken sein können. Wird hingegen an hybriden Identitäten, die teilweise auch durch oft mehrjährige Migrationsgeschichten befördert wurden, angeknüpft, hat dies nicht nur einen Effekt in Bezug auf die Bildungsarbeit mit Geflüchteten: Es trägt auch zum Aufbau postmigrantischer Lernwelten bei, die Auswirkungen auf den deutschen Kontext haben und diesen verändern werden.

Wenn antisemitische Einstellungen unter Geflüchteten als integraler Bestandteil der deutschen Gesellschaft und nicht als „der Antisemitismus der anderen“ betrachtet werden, müssen Lernprozesse notwendigerweise wechselseitig ablaufen. Somit würden auch deutsch-deutsche Jugendliche die Migrations- und Herkunftsgeschichten ihrer MitschülerInnen kennenlernen, was zu einem Auflösen der Kategorien von „deren“ und „unserer“ Geschichte führen kann. Das hieße auch, postmigrantische Lern- und Lebensrealitäten sichtbar und erfahrbar zu machen.

Dr. Sina Arnold ist Politikwissenschaftlerin und wissenschaftliche Geschäftsführerin für „Integration, soziale Netzwerke und kulturelle Lebensstile“ am Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM). Jana König ist Politikwissenschaftlerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin im Forschungsprojekt „Antisemitismus und Flucht“ beim BIM.

Jüdische Perspektiven

Antisemitische Einstellungen sind in der Gesellschaft nach wie vor verbreitet, auch wenn das gerne geleugnet oder auf Minderheiten wie etwa muslimische Geflüchtete externalisiert wird. Eine neue Studie erfasst nun die jüdischen Perspektiven auf Antisemitismus in Deutschland.

AUTORIN Marina Chernivsky, Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment

Trotz intensiver Aufklärung wirkt der Antisemitismus auch in der Demokratie weiter und bleibt ein Dauerthema der politischen Öffentlichkeit, auch wenn, paradoxerweise, seine Existenz als soziales Phänomen oft bestritten wird. Antisemitische Ressentiments sind einerseits historisch außerordentlich stabil, unterliegen andererseits einer besonderen Dynamik, die die klassischen Motive übernimmt, aber gleichzeitig für neue Rationalisierungen, Projektionen und Verschiebungen anfällig bleibt. Seine Festschreibung als bedeutendes Einstellungspotenzial im individuellen und öffentlichen Bewusstsein wird allerdings eher selten zugestanden und das Überdauern klassischer (antisemitischer) Einstellungen im neuen Gewand – beispielsweise im Kontext des Nahostkonflikts und der Israelfeindschaft – oftmals verkannt oder auch gezielt übersehen. „Davon ausgehend sind die antisemitisch konnotierten Denk- und Argumentationsmuster nicht immer und nicht zwangsläufig Bestandteil konsistenter antisemitischer Ideologien. Öfter stellen sie ein bequemes Mittel zum Erhalt eigener Selbstbilder dar oder sind ein Differenzkonstrukt, dem die Vorstellung einer inneren Homogenität von Juden und zugleich deren ‚Fremdartigkeit‘ als Kollektiv zugrunde liegt.“¹ Kennzeichnend dafür sind beispielsweise die vorsichtig formulierten, gleichzeitig widersprüchlichen und daher wenig konsistenten Meinungen zu Juden und Judentum. Verbunden werden solche Wahrnehmungen mit stereotypisierenden Annahmen und Bewertungen. Indem beispielsweise die Religiosität zum Maßstab der ‚Andersartigkeit‘ stilisiert wird, werden Juden einer geschlossenen sozialen Kategorie zugeordnet, deren Mitglieder in der Fremdwahrnehmung per definitionem ‚anders‘ sind.

Das Bedürfnis nach einer unbeschädigten (nationalen) Identität erzeugt offenbar den Wunsch, die NS-Vergangenheit umzudeuten, die aktuelle Relevanz des Antisemitismus mit seinen weitreichen

den Kontinuitätslinien zu verdrängen und sich der damit verbundenen Gefühle zu entledigen. In einer repräsentativen Umfrage der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahre 2013 geben rund 77 Prozent der Deutschen an, dass ihrer Auffassung nach die negativen Einstellungen gegenüber Juden kaum noch bestehen.

Während Antisemitismus von weiten Teilen der deutschen Bevölkerung in der Regel weit von sich gewiesen wird, beklagen gleichzeitig 75 Prozent: „In Deutschland darf man nichts Schlechtes über Ausländer und Juden sagen, ohne gleich als Rassist beschimpft zu werden.“² Studien belegen ein Fortbestehen von latente Antisemitismus und legen nahe, dass der offenkundig werdende Rechtspopulismus die Zunahme des Antisemitismus begünstigt, sei es über die Verbreitung von Verschwörungstheorien, vermittelt über Antiamerikanismus und Antikapitalismus, oder auch über die gesunkene Hemmschwelle, soziale Gruppen offen abzuwerten.³ Vor dem Hintergrund der deutschen Geschichte und dieser vereinzelt publizierten Befunde⁴ ist es umso bemerkenswerter, wie selten antisemitische Einstellungen in der breiten Bevölkerung thematisiert werden und wie wenig Forschung es dazu gibt.⁵

2 Beate Küpper/Andreas Zick/Daniela Krause, Pegida in den Köpfen – wie rechtspopulistisch ist Deutschland? In: Andreas Zick/Beate Küpper, Wut, Verachtung, Abwertung. Rechtspopulismus in Deutschland. Hrsg. von Ralf Melzer/Dietmar Molthagen für die Friedrich Ebert Stiftung, Berlin 2015.

3 Ebd.

4 Ausnahme sind die regelmäßig von der Anti-Defamation League durchgeführten Studien, die wichtige Hinweise auf die Verbreitung von antisemitischen Einstellungen geben. Die Studien sind mit einer Stichprobengröße von üblicherweise n = 500 streng genommen nicht repräsentativ und erfassen kaum weitere Bedingungen- und Erklärungsfaktoren.

5 Antisemitismus in Deutschland – aktuelle Entwicklungen. Zweiter Expertenbericht des Unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus, erstellt im Auftrag des Deutschen Bundestages, im Erscheinen. Kapitel „Antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung“, Manuskriptseite 49.

1 Albert Scherr/Barbara Schäuble, „Ich habe nichts gegen Juden, aber...“ – Ausgangsbedingungen und Perspektiven gesellschaftspolitischer Bildungsarbeit gegen Antisemitismus. Hrsg. Amadeu Antonio Stiftung, Berlin 2007.

Eine emotionale Dimension in den Debatten um Antisemitismus verschärft dabei die Widerstände gegen seine Thematisierung. Anstelle einer tiefergehenden Reflexion über die Ausdrucksweise und Wirkmächtigkeit antisemitischer Positionen wird fast nur noch darüber diskutiert, ob und in welchem Ausmaß der Antisemitismus überhaupt noch zutage tritt. Bei der Einschätzung von Äußerungen oder auch Erscheinungsformen bestehen in der Tat Schwierigkeiten, einzelne Statements oder Diskurse einer antisemitischen oder einer nicht-antisemitischen Position zuzuordnen. Weiterhin ist es oft unklar, nach welchen Kriterien – Intention, Inhalt oder Wirkung – die Einschätzung erfolgen soll. So werden die Äußerungen schnell und reflexartig verharmlost oder durch Reaktionen wie das Thema sei „unangenehm“, „wenig aktuell“, „völlig überflüssig und an der Realität vorbei“ als „nicht so gemeint“ entschuldigt. Die steigende Tendenz zu einem gewalttätigen Antisemitismus, der von der Diskriminierung und verbaler Gewalt bis hin zu körperlichen Angriffen auf Einrichtungen und Personen reicht, wird auch häufig übersehen.⁶

Antisemitismus auf andere übertragen

Der Umstand, dass die meisten Menschen sich heutzutage als nicht-antisemitisch verstehen, erschwert die kritische Reflexion über antisemitische Positionen auch in pädagogischen Kontexten. Nicht nur für Jugendliche, sondern auch für Lehr- und Fachkräfte ist es kaum nachvollziehbar, warum sie sich mit dem Thema beschäftigen sollen: „Antisemitismus scheint sehr weit weg und wenig bis nichts mit den Alltagserfahrungen der meisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer zu tun zu haben.“⁷ So kommt es hier zu einer Externalisierung: Antisemitismus wird nicht als Teil des Eigenen verstanden, sondern stets als das Problem der anderen definiert. Auch die pädagogischen Fachkräfte sehen sich in der Regel als anti-antisemitisch eingestellt. Gleichzeitig sind auch sie nicht frei von antisemitischen Ressentiments und tragen zu ihrer Tradierung unbewusst bei.

Die Entwicklung der letzten Jahre zeugt zudem von einem starken Wunsch, den ‚deutschen‘ Antisemitismus auf Einwanderer und Geflüchtete zu übertragen und die eigenen Ressentiments als endgültig überwunden zu betrachten. Antisemitische Einstellungen bei Geflüchteten sind unbestritten, wenn auch noch viel zu wenig erforscht. In der qualitativen Befragung von Dr. Sina Arnold und Jana König, die vom zweiten Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus in Auftrag gegeben wurde, wird deutlich, dass antisemitische Auffassungen bei Geflüchteten einen Teil ihres Alltagsverständnisses darstellen und etwa durch Medien- und Alltagsdiskurse in den Herkunftsländern vermittelt werden.⁸ Die Befunde sind nicht überraschend; vielmehr verweisen sie darauf, dass weiterer Forschungsbedarf besteht. Der Antisemitismus bleibt ein gesamtgesell-

Antisemitische Einstellungen bei Geflüchteten sind unbestritten, wenn auch noch viel zu wenig erforscht.

schaftliches Phänomen, das nicht auf eine Gruppe exklusiv übertragen werden darf. Solche undifferenzierten Verschiebungen grenzen an eine Verharmlosung der Antisemitismusgefahr.

Während die nichtjüdische Mehrheitsbevölkerung Antisemitismus nicht zwingend erkennt, zeigt eine große Mehrheit der befragten Jüdinnen und Juden eine deutlich höhere Sensibilität. Bislang gibt es allerdings nur wenige Studien zum subjektiven Erleben und Wahrnehmen von Antisemitismus.⁹ Eine repräsentative „jüdische“ Perspektive existiert nicht, aber eine differenzierende Analyse von Antisemitismuserfahrungen aus der Sicht der „Empfänger“ ist unverzichtbar. Eine qualitative Befragung von zehn Berliner Synagogengemeinden zeigt, wie unterschiedlich die Perspektiven auf Antisemitismus sein können: „Obwohl alle InterviewpartnerInnen Antisemitismus als gesellschaftlich relevantes Problem beschreiben haben, unterscheiden sich doch ihre Wahrnehmungen und vor allem das Ausmaß selbst gemachter Erfahrungen. Während hier Wahrnehmungen als Rezeptionsweisen gesellschaftlicher Debatten und nichtfallbezogene Beschreibungen von Antisemitismus gefasst werden, beziehen sich Erfahrungen anderer auf konkrete Vorfälle, welche die Befragten entweder selbst erlebt haben oder von denen sie Kenntnis bekommen haben.“¹⁰ Nun ermöglicht die Studie zu jüdischen Perspektiven auf Antisemitismus¹¹ einen differenzierten Einblick in die Wahrnehmung und den Umgang mit Alltagsantisemitismus bei der jüdischen Bevölkerung.

9 Wichtige Erkenntnisse zu jüdischen Perspektiven liefert u. a. die Online-Befragung der Federal Agency for the Protection of Human Rights (FRA) aus dem Jahr 2013; JDC International Center for Community Development. Third Survey of European Jewish Leaders and Opinion Formers, 2015, March 2016.

10 Steinitz, Benjamin, 2015, Sachbericht für das Kooperationsprojekt „Wahrnehmungen und Erfahrungen von Antisemitismus jüdischer Menschen in Berlin“, Hrsg. RIAS Berlin.

11 Die Expertise zum Thema „Perspektiven von Jüdinnen und Juden in Deutschland auf Antisemitismus“ wurde vom zweiten Unabhängigen Expertenkreis Antisemitismus für den Bericht am Bielefelder Institut für Konflikt- und Gewaltforschung (IKG) unter der Leitung von Prof. Dr. Andreas Zick in Auftrag gegeben. Die Studie bestand aus einer quantitativen Umfrage und zwei qualitativen Befragungen, durchgeführt von Prof. Dr. Julia Bernstein. Die Studie befasste sich mit der jüdischen Perspektive auf Antisemitismus in Deutschland. Studie des IKG der Universität Bielefeld für den UEA, Bielefeld 2016. Der Expertenbericht beschreibt die Studie im Kapitel „Erfahrungsräume und Perspektiven der jüdischen Bevölkerung im Umgang mit Antisemitismus“.

6 Siehe dazu „Antisemitische Vorfälle in Berlin. Bericht 2016“, Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus.

7 Wolfram Stender/Guido Follert/Mihri Özdoğan, 2010, Konstellationen des Antisemitismus – Antisemitismusforschung und sozialpädagogische Praxis, S. 36.

8 Antisemitismus in Deutschland, Kapitel „Antisemitische Einstellungen in der Bevölkerung“, Manuskriptseite 207.

Die große Mehrheit der Befragten nimmt eine Zunahme von Antisemitismus wahr: 78 Prozent der Befragten sind der Ansicht, Antisemitismus habe in Deutschland in den letzten fünf Jahren etwas oder sogar stark zugenommen. 83 Prozent der Befragten befürchten, Antisemitismus werde in den nächsten Jahren etwas oder sogar stark zunehmen. Als Grundlage für ihre Einschätzung geben fast 70 Prozent der Befragten persönliche Erfahrungen an.¹²

Alltagsantisemitismus ist nicht nur auf individueller Ebene virulent, sondern auch als immanenter Bestandteil gesellschaftlicher Strukturen. Er äußert sich in Diskursen, Debatten oder auch über normative Identitäts- und Rollenzuweisungen. Das bedeutet, dass der Antisemitismus auf der individuellen Ebene wirkt (etwa in Form von direkten Abwertungen und Übergriffen) und gleichzeitig auf institutioneller, struktureller und diskursiver Ebene zu finden ist (z. B. als symbolische Diskriminierung durch Diskurse, in Form von Regelungen, die jüdisches Leben in Deutschland ignorieren oder erschweren).¹³ Strukturelle Formen von Diskriminierung kommen zum Tragen nicht zuletzt auch in rechtlichen Fragen, der gewährten Sicherheit und dem Schutz, den eine Minderheit erfährt.¹⁴

Diese Praktiken bleiben für die nichtjüdische Bevölkerung jedoch größtenteils unsichtbar und unhörbar. Im Gegensatz zur historischen Dimension sind die gegenwärtigen Erfahrungsräume von Jüdinnen und Juden nicht nur im öffentlichen Raum, sondern auch in pädagogischen Kontexten eher selten Gegenstand der Betrachtung. Es wird kaum danach gefragt, was dies eigentlich für die unmittelbar von Antisemitismus Betroffenen bedeutet und wie sie damit umgehen: „Es wird auch noch Juden unterstellt, dass sie die Ernsthaftigkeit der Lage übertreiben.“¹⁵

Antisemitismus in Alltag und Umfeld

Den Befragten der Studie zu jüdischen Perspektiven wurde eine Reihe von subtilen Ausdrucksformen des Antisemitismus vorgelegt, die jeweils rund 90 Prozent der Befragten „eher“ oder „auf jeden Fall“ als antisemitisch einstufen. Zu den vorgelegten Formen gehört etwa die Gegenüberstellung von „Deutschen“/„Juden“ ebenso wie die Annahme, Jüdinnen und Juden seien besonders reich, oder auch die Übertragung der Verantwortlichkeit für die israelische Politik auf die in Deutschland lebenden Jüdinnen und Juden. Als

Der Umstand, dass die meisten Menschen sich heutzutage als nicht-antisemitisch verstehen, erschwert die kritische Reflexion über antisemitische Positionen auch in pädagogischen Kontexten.

antisemitisch wird hier vor allem die Vorstellung empfunden, Juden seien nicht Teil der deutschen Gesellschaft, die oft in ganz alltäglicher Kommunikation zum Ausdruck kommt. Die überwiegende Mehrheit der Befragten empfindet es außerdem „eher“ oder „auf jeden Fall“ als antisemitisch, wenn eine nichtjüdische Person sich darüber ärgert, dass der Holocaust heute noch thematisiert wird. Offen danach gefragt, was sie als antisemitisch empfinden, heben die Befragten, neben typischen antisemitischen Verschwörungstheorien und Stereotypen, auch die angebliche „Andersartigkeit“, die Jüdinnen und Juden zugeschrieben wird, hervor. Ein Befragter formuliert dies so: „Der Jude bleibt draußen, auch wenn er drin ist oder denkt, er wäre drin.“¹⁶

Antisemitismus im Alltag zu erfahren bedeutet zunächst mit fremdmachenden Fragen oder Aussagen konfrontiert zu werden: „Wo kommst du eigentlich her?“, „Du sprichst aber gut Deutsch“, „Wie ist das Wetter in deiner Heimat“ oder auch „Warum zettelt deine Regierung in Israel Kriege an?“ Eine Interviewpartnerin berichtet: „Ich spreche muttersprachlich Deutsch, bin hier geboren, weiß jeder. Hm, hab nie woanders gelebt, was die meisten Leute auch wissen, die mit mir zu tun haben. Einzige, dass ich Jüdin bin [...] und ganz häufig die Situation [erlebe]: ‚Wie ist es denn bei euch?‘ [...]“. Ein anderer Interviewpartner spricht über die Fernsehteams, die ständig in seine Schule kommen (Jüdische Oberschule in Berlin) und ihn beiläufig fragen: „Fühlst du dich wohl in Deutschland?“ Das würde man ein deutsches Kind wohl nicht fragen. Wenn du das fünfmal gefragt wirst, dann weißt du, dass du nicht dazugehörst.“¹⁷ Dazu kommen die alltäglichen Mikroaggressionen¹⁸, Herabwürdi-

12 Antisemitismus in Deutschland, Kapitel „Erfahrungsräume und Perspektiven der jüdischen Bevölkerung im Umgang mit Antisemitismus“, Manuskriptseite 94.

13 Vgl. Antisemitismus in Deutschland, Kapitel „Erfahrungsräume und Perspektiven der jüdischen Bevölkerung im Umgang mit Antisemitismus“.

14 In einer repräsentativen Umfrage von 2006 verneinte noch ein Viertel der Befragten, dass Juden die gleichen Rechte wie die Mehrheitsgesellschaft haben sollten (vgl. Werner Bergmann, Expertenkreis Antisemitismus beim BMI, Vortrag zu Ergebnissen der Einstellungsforschung zum „Antisemitismus in Deutschland“ am 15.2.2010/Aktualisierte Fassung Juni 2011, S. 6, http://www.bagkr.de/wp-content/uploads/bergmann_antisemitismus-in-dt.pdf (eingesehen 9.12.2016).

15 Marina Chernivsky, Antisemitismus als individuelle Erfahrung und soziales Phänomen. In: Antisemitismus und Empowerment. Erfahrungen, Ansätze, Projektideen, ZWST (Hrsg.) Frankfurt am Main 2015.

16 Antisemitismus in Deutschland, Kapitel „Erfahrungsräume und Perspektiven der jüdischen Bevölkerung im Umgang mit Antisemitismus“, Manuskriptseite 102–103.

17 Julia Bernstein, 2014, „Ab und zu Kosher, ab und zu Shabbat“. Identitäten, Selbstwahrnehmungen und Alltagspraktiken von Kindern aus „mixed families“ in Deutschland.

18 Mikroaggression beschreibt winzige, als übergriffig wahrgenommene Äußerungen mit fremdmachenden oder auch abwertenden Botschaften in der alltäglichen Kommunikation zwischen Mehrheits- und Minderheitsgruppen.

gungen, aber auch Exotisierungen: „Wenn man zugibt, jüdisch zu sein, verändert sich die Sicht der anderen Person auf die jüdische Person, egal, ob es eine positive oder negative Art ist. Also entweder wird man besser behandelt oder schlechter oder man wird skeptisch behandelt, aber irgendwas wird sich definitiv verändern, und das möchte ich nicht.“¹⁹

Oft wird das subjektive Erleben von Antisemitismus und Diskriminierung nur auf einer individual-psychologischen Ebene betrachtet. Die Studie zu jüdischen Perspektiven auf Antisemitismus zeigt jedoch eine ganze Bandbreite antisemitischer Vorfälle, die von versteckten Andeutungen bis hin zu direkter Gewalt in Form von körperlichen Angriffen reichen, die vor allem auf ein externes Ereignis und nicht auf das innerpsychische Erleben zurückzuführen sind. Besonders häufig begegnet den Befragten der vehemente Antisemitismus im Internet, aber auch in anderen Medien und vor allem in der Schule und am Arbeitsplatz.

So geben 61 Prozent der Befragten an, in den letzten zwölf Monaten versteckte Andeutungen selbst erlebt zu haben und 58 Prozent berichten über versteckte antisemitische Andeutungen bei nahestehenden Personen. 29 Prozent berichten über offene verbale Beleidigungen bzw. Belästigungen und 36 Prozent der Befragten haben diese über nahestehende Personen mitbekommen. Weitere drei Prozent der Befragten berichten davon, im vergangenen Jahr körperlichen Angriffen ausgesetzt gewesen zu sein und acht Prozent haben dies bei nahestehenden Personen miterlebt. Jeweils rund ein Drittel der Befragten gibt als Täter von Andeutungen, Beleidigungen oder körperlichen Angriffen ihnen unbekannte Personen an. Ein Viertel der antisemitischen Andeutungen und über die Hälfte der verbalen Beleidigungen kamen aus dem Bekanntenkreis bzw. von Kollegen oder aus der Nachbarschaft. Rund 20 Prozent der Befragten ordnen die Täter von versteckten Andeutungen und verbalen Beleidigungen und 25 Prozent von körperlichen Angriffen als linksextrem ein. Als rechtsextrem werden 15 Prozent der versteckten Andeutungen bzw.

Der Antisemitismus bleibt ein gesamtgesellschaftliches Phänomen, das nicht auf eine Gruppe exklusiv übertragen werden darf.

19 Marina Chernivsky, 2015, Interview mit Studierenden. Jüdische Perspektiven auf Antisemitismus

19 Prozent der Beleidigungen und körperlichen Angriffe eingestuft.²⁰ Besonders häufig werden muslimische Personen als Täter angegeben: 48 Prozent der versteckten Andeutungen, 62 Prozent der Beleidigungen und 81 Prozent der körperlichen Angriffe gehen nach dieser Einschätzung von muslimischen Personen aus.²¹

Auf der Verhaltensebene zeigen sich in der Studie deutliche Einschränkungen in der Lebensqualität, die mit dem erlebten oder auch antizipierten Antisemitismus im Zusammenhang stehen. Seit 2014 sprechen die meisten Interviewten von einer Zunahme der Sorgen bzw. von einem Verzicht auf das Tragen jüdischer Symbole in der Öffentlichkeit als Kompromiss und notwendiges Sicherheitsverhalten. Viele der Befragten fürchten eine weitere Zunahme des Antisemitismus in den kommenden Jahren. Besonders im qualitativen Teil der Studie nennen die Befragten die Einwanderung von Flüchtlingen mit muslimisch-arabischem Hintergrund als Grund für diese Einschätzung. Gleichzeitig verweisen sie auch auf andere Faktoren, die den Anstieg des Antisemitismus herbeiführen, wie etwa die Spannung und Polarisierung innerhalb der deutschen Gesellschaft, die mögliche Zunahme von Voreingenommenheit gegenüber anderen Minderheiten und ein Nicht-Beachten von Antisemitismus in der Bildungs- und Präventionsarbeit.

Antisemitismus als soziale Exklusion ernst nehmen

Die Abwesenheit jüdischer Erfahrungsräume im öffentlichen Diskurs, die fehlende Subjektorientierung in der Bildung sowie die eingeschränkte Deutungsmacht von Jüdinnen und Juden im Hinblick auf die Antisemitismusdefinition scheinen folglich weitgehend normalisiert (akzeptiert) zu sein. Davon ausgehend erscheint es zwingend erforderlich, sowohl in der Forschung als auch in der Bildung und Prävention nicht nur antisemitische Einstellungen zu erforschen, sondern auch Expertisen und Erfahrungen von Jüdinnen und Juden eingehend in die Bestandsaufnahme des Antisemitismus miteinzubeziehen. Minderheiten nach ihren Diskriminierungserfahrungen zu befragen bedeutet, eine gesellschaftlich einvernehmliche

20 Zu der Frage der Wahrnehmung von Antisemitismus in muslimischen Milieus liefert die FRA-Studie ähnliche Ergebnisse: In der Studie geben 66 Prozent der Befragten an, der israelisch-arabische Konflikt beeinträchtigt ihr Sicherheitsgefühl als jüdische Person in Deutschland ziemlich stark oder sogar ganz erheblich. In Frankreich und Belgien liegt der Anteil der Befragten, die dies berichteten, noch deutlich höher.

21 Die FRA-Studie 2013 hatte hier etwas abweichend generell nach den Urhebern von Antisemitismus gefragt, ohne dass dieser sich zwangsläufig direkt gegen sie gerichtet hat. Auch hier gaben die Befragten in Deutschland an, dass politisch links-gerichtete Personen (zu 47 Prozent) und Personen mit einer extremistisch muslimischen Orientierung (zu 48 Prozent; beide Angaben erhalten noch mehr Zustimmung in Frankreich), dicht gefolgt von Personen mit rechter Orientierung (zu 40 Prozent, in Ungarn werden hier 79 Prozent der Täter eingeordnet) am häufigsten Urheber von Antisemitismus sind, während deutlich seltener Personen mit einer christlichen Orientierung (zu 13 Prozent in Deutschland, aber zu über 30 Prozent in Ungarn und Italien) genannt wurden, wobei ein Drittel der Befragten hierbei angab, keine der Beschreibungen würde zutreffen bzw. sie wüssten nichts über den Urheber bzw. könnten ihn nicht einordnen.

Begriffsbestimmung von Diskriminierung zu verhandeln, die den subjektiven Deutungen der markierten „Anderen“ Rechnung trägt.

Antisemitische Erfahrungen stehen in Deutschland im engen Zusammenhang mit den Folgen der nationalsozialistischen Verfolgung und der Shoah. Dennoch darf die Betrachtung subjektiver Antisemitismuserfahrungen nicht ausschließlich auf die individual-psychologischen sowie biografischen Aspekte bezogen sein. Vielmehr sollte der Antisemitismus als soziale Exklusion und als Teil gesellschaftlicher Machtverhältnisse verstanden werden, und die von Antisemitismus Betroffenen sollten eine bedingungslose Solidarität und Anerkennung erfahren.

Ein Perspektivwechsel hin zu der Frage nach der Wirkung von Antisemitismus auf diejenigen, die ihn tagtäglich erleben, stellt sich nicht von selbst ein, sondern bedarf politischer und pädagogischer Unterstützung.²² Ob und wie sich der Antisemitismus erfassen und überwinden lässt, ist nur zu beantworten, wenn ein Konsens über seine Relevanz besteht und wenn seine individuellen wie auch gesamtgesellschaftlichen Dimensionen eingestanden werden.

Marina Chernivsky ist Psychologin und leitet das Projekt „Perspektivwechsel Plus“ sowie seit 2015 das „Kompetenzzentrum für Prävention und Empowerment“ der Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland.

www.zwst-kompetenzzentrum.de

www.zwst-perspektivwechsel.de

²² Astrid Messerschmidt, Vortrag bei der Tagung „Das Gerücht über die Juden“ der Evangelischen Akademie Berlin am 5.9.2015.

„Die Jugendlichen brauchen Halt und Sicherheit“

Jugendliche Flüchtlinge sind besonderen psychischen Belastungen ausgesetzt – vor allem, wenn sie ohne Angehörige geflohen sind. Manche sind durch die Erfahrungen im Krieg, vor oder während ihrer Flucht traumatisiert, andere haben Probleme, in der neuen Gesellschaft und dem neuen Leben anzukommen. Ein Interview mit Dr. Basel Allozy, Kinder- und Jugendpsychiater, Psychotherapeut, systemischer Coach und Supervisor in Berlin, über den Umgang mit Traumata und Anpassungsschwierigkeiten junger Geflüchteter.

INTERVIEW Uta Schleiermacher

Herr Allozy, wie geht es jugendlichen Flüchtlingen, die mit oder ohne Angehörige hier ankommen, aus kinder- und jugendpsychologischer Sicht?

Kinder und Jugendliche aus geflüchteten Familien und minderjährige unbegleitete Flüchtlinge haben komplexe Probleme, und nicht immer sind das typische posttraumatische Belastungsstörungen. Viele haben Anpassungsstörungen: Das können etwa Depressionen sein, aber auch Angststörungen, Alpträume, aggressives Verhalten. Manche sind die ganze Zeit angespannt oder haben Konzentrationsprobleme.

Was belastet sie konkret?

Geflüchtete Kinder und Jugendliche sind sehr beschäftigt mit der eigenen Lage, damit, wie es für sie und ihre Angehörigen weitergeht, wie ihr Aufenthalt geregelt wird. Vor allem die unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge müssen sich um viele Dinge selbst kümmern, sich ständig fragen, was ist der nächste Schritt, wie wird es mit mir weitergehen. Das ist für die meisten eine große Belastung. Sie sind wie verloren, und wenn sie sich dann nicht konzentrieren können, sind sie von sich selbst enttäuscht, weil sie nicht schnell genug lernen. Oft müssen sie auch sehr lange auf Entscheidungen warten, manchmal mehrere Monate. Ich habe einige unbegleitete minderjährige Flüchtlinge getroffen, die schon ein ganzes Jahr hier sind, aber noch keinen Vormund haben. Sie können dann auch noch keinen Asylantrag stellen, geschweige denn einen Antrag auf Familiennachzug. Und alle machen sich große Sorgen um ihre Familien. Oft sind sie mit den Nachrichten darüber beschäftigt,

was im Herkunftsland passiert, wie es den Eltern geht. Sie warten darauf, dass sie ihre Eltern nachholen können, und verstehen nicht, warum das nicht vorankommt.

Wie reagieren Jugendliche auf diese Situation, insbesondere die minderjährigen unbegleiteten Flüchtlinge?

Viele sind noch sehr kindlich, gerade die 14- bis 15-Jährigen, sie haben Schwierigkeiten, alleine in dieser freien Gesellschaft zu leben. Manche ziehen sich zurück, werden teilweise depressiv, sitzen zu Hause, und die Betreuer haben Schwierigkeiten, sie aus dem Bett zu kriegen und zur Schule zu schicken. Andere orientieren sich nach außen, dann besteht die Gefahr, dass sie auf falsche Wege kommen, Drogen und Alkohol probieren und ohne Grenzen die Freiheit hier missbrauchen. Manche entwickeln dabei Wut und Hass auf die Welt oder auf sich selbst. Meine Einschätzung ist, dass mehr Jugendliche mit Depressionen reagieren als mit Aggressionen. Aber die bemerkt man weniger als die Aggressiven, weil sie in den Heimen sitzen und keine sichtbaren Probleme verursachen.

Sind die Gründe für Probleme und Belastungen vor allem die Kriegserlebnisse und die Fluchterfahrung oder sind es die schwierigen Lebensumstände hier?

Die Lebenssituation in den Notunterkünften spielt auf jeden Fall eine Rolle, auch für die Kinder und Jugendlichen, die mit ihren Familien gekommen sind, ist das schwierig. Manche leben mehr als ein Jahr in Unterkünften, die eigentlich nur für wenige Wochen oder Monate gedacht waren, etwa in Turnhallen ohne Pri-

vatsphäre und ohne irgendeine Perspektive, wann sie dort hinauskommen in eine eigene Wohnung. Das ist eine dauerhafte Stresssituation. Und die Bedingungen dort bringen Kinder und Jugendliche in Gefahr: etwa die gemischten Toiletten. Dort kommt es häufig zu sexuellen Belästigungen, ich habe drei Kinder in Behandlung, die in Notunterkünften sexuell missbraucht oder vergewaltigt worden sind. Und es gibt viel mehr solcher Fälle. Die Familien können ihre Kinder nicht zur Toilette schicken, ohne dass jemand mitgeht und an der Tür steht, Duschen und Baden, alles ist sehr kompliziert. Ich höre häufig, dass das eine extreme Belastung für viele Leute ist, und habe erlebt, dass sie sehr viel darüber reden und nicht über Kriegserlebnisse.

Wie häufig sind die von Ihnen beobachteten Probleme bei Geflüchteten?

Bei Menschen, die aus Kriegsgebieten geflohen sind, schätzt man, dass etwa 10 Prozent von Traumatisierungen betroffen sind. Leider fehlt eine offizielle Statistik, das sind individuelle Einschätzungen von Therapeuten. Wenn man das weite Spektrum von allen Erkrankungen als Folge von einem Trauma dazu nimmt wie Depressionen, Angststörungen oder Schlafstörungen, bei Kindern auch Einnässen, Schreckhaftigkeit oder Aggressivität, kommen wir geschätzt auf weitere 10 bis 20 Prozent. Das heißt, insgesamt weisen zwischen 20 und 30 Prozent der Geflüchteten aus Kriegssituationen Traumafolgerkrankungen in irgendeiner Form auf.

Nicht jeder entwickelt also psychische Probleme oder posttraumatische Belastungsstörungen?

Nicht jeder, der traumatische Erlebnisse gemacht hat, bekommt gleich eine psychische Erkrankung. Die meisten Leute kompensieren solche Erlebnisse und verarbeiten sie so, dass sie gesund bleiben, mehr oder weniger jedenfalls. Ein Teil erkrankt. Für die klassische posttraumatische Belastungsstörung sind das in der normalen Bevölkerung geschätzt fünf Prozent.

Woran kann man erkennen, dass Symptome Folgen eines Traumas sind?

Man erkennt es, wenn sie ganz typische Erscheinungen haben. Bei Depressionen oder Rückzug der Betroffenen ist es schwerer. Wenn Menschen von Schlafstörungen und Alpträumen geplagt werden, merkt man ihnen das tagsüber nicht an, außer, dass sie müde sind und unkonzentriert. Es gibt Leute, die sich selbst geritzt haben, bis hin zu Suizidgedanken oder Suizidvollzug. In Berlin gab es mindestens einen Fall, ein Mädchen, das sich selbst getötet hat, in einer Notunterkunft. Solche Fälle werden oft nicht gleich als traumatisiert erkannt und bekommen keine Therapie. Stattdessen werden Maßnahmen getroffen, die auf diese Menschen noch mehr Druck ausüben.

Was für Maßnahmen?

Statt zu berücksichtigen, dass Menschen, die sich nicht konzentrieren können, nicht ausgeschlafen sind, aus einer Kriegssituation kommen oder in einer Notunterkunft untergebracht sind,

wo man nicht richtig schlafen kann, werden allgemeine Vorurteile gegenüber arabischen Familien auf sie übertragen: Die haben keine Struktur, die schlafen nicht in der Nacht – und dann werden irgendwelche Sanktionen oder Strafen gegen sie verhängt. Aber das hilft ihnen nicht.

Wie erklären Sie sich, dass sich die von Ihnen beschriebenen Anpassungsprobleme häufen?

Zur Zeit erlebe ich eine Wende: Vor der Silvesternacht von 2015 auf 2016, als die Willkommenskultur noch für alle erlebbar funktionierte, waren es weniger Anpassungsproblematiken, sondern mehr Kriegserlebnisse, die hochkamen. Die Willkommenskultur, die für die Geflüchteten erlebbar und spürbar war, wirkte an sich schon heilend oder problemmildernd für viele. Sie hatten das Gefühl, dass es Verständnis für sie gibt, dass man ihnen helfen und ihre Not lindern will. Nach der Wende in der Flüchtlingspolitik von der Willkommenskultur zur Abschiebekultur hatten die meisten, die zu mir kamen, mehr Anpassungsprobleme als Kriegstraumata, und die Anpassungsprobleme waren schwerwiegender oder haben sogar die alten Probleme verstärkt. Jeder Mensch kann mit seiner eigenen Resilienz verschiedene Probleme aushalten und kompensieren, aber mit der Potenzierung und Akkumulierung, also wenn die Kriegserlebnisse, die Fluchtgeschichte und die Angst vor der Zukunft und die Unsicherheit, was passiert, zusammenkommen, dann dekomensieren selbst diejenigen, die eine gute Resilienz haben. Sie brauchen dann Hilfe und manchmal tatsächlich psychotherapeutische Unterstützung, was leider nicht für jeden einzelnen möglich ist.

Wissen Lehrkräfte und PädagogInnen, wie sie mit solchen Fällen umgehen sollten?

In schwierigen Fällen sind Fachleute wichtig. Es gibt Fälle, die auch gut geschulte BetreuerInnen erkennen können. Deshalb ist es wichtig, Lehrer- und BetreuerInnen zu schulen, wie sie mit Traumatisierungen und Anpassungsstörungen umgehen. Schwierige Fälle sollten aber Fachleuten vorgestellt werden. Dafür gibt es einige wenige Beratungen und Kurse, Lehrkräfte würden sich allerdings mehr Angebote wünschen, damit sie aus der Verunsicherung herauskommen, und in speziellen Fällen wissen, wann sie fachlichen Rat suchen sollten: Wie erkenne ich an bestimmten Erscheinungen, dass hier eventuell eine Traumafolgestörung vorliegt, wie suche ich Hilfe und welche Hilfen gibt es – für die Jugendlichen, aber auch für die BetreuerInnen und LehrerInnen selbst.

Wie unterscheiden Sie in Ihrer Arbeit, was eine posttraumatische Störung und was eine Anpassungsstörung ist?

Genauer bestimmen kann man das nur über Diagnostikverfahren, durch Fragen an die Jugendlichen, die Eltern und Betreuer, eigene Beobachtungen und psychologische Tests. Die Auswertung von diesen Informationen hilft uns zu verstehen, was für eine Störung vorliegt und was der Auslöser dafür sein könnte. Wenn ich zum Beispiel erfahre, dass Kinder eine Explosion überlebt oder Leichen gesehen haben, erlebt haben, dass bewaffnete Soldaten jemanden aus der Familie getötet oder vergewaltigt haben, dann wä-

ren das Hinweise. Auf der Flucht wurden manche in Ungarn von der Polizei sehr brutal behandelt. Ein achtjähriger Junge erzählte mir, dass er und sein Vater in einem Käfig festgehalten und dann Kampfhunde auf sie losgelassen wurden. Er hat jetzt massive Angst, wenn er einen Hund auch nur aus der Ferne sieht. Das sind sogenannte Nachhall-Reaktionen, Flashbacks von Erinnerungen, in denen die Betroffenen es tatsächlich so erleben und fühlen, als ob sie wieder in der Situation wären – obwohl der Hund vielleicht weit entfernt ist.

Gibt es einen Unterschied in der Behandlung von Anpassungsstörung und posttraumatischen Belastungsstörungen?

Bei posttraumatischen Belastungsstörungen muss ich auf jeden Fall Sicherheit anbieten, das ist die Voraussetzung, damit wir überhaupt mit den Kindern und Jugendlichen das Trauma bearbeiten können. Sie brauchen Stabilisierung, soziale Arbeit und Jugendarbeit, alles, was Normalität schaffen kann. Erst wenn das Kind wirklich angekommen ist und sich in Sicherheit fühlt im sozialen und familiären Umfeld, kann man anfangen, sich mit ihm spielerisch mit dem Thema auseinanderzusetzen. Man sollte nicht mit Konfrontation anfangen, wenn alles noch wacklig ist. Wer verunsichert ist, kann die schweren Traumata noch nicht verarbeiten, denn die Verarbeitung ist an sich eine Belastung und es gibt viele Abwehrmechanismen. Vorläufig hilft es dann eher, wenn sie Erlebnisse erst mal vergessen oder verleugnen. Traumaverarbeitung kann man nur machen, wenn die Leute sich sicher fühlen und gut integriert sind, gute Ressourcen und genug Unterstützung haben. Dabei ist es wichtig, interkulturell zu arbeiten.

Inwiefern?

Auch Eltern sind oft überfordert mit den unterschiedlichen kulturellen Bedingungen. Man sollte den Menschen hier erst mal eine Übergangsphase zugestehen. Manche der geflüchteten Eltern haben Erziehungsprobleme, denn sie sind alle auch selbst in Not, und dann müssen wir mit ihnen erst mal Erziehungsmethoden einüben. Das ist in der Familienberatung die häufigste Frage: Was soll ich machen, wenn mein Kind nicht auf mich hört? Sehr oft müssen wir dann eine Struktur einführen, Schlafenszeiten, Wachzeiten, Esszeiten, Regeln, an denen sich alle orientieren können. Wenn wir mit den Eltern dabei zusammenarbeiten, ist das ein anderer Zugang als wenn wir sagen: Was ihr macht, ist falsch, hier in Deutschland ist es anders. Dann fühlen sie sich angegriffen und nicht verstanden. Wenn ich sie offen empfangen, gewinne ich sie eher dafür, meine Kultur zu akzeptieren, als wenn ich nur sage, du musst das so und so machen. Ich glaube, unsere Kultur ist so gut – wenn wir sie auf freundliche Art zeigen, werden die Menschen sie gern annehmen. Verständnis hilft beiden Seiten.

In welchem Alter haben Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene es leichter, hier anzukommen, auch im Hinblick auf die Anpassungsschwierigkeiten?

Ob es ein Alter gibt, in dem eine Flucht weniger schädlich ist? Das kann ich nicht sagen. Entwicklungspsychologisch betrachtet durchlaufen Menschen verschiedene Phasen, und Kindheit und

Jugend, vor allem die Pubertät, sind sehr sensible Phasen – auch ohne Flucht. Sie ist wichtig für die Ausbildung der Identität, eine Ablösungsphase, in der Jugendliche sich mit ihrer Herkunft auseinandersetzen und gegen die Eltern rebellieren. Da gibt es sowieso schon Konflikte, auch intrapsychisch, und die mischen sich mit der Anpassungsproblematik und werden durch die andere Kultur verstärkt. Die Jugendlichen brauchen Halt, Orientierung. Deutsche Kinder in diesem Alter haben Orientierung durch die Eltern, durch die Schule, allgemein durch die Regeln und Normen in der Gesellschaft. Wenn die Eltern sich gut integrieren und kulturelle Konflikte lösen können, bekommen die Kinder das wahrscheinlich auch leichter hin. Jugendliche ohne Eltern sind dagegen in einer gefährlichen Lebensphase, sie brauchen Halt und Unterstützung. Wenn man sie allein lässt, weiß man nicht, welche Gefühle sie entwickeln. Manche entwickeln Hass, nachdem sie anfangs alles hier idealisiert haben. Wenn man sie von Anfang an gut betreuen und gut behandeln würde, würden sie sich fast assimilieren. Wer eine diffuse Persönlichkeit hat, wer sich selbst nicht richtig versteht, kann sich auch hier nicht richtig integrieren.

Was wäre ein gutes Umfeld für Jugendliche, die ohne ihre Eltern geflüchtet sind?

Für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge würde ich ein wie ein Internat organisiertes Wohnheim vorschlagen, mit viel Struktur und viel Input. Dort sollte auch interkulturell gearbeitet werden. Wenn Jugendliche aus syrisch-orthodoxen, schiitischen, sunnitischen Familien, aus Jesidenfamilien, aus alevitischen Familien zusammenleben, sollten wir entsprechende Möglichkeiten anbieten. Wer beim Essen beten will, den Ramadan einhalten möchte, sollte das machen können, ohne sich zu schämen. So können sie nicht nur Toleranz lernen, sondern auch, wie sie zusammenleben, Rücksicht aufeinander nehmen, Unterschiede zulassen können. Denn sie sind es nicht gewohnt, mit solchen Unterschieden umzugehen. Das Ziel dabei ist, ihnen zu zeigen, dass es verschiedene Wege gibt und dass wir alles, was anders ist, tolerieren. Das wäre auch ein Schutz vor Extremismus.



DR. BASEL ALLOZY

ist Kinder- und Jugendpsychiater, Psychotherapeut, systemischer Familienberater und Supervisor. In der von ihm mitbegründeten Fachgruppe „Balsam“ beschäftigt er sich mit den Bedingungen interkultureller psychosozialer Arbeit für den deutschen und muslimisch-arabischen Raum.

Foto: PIBB

PRAXIS:

**POLITISCHE
BILDUNG MIT
GEFLUCH-
TETEN**

Akteurinnen und Akteure aus dem Feld der Bildungsarbeit stellten bei einem von der KlGA veranstalteten Fachtag im Dezember 2016 ihre Arbeit vor und tauschten sich über Chancen und Herausforderungen politischer Bildung mit Geflüchteten aus.

Ihre Projekte stehen im Spannungsfeld zwischen gesellschaftlichen Ansprüchen und der Lebenswirklichkeit von Geflüchteten. In den Diskussionen stand die Frage im Mittelpunkt, ob für politische Bildungsarbeit mit der neuen Zielgruppe auch neue Methoden oder Zugänge entwickelt werden müssen.

Geflüchtete als Lehrende: MultiplikatorInnenausbildung in Weimar

Geflüchtete nicht nur als Lernende, sondern als Lehrende in der politischen Bildungsarbeit – das hat die Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte in Weimar ausprobiert. Mit gutem Erfolg, wie auch die Erfahrungsberichte geflüchteter TeilnehmerInnen zeigen.

AUTORINNEN Alke Wierth und Uta Schleiermacher



SeminarleiterInnenausbildung mit Geflüchteten in Weimar, Sommer 2016
Foto: Kristina Yaroshenko/
Martha Bienert

Das Projekt

Von März bis September 2016 nahmen 37 Personen im Alter von 18 bis 30 Jahren an der MultiplikatorInnenausbildung der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW) teil. Die Ausbildung wurde als Modellprojekt von der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) gefördert. Teilnehmende waren Geflüchtete sowie deutsche und ausländische Studierende, ihre Herkunftsländer waren Deutschland, Ghana, Georgien, Italien, Indien, Serbien, Nepal, Nigeria, Syrien und die Türkei.

Es wurde jeweils eine Gruppe von zehn Geflüchteten und zehn Deutschen zu MultiplikatorInnen der politischen Bildung ausgebildet. Im theoretischen Teil der Ausbildung beschäftigten sich die Teilnehmenden in 18 jeweils eintägigen Veranstaltungen und Exkursionen mit den Grundlagen der außerschulischen politischen Bildung und entwickelten 15 gemeinsame Workshopangebote.

Im praktischen Teil führen sie die Workshopangebote mit verschiedenen Zielgruppen durch und überarbeiten beziehungsweise adaptieren diese. Zielgruppen der Workshops sind Geflüchtete, Deutsche und MultiplikatorInnen der Bildungs- und Sozialarbeit. Mit der Hilfe der Geflüchteten sollen besonders diejenigen Geflüchteten erreicht werden, die weiblich sind, keine Fremdsprache sprechen, weniger gebildet oder dezentral untergebracht sind.

Die Workshops wurden teilweise von einzelnen LeiterInnen, teilweise von einem Team von einer/-em Geflüchteten und einer/-em Deutschen geleitet. Die Durchführung der Workshops ist Bestandteil der Ausbildung, daher werden sie dabei von einer/-em AusbilderIn begleitet.

Die Ziele

Empowerment

Das Projekt bietet Geflüchteten die Möglichkeit, von HilfspfängerInnen zu AkteurInnen zu werden, die sich selbst und anderen durch Ausbildung und Bildung helfen. Es sieht keine passive Rolle für die Geflüchteten vor, in der sie das Objekt von Hilfeleistung, Beschulung oder Integrationsbemühungen sind, sondern eine aktive Rolle, in der sie mit anderen Geflüchteten, Deutschen, Trägern und Fachkräften der politischen Bildung in Deutschland zusammenarbeiten.

Erfahrungen

Geflüchtete bringen ihre Erfahrungen, Fähigkeiten, Kenntnisse, Interessen und Standpunkte in die Gestaltung der Ausbildung von MultiplikatorInnen der politischen Bildung und in die Entwicklung von Angeboten der politischen Bildung ein. Sie machen diese so qualitativ besser.

Neue Inhalte

Trägern der politischen Bildung und MultiplikatorInnen werden bedarfs- und zielgruppengerechte Ausbildungs- und Workshopinhalte zur Verfügung gestellt, die sie im eigenen Arbeitsumfeld anwenden können.

Neue Fachkräfte

Träger der politischen Bildung können auf die ausgebildeten MultiplikatorInnen zurückgreifen und diese als qualifizierte ReferentInnen, (Ko-)SeminarleiterInnen, (Sprach-)MittlerInnen, BeraterInnen, ZeitzeugInnen etc. einsetzen.

Interkulturelle Öffnung

Das Projekt leistet einen Beitrag zur interkulturellen Öffnung der Träger der politischen Bildung durch eine Diversifizierung des Pools von MultiplikatorInnen und die Möglichkeit für angehende deutsche MultiplikatorInnen, (Arbeits-)Erfahrung in der Zusammenarbeit mit Geflüchteten zu sammeln.

Die Inhalte

Im theoretischen Teil der Ausbildung wurden Grundlagen der politischen Bildung vermittelt. Dazu fanden insgesamt 25 ein- bis zweitägige Veranstaltungen und Exkursionen zu den folgenden Themen statt. Die Veranstaltungen wurden durch eine/-en AusbilderIn und durch jeweils fachspezifische ReferentInnen und GesprächspartnerInnen begleitet.

1. Was ist non-formale, außerschulische Bildung? Was ist politische Bildung?
2. Verständnis von Lernen in der non-formalen, außerschulischen politischen Bildung
3. Rolle und Haltung von MultiplikatorInnen in der politischen Bildung
4. Inklusion, Diversität und Gender Mainstreaming
5. Partizipation
6. Akteure und Strukturen der politischen Bildung
7. System Bildungsstätte
8. Historisch-politische Bildung
9. Menschenrechtsbildung
10. Europapolitische Bildung
11. Demokratiepädagogik
12. Interkulturelle, diversitätsbewusste Bildung
13. Themen und Inhalte der politischen Bildung
14. Didaktik der politischen Bildung: Ziele / Inhalte / Methoden
15. Methodenworkshop politische Bildung

Die Durchführung

Die MultiplikatorInnenausbildung bestand aus acht aufeinander aufbauenden Modulen, die die Entwicklung folgender Kompetenzen fokussierten:

1. Themen-Inhalt-Kompetenz
2. Methodisch-didaktische Kompetenz
3. Rollenkompetenz
4. Feldkompetenz

In Form von sieben Seminaren und zwei Exkursionen nach Leipzig und Berlin wurden den Teilnehmenden die entsprechenden Inhalte vermittelt und dokumentiert.

Das Ergebnis

Seit April 2016 hat ein Großteil der Gruppe folgende Workshops mit Teilnehmenden der Ausbildungsgruppe und, begleitet von einer Ausbilderin, mit jungen Menschen durchgeführt sowie nach Feedback weiterentwickelt:

1. „Die politische Situation in Syrien“
2. „Islam ist ungleich Islamischer Staat (IS)“
3. „Das Goldene Zeitalter des Islam“
4. „Alltagskultur in Syrien“
5. „Journey of Death – die Geschichten einer Flucht“
6. „Muslimische Frauen“
7. „Das Bild von Afrika in den Medien“
8. „Frauenrechte und Homosexualität in Nepal“
9. „Eine Auseinandersetzung mit Kultur und Diversität durch ‚Storytelling‘“
10. „Fluchtursachen – am Beispiel Syrien heute, DDR damals“
11. „Get in contact! – Angewandte Empathie im Alltag“
12. „Projekt- und Integrationsarbeit mit Geflüchteten aus Jena“
13. „Gutes Leben?!“
14. „Fluchtursachen, Fluchtrouten“
15. „Gendergerechter Sprachgebrauch und diskriminierender Wortschatz“

Das Projekt bietet Geflüchteten die Möglichkeit, von HilfsempfängerInnen zu AkteurInnen zu werden.

Erfahrungen des Projektleiters

Eric Wrasse ist pädagogischer Leiter der Stiftung Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar (EJBW). Seine derzeitigen Arbeitsschwerpunkte sind politische Jugendbildung, Menschenrechtsbildung und Internationale Jugendarbeit. Er hat in London, Straßburg und Warschau European Studies und Fremdsprachen studiert, drei Jahre für das Lektorenprogramm der Robert-Bosch-Stiftung in Russland und drei Jahre für das Mitteleuropazentrum der Gesellschaft für Auswärtige Politik in Berlin gearbeitet.

„Für Geflüchtete gibt es zunächst drängendere Fragen, als an Projekten im Bereich der non-formalen Bildung teilzunehmen. Sie sind vorrangig mit dem Erlebten, der Situation von Bekannten und Familienangehörigen im Heimatland, ihrem Asylantrag und -status, mit Sprachkursen sowie Wohnungs- und Arbeitssuche beschäftigt. Ihre Lebenssituation mit Behörden- und Kursterminen, aber auch die Lage von und die Alltagsabläufe in Sammelunterkünften wie etwa die Essenszeiten führen dazu, dass Geflüchtete über ihre Zeit nur begrenzt frei verfügen können. Projekte müssen diesen Aspekten Rechnung tragen. Projektziele sollten gemeinsam mit den Geflüchteten entwickelt werden, sich am tatsächlichen Bedarf orientieren und den Beteiligten eine aktive und partizipative Rolle geben.“

Dazu kommt: Politische Bildung und internationale Jugendarbeit sind den meisten Geflüchteten unbekannt, bei manchen wecken sie im schlimmsten Fall Assoziationen an staatliche Propaganda. Geflüchtete müssen die entsprechenden Strukturen hier, wie NGOs oder Bildungsstätten, zunächst einmal kennenlernen. Wir haben ihnen anfangs verschiedene Institutionen und deren MitarbeiterInnen in der Stadt erst einmal vorgestellt. So haben sich Orientierung in der Stadt, Kenntnisse der Arbeitsfelder und auch persönliche Kontakte entwickelt, Vertrauen ist entstanden. Erst dann haben wir ein Projekt entwickelt.

Persönliche Kontakte, Zeit für Gespräche, zuhören, was die Menschen bewegt: Das ist wichtig für die Arbeit mit Geflüchteten. Und eine Perspektive: Durch die Projektarbeit können sie Kontakte und Freundschaften knüpfen, Deutschland entdecken, Sprachkenntnisse anwenden, sich für den Arbeitsmarkt qualifizieren und noch mehr.

Aber nicht nur die Geflüchteten profitieren von dem Projekt. Auch unsere Stiftung hat das bereichert. So haben Geflüchtete auch Workshops mit Mitarbeitenden unserer Stiftung durchgeführt. Das waren überaus intensive Erlebnisse. Berührungängste wurden abgebaut, es wurde Augenhöhe hergestellt, Verständnis und Einsichten entstanden. Wir haben dadurch unser Themenspektrum entscheidend erweitern können. Außerdem war das Feedback von Gruppen, die Workshops der Geflüchteten besucht haben, beeindruckend positiv.“

Erfahrungen geflüchteter Workshopteilnehmer

Die beiden Syrer Anas Alkarri und Humam Alkhodari sind 2015 nach Deutschland geflohen und haben an der „SeminarleiterInnen-ausbildung von und mit Geflüchteten“ der EJBW in Weimar teilgenommen. Anas Alkarri wurde 1990 in Syrien geboren und studierte Wirtschaft mit Hauptfach Rechnungswesen an der Universität Damaskus. Er bietet Workshops der politischen Bildung zum Thema „Lebensalltag und Kultur in Syrien“ für junge Menschen und LehrerInnen an. Humam Alkhodari wurde 1990 in Damaskus geboren und studierte Zahntechnik. Er gibt zusammen mit einem deutschen Studenten Workshops zu den Themen Islam und Islamophobie.

Anas Alkarri: „Ich kannte das Konzept von politischer Bildung anfangs gar nicht. Aber ich fand die Idee sehr ansprechend und wichtig, da ich realisierte, dass genau so etwas in Syrien fehlt: freies Denken und nicht ideologisch gefärbte Bildung.“

Wichtig für das Gelingen eines solchen Projekts ist, dass die Geflüchteten es genau verstehen und sich wirklich dafür interessieren. Das Informationsmaterial sollte deshalb in einfachem Deutsch oder in betreffende Sprachen übersetzt sein. Eventuell werden DolmetscherInnen benötigt. Denn wenn sich geflüchtete Menschen einem Projekt anschließen und nicht genau wissen, was es beinhaltet, hören sie sonst vielleicht auf, nachdem sie ein paarmal teilgenommen haben. Das ist natürlich sehr schade, da viel Energie in die Organisation gesteckt wurde. Auch sollten die Grundbedürfnisse der Geflüchteten beachtet werden, etwa bezüglich Essen, Transport und Unterkunft. Essen, Transportmöglichkeiten, Sprachkurse, Termine mit Behörden oder Ärzten müssen beachtet werden. Menschen in Unterkünften schlafen abends nicht früh ein; das Leben in Gemeinschaftsunterkünften ist sehr laut, man kann nicht selbstständig entscheiden um wieviel Uhr man schlafen geht. Der Start eines Programms sollte deshalb lieber nicht um acht Uhr morgens sein.

Und: Geflüchtete sollten von Anfang an in die Planung des Projekts miteinbezogen werden und eine aktive Rolle darin haben. Man sollte die Erwartungen nicht zu hoch schrauben und im Hinterkopf behalten, dass die Lebenssituation und ständige Sorge über aktuelle und künftige Probleme sehr viel Platz in den Köpfen der Geflüchteten einnimmt.

Ich habe durch das Projekt und die Workshops neue Menschen getroffen, hatte eine tolle Zeit mit viel Spaß und habe viel über das Unterrichten und die Rolle eines Moderators und Seminarleiters gelernt. Ich bin immer mehr von den Ideen politischer Bildung angetan und hoffe, dass ich beruflich in diesem Bereich tätig sein kann. Die Arbeit liegt mir und fällt mir entsprechend leicht. Selbst mein erster Workshop mit Jugendlichen lief auf Anhieb sehr gut. Sprachbarrieren sind noch ein Thema, da ich gerne in Deutsch arbeiten würde, aber damit noch Schwierigkeiten habe.“

Humam Alkhodari: „Auch für mich war politische Bildung neu, in unserem Land gibt es das nicht. Ein wichtiger Motivationsgrund, an dem Projekt teilzunehmen, war für mich aber auch, aus der Unterbringung herauszukommen, etwas zu tun und neue Menschen zu treffen. Ich hatte das Gefühl, dass die Einheimischen Angst vor Muslimen haben. Gleichzeitig hatte ich viele negative Vor-

urteile über die deutsche Gesellschaft, etwa, dass den Deutschen nur Alkohol, Frauen und Sex wichtig sind und dass die Menschen hier ungebildet sind, weil sie all ihre Informationen nur durch das Fernsehen erhalten. Dass sie Fremde hassen und Angst haben, mit ihnen in Kontakt zu kommen. Ich habe mich sehr gefreut, einen Workshop über meine Religion zu halten, um den Menschen einen besseren Eindruck davon zu vermitteln, was der Islam ist und was nicht, und um ihnen mehr über uns beizubringen.“

Es war sehr nützlich, neue, nicht syrische Menschen kennenzulernen und ihre Meinungen zu hören. Jetzt sehe ich die Welt aus einer anderen Perspektive. Ich habe in Syrien viel Propaganda mitbekommen. In meiner Heimat haben die Menschen zu allen Themen dieselbe Meinung wie die Regierung. Hier sind die Menschen bei vielen Themen nicht einer Meinung und sprechen offen darüber. Früher habe ich nie jemanden getroffen, der sagte, er hasse den Islam. Immer noch ist es eine große Herausforderung und ein innerer Kampf, dem ich mich stellen muss, andere Meinungen zu respektieren. Im Rahmen des „Train the Trainer“-Programms habe ich Menschen mit verschiedenen, teils kontroversen Meinungen getroffen und gelernt, ihnen zuzuhören und sie zu respektieren. Für mich war es interessant, Kontakt mit Deutschen zu haben und herauszufinden, was sie denken und wie sie sich verhalten. Zuvor hatte ich noch gar keine Deutschen getroffen.“



Geflüchteter als Seminarleiter, Weimar, November 2016
Foto: Thomas Müller



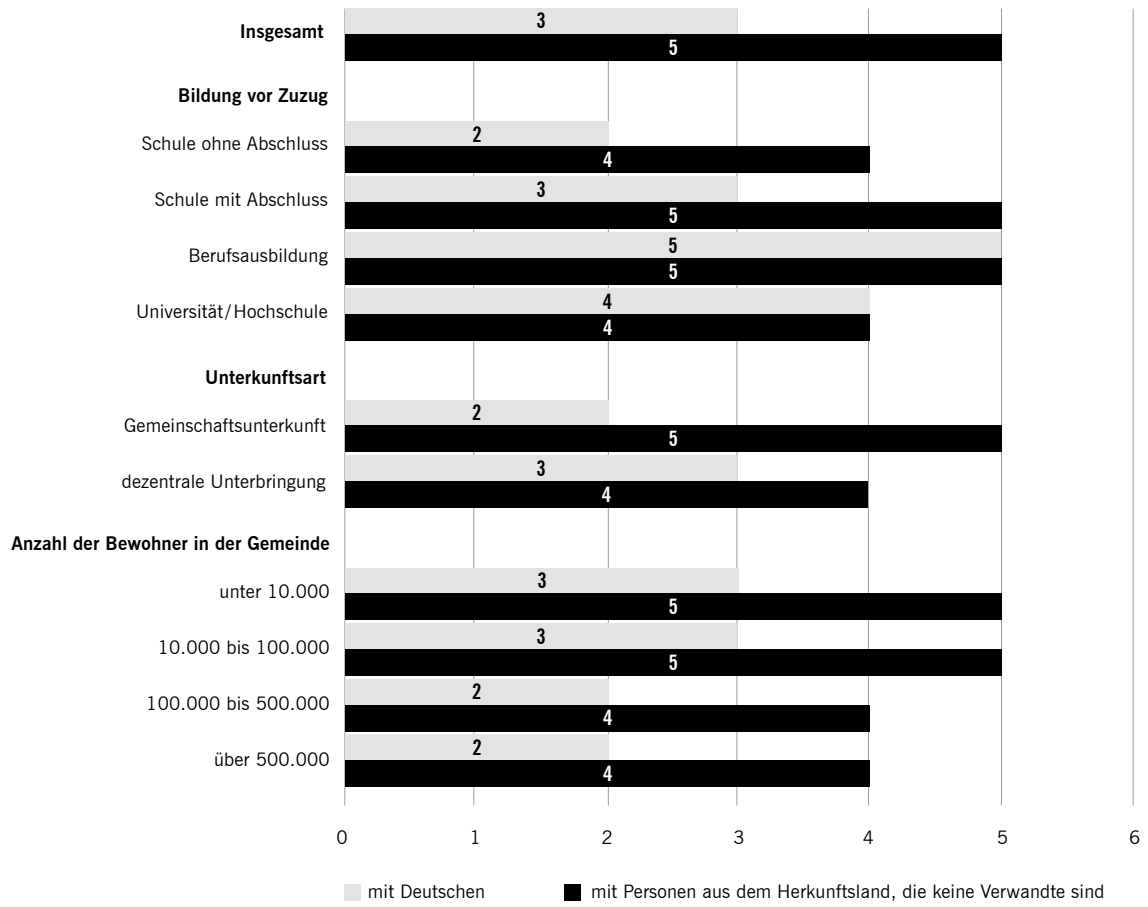
**Eric Wrasse (stehend)
unterrichtet SeminarteilnehmerInnen, Weimar, 2016
Foto: Kristina Yaroshenko/
Martha Bienert**

Geflüchtete sind verloren in dieser neuen Welt und brauchen jemanden, der sie an die Hand nimmt und ihnen Perspektiven aufzeigt. Als wir unser Projekt hier begonnen haben, kam jemand, der uns einmal pro Woche an der Unterkunft abholt und etwas mit uns unternommen hat. Dadurch haben wir viel über die Geschichte, Politik und Kultur von Weimar gelernt. Und ich wusste nach alledem, was ich brauche, wo ich beginnen muss und wie ich mich in diese neue Gemeinschaft integrieren kann. Ich habe zum ersten Mal in meinem Leben an solch einem Projekt teilgenommen, und es war sehr wertvoll für mich. Das Projekt der Europäischen Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar hat mir sehr viel gegeben, und ich habe auch das Gefühl, etwas zurückzugeben. Mit der EJBW konnte ich erste Schritte der Integration gehen.“

QUELLENANGABE

Die Äußerungen von Anas Alkarri, Humam Alkhodari und Eric Wrasse sind einem Interview entnommen, das Carina Feuerriegel, Koordinatorin bei der IJAB – Fachstelle für internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e. V., mit ihnen 2016 geführt hat. Erschienen ist es in der Broschüre der IJAB „Methoden der Internationalen Jugendarbeit für Projekte mit Geflüchteten.“ Bonn, Dezember 2016. <http://bit.ly/2jiV8VG>

Anzahl der neuen Kontakte zu Deutschen und Personen aus den Herkunftsländern
 Anzahl der neuen Kontakte in Personen



QUELLE: IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten 2016; gewichtet.

Flüchtlinge und deutsches Gedenken

Nicht erst seit zwei Jahren gehören Menschen mit Flucht- und Verfolgungserfahrung zu den BesucherInnen von NS-Gedenkstätten. Sie bereichern mit ihren Erfahrungen die Erinnerungsarbeit dort. Ein kurzer Befund mit Ausblick für die pädagogisch Verantwortlichen (nicht nur) in Gedenkstätten.

AUTOR Daniel Gaede, Gedenkstätte Buchenwald

Der Eindruck, dass erst seit 2016 Menschen mit eigenen Flucht- und Gewalterfahrungen in deutsche Gedenkstätten kämen und besonders betreut werden müssten, täuscht beträchtlich, wie die folgenden Beispiele aus der Gedenkstätte Buchenwald zeigen:

Ende der 90er-Jahre kommt eine Gruppe von chilenischen Lehrerinnen und Lehrern für einige Monate nach Deutschland, um das hiesige Bildungssystem intensiv kennenzulernen und dann neue Ideen für die eigene Praxis zu entwickeln. Im Rahmen von Hospitationen in Schulen und Bildungseinrichtungen sind sie auch für zwei Tage in der Gedenkstätte Buchenwald; die Auseinandersetzung mit dem Konzentrationslager (1937–1945) sowie dem sowjetischen Internierungslager für Deutsche, die unter dem Verdacht der Beteiligung an den NS-Verbrechen zwischen 1945 und 1950 in Buchenwald festgehalten wurden, löst eine Diskussion aus, in der die Gäste sehr intensiv und emotional aufgewühlt bald ihre eigene Lage in Chile thematisieren. Ihre Fragen lauten: Was haben wir selbst, unsere Freunde und Familien mit der Pinochet-Diktatur nach dem 11. September 1973 erlebt? Wie sollen wir darüber unterrichten, ohne alte Gräben neu aufzureißen? Wie können wir darüber sprechen, dass wir politisch in völlig unterschiedlichen Lagern zu Hause sind? Und wie kommt es, dass wir erst so weit reisen mussten, um überhaupt miteinander ins Gespräch über uns selbst zu kommen?

Nach der „Arabellion“ lädt der Deutsche Bundestag Stipendiaten aus Tunesien, Marokko, Ägypten und dem Libanon nach Berlin ein. Sie sollen bei einzelnen Abgeordneten hospitieren und erfahren, wie dieses Parlament funktioniert. Zum Umgang mit der NS-Geschichte und den Folgen sollen sie für 24 Stunden in der Gedenkstätte Buchenwald erleben, wie hier komplexe Geschichte über Biografien vermittelt wird. „Warum müssen wir uns mit diesen Toten von damals beschäftigen – angesichts der gegenwärtig tobenden Konflikte in unseren Ländern?“, will ein Teilnehmer gleich zu Beginn

wissen. Mit seinem Einverständnis wird die Beantwortung der Frage ans Ende des Programms verschoben. Alle Teilnehmenden verstehen sehr gut Deutsch und erhalten zunächst Lagerdokumente über Menschen aus ihren Herkunftsländern, die von Nationalsozialisten meist aus Frankreich bis nach Buchenwald verschleppt und hier ermordet wurden.

Die NS-Zeit ist nicht nur europäische Geschichte

Die Verzahnung von NS- und Kolonialgeschichte wird an diesen Schicksalen direkt ablesbar, und es wird für alle deutlich, dass es hier um mehr als allein europäische Geschichte oder deutsch-israelische Bezüge geht, die vom Holocaust beeinflusst werden. Abends fragt mich ein Teilnehmer, Muslim aus Ägypten, ob er mit seinem Freund, einem maronitischen Christen aus dem Libanon, noch an der Gedenkplatte für die Opfer des Konzentrationslagers beten und singen dürfe. Ich bejahe, begleite beide; weitere aus der Gruppe schließen sich an. Am Ende des Programms sind sich die Teilnehmenden einig, dass die Fahrt von Berlin nach Buchenwald doch sinnvoll war: Sie haben über die vorgestellten Biografien einen eigenen Zugang zu dieser Geschichte gefunden. Ein Teilnehmer aus Marokko wäre am liebsten gleich geblieben, um weiter zu recherchieren – möglicherweise kommt er in diesem Sommer für einige Monate in die Gedenkstätte.

Studierende der Sozialen Arbeit aus Frankfurt/Main und Haifa kommen 2016 für ein Tagesprogramm in die Gedenkstätte: Es geht neben der Ortsgeschichte auch sehr um die eigenen Bezüge und Identitäten. „Sprechen Sie uns nicht als ‚israelische Gruppe‘ an“, meint eine Teilnehmerin, „sagen Sie einfach ‚Studierende der Sozialarbeit aus Haifa‘.“ Jüdische Teilnehmende aus Israel schmerzt



Fotos als Material für politische Bildungsarbeit beim KlGA-Fachtag, Workshop Daniel Gaede, Dezember 2016
Foto: Irina Kanitschew

diese Abgrenzung, doch für diese israelische Palästinenserin ist es essenziell, sich über die Ziele der gemeinsam angestrebten Profession und nicht über den Pass definieren zu lassen.

Im selben Jahr möchten die Betreuer einer Gruppe geflüchteter afghanischer Jugendlicher ihren Schützlingen vermitteln, was sie selbst als Jugendliche zu DDR-Zeiten in der Nationalen Mahn- und Gedenkstätte an prägenden Erfahrungen gemacht haben. Auf Nachfrage kommt heraus, dass sie eher wenig über die traumatisierenden Fluchterfahrungen ihrer Schützlinge wissen, denn trotz persönlicher Sympathien ist ein sprachlich differenzierter Dialog zwischen Betreuern und Betreuten bislang unmöglich. So überrascht es nicht, dass die Jungen eher verhalten auf die Geschichte Buchenwalds reagieren, dafür aber die Dolmetscherin (wie die jungen Flüchtlinge aus Afghanistan, aber schon länger in Deutschland lebend) am liebsten gleich als Tante adoptiert hätten und Telefonnummern austauschen. Diese Begegnung mit einem Menschen, der mit ihrem Herkunftsland und ihrer Sprache vertraut ist, war am Ende bedeutender als die Gedenkstätte, die bestenfalls als Resonanzboden für ihre Auseinandersetzung mit Gewalterfahrungen diente.

Auch die Forschung über das Schicksal von Menschen, die aus dem Nahen und Mittleren Osten oder aus Nordafrika stammten und in die NS-Lager verschleppt wurden, ist bislang nicht gründlich betrieben worden.

Alle geschilderten Begegnungen in Buchenwald stellen offensichtlich einige Anforderungen an die für Betreuungsprogramme Verantwortlichen, was das Wissen nicht nur über den Ort, sondern auch über die Gäste angeht. Die Beispiele zeigen auch, dass die Auseinandersetzung mit Gewalterfahrungen in den Herkunftsländern keineswegs eine neue Aufgabe darstellt, die erst mit der Ankunft von Geflüchteten aus Syrien, Afghanistan, dem Irak oder Nordafrika aufgetaucht wäre. Daher sind auch keine neuen methodischen Ansätze zu entwickeln, wenn Adressatenorientierung und die auch in der Pädagogik geforderte Inklusion bereits ernst genommen werden. Aus dieser Perspektive ergibt sich für jede zu betreuende Gruppe die Notwendigkeit, die jeweiligen Erfahrungen, Interessen, Aneignungsformen und Motive der Gruppenmitglieder als Ausgangspunkte der Programmgestaltung zu nehmen.

Deutschland mit seinen permanent verschobenen Grenzen ist seit Jahrzehnten kein Land mit stabiler, nach außen klar abgegrenzter Bevölkerung. Stattdessen ist das Land geprägt von Auswanderungs- und Einwanderungswellen, von denen die jüngste gar nicht die größte ist. Deutschland heute ist eher von Fluktuation geprägt; allein in den Jahren von 1991 bis 2013 sind mehr als 21 Millionen Menschen ein- und rund 15,9 Millionen ausgewandert. (Vgl. den Migrationsbericht 2013 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge, S. 11 f., Quelle: <http://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Migrationsberichte/migrationsbericht-2013.html>)

Wir wissen noch zu wenig übereinander

Obwohl zu diesen MigrantInnen Millionen von Menschen aus der Türkei zählen, die inzwischen mit hier geborenen Kindern und Enkeln in Deutschland wohnen und einen Großteil der hier lebenden Muslime ausmachen, hat die Auseinandersetzung mit islamischen Glaubensvorstellungen erst in den letzten Jahren deutlich zugenommen, allerdings oft verbunden mit negativem Vorzeichen, Angst und

offener Ablehnung. Über die religiösen, sozialen, kulturellen und politischen Hintergründe vieler Flüchtlinge wissen nicht nur die Mitarbeitenden in Gedenkstätten viel zu wenig. Und umgekehrt ist auch der Zugang von Menschen aus diesen Ländern zu hiesigen Debatten und Auseinandersetzungen mit der NS-Vergangenheit allein schon sprachlich blockiert: Informationen auf den Internet-Seiten der Gedenkstätten in Arabisch, Farsi, Türkisch oder afrikanischen Sprachen sind kaum vorhanden – wieweit verlässliche Informationen in diesen Sprachen im Internet überhaupt zu finden sind, wäre eine lohnende Recherche.

Auch die Forschung über das Schicksal von Menschen, die aus dem Nahen und Mittleren Osten oder aus Nordafrika stammten und in die NS-Lager verschleppt wurden, ist bislang nicht gründlich betrieben worden. Diese Defizite sollten prioritär angegangen werden. Denn als Bindeglied zwischen den in Gedenkstätten behandelten Geschichten und der Historie der Herkunftsländer können solche Biografien konkrete, differenzierte Zugänge liefern, die es ermöglichen, die Themen Nationalsozialismus, Rassismus, Krieg in Europa und Shoah mit der orientalistisch-afrikanischen Geschichte zu verknüpfen. Von dort gesehen ist Europa eher mit der Kolonialgeschichte, den zum Teil verheerenden Folgen der ökonomischen und militärischen Politik des Westens im Nahen und Mittleren Osten und insbesondere mit dem Dauerkonflikt Israel-Palästina verknüpft. All diese Erfahrungen lassen den – zumindest bis vor Kurzem noch betonten – Bezug europäischer und amerikanischer Politiker auf das Respektieren der Menschenwürde und der Menschenrechte leicht als zynische Verbrämung reiner Machtinteressen erscheinen. (Aktuell wird selbst dieser Anspruch zunehmend aufgegeben, nicht nur vom neuen amerikanischen Präsidenten.)

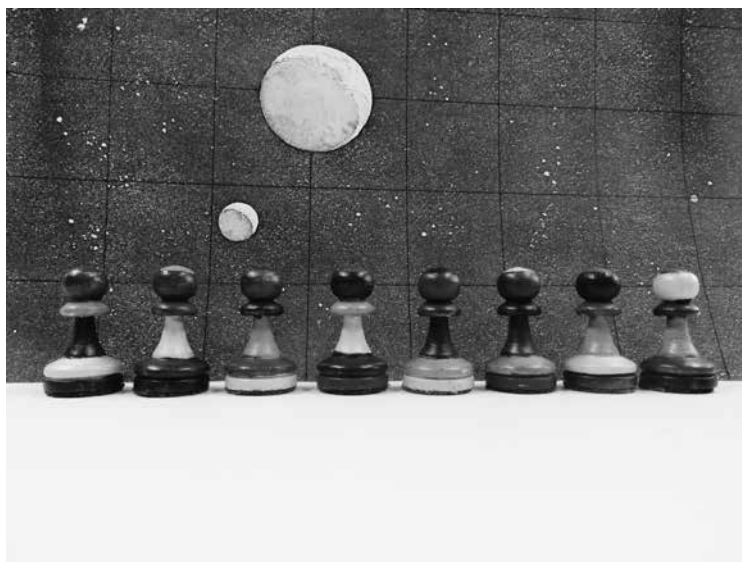
Während die Geschichte der Shoah zeitlich durch den Kampf gegen den historisch tradierten und bis heute existenten (und, nebenbei, aus Europa stammenden) Antisemitismus und räumlich durch die weltweite Präsenz von nicht nur jüdischen Überlebenden

und der Diaspora universale Bedeutung erlangt hat, ist es schwierig, die historischen und aktuellen Bezüge zwischen der arabisch-islamischen Welt und den Ländern des Westens differenziert und zugleich konstruktiv zu beschreiben. Dies gilt nicht erst seit Huntingtons Thesen zum „Clash of Civilizations“, doch besonders seit dem 11. September 2001 und den nun unablässig gepflegten Antagonismen vom „freien Westen“ und vom „gewalttätigen, rückständigen Islam“, die nicht nur Kriege in Afghanistan und dem Irak, sondern auch massive Einschränkungen von Freiheiten zugunsten der „nationalen Sicherheit“ in den westlichen Staaten zur Folge hatten.

Zuwendung und Unterstützung wirkt gegen Fanatismus

Erst in dieser weiten Perspektive wird verständlich, warum eine Demokratieverziehung für Flüchtlinge unter Zuhilfenahme der NS-Geschichte und entsprechend gestalteter Gedenkstättenbesuche (freundlich formuliert) ignorant und selbstbezogen, wenn nicht (härter gesagt) zynisch ist: Sie nimmt die Umbrüche in den Herkunftsländern und damit die Fluchtgründe genauso wenig ernst wie die mangelnde Integration von MigrantInnen oder die Bedrohung der Geflüchteten in Deutschland durch rechtlich unsicheren Status, hochgespülte Ressentiments und gewalttätige Übergriffe.

Als Erstes nehmen hier angekommene Menschen wahr, wie sie registriert, kategorisiert und sehr unterschiedlich behandelt werden – wenn formale Abläufe in dieser Demokratie monatelanges Warten in Ungewissheit zur Folge haben, muss man sich nicht wundern, dass einige lieber in die Kriegsgebiete zurückkehren wollen, als hier weiter gedemütigt zu werden. Gelingende Integration und Aufnahme mit Wohn-, Lern- und Arbeitsmöglichkeiten sowie einer Chance auf Einbürgerung und damit politischer Teilhabe vermitteln mehr an demokratischen Werten als jeder Gedenkstättenbesuch.



Menschen/Schachfiguren ohne schwarze/weiße Uniformen leben besser gemeinsam auf dem Spielfeld „Erde“
Foto: Irina Kanitschew

Gelingende Integration und Aufnahme mit Wohn-, Lern- und Arbeitsmöglichkeiten sowie einer Chance auf Einbürgerung und damit politischer Teilhabe vermitteln mehr an demokratischen Werten als jeder Gedenkstättenbesuch.

Viel eher sind da die Diskussionen um „sichere Herkunftsländer“, Familiennachzug und laufende Abschiebungen der Lackmustest, wieweit diese Gesellschaft ihre Lektionen aus der NS-Zeit gelernt hat, und entscheidend für die Frage, wieweit Angekommene hier Sicherheit finden und Werte dieser demokratischen Gesellschaftsordnung übernehmen.

Im Übrigen geht in Europa nach aller bisheriger Erfahrung weniger eine Gefahr von Flüchtlingen aus als von rechtsextremistischen oder islamistischen Gewalttätern, die meist selbst in westlichen Gesellschaften aufgewachsen sind. Und deren Gewalttätigkeit verweist eher auf mangelnde gesellschaftliche Integration als auf fehlendes Geschichtswissen oder zu wenig Bildung. Zudem sind die meisten Opfer von islamistisch begründeten Gewalttaten selbst Muslime und lebten außerhalb Europas; sie werden hier nur nicht wahrgenommen. Und nicht zufällig erfahren die hierher Geflüchteten gerade von jenen ehrenamtliche Hilfe, die selbst Fluchterfahrungen gemacht haben oder aus dem persönlichen Umfeld kennen oder sich bereits länger kritisch mit den globalen Folgen westlicher Wirtschafts-, Sozial-, Umwelt- und Sicherheitspolitik befassen: Sie sehen in den Geflüchteten nicht Repräsentanten des arabischen Antisemitismus oder fanatische Islamisten, sondern Flüchtlinge vor unerträglichen Lebensbedingungen, die hier suchen, was vorgeblich für alle vorhanden ist: die Anerkennung ihrer Menschenwürde und ihrer Menschenrechte. Wird sie versagt, sind Enttäuschung, Angst, Verzweiflung, Wut und bei manchen auch Gewalt (gegen sich selbst und/oder andere) mögliche Konsequenzen.

Insofern ist weiterhin die möglichst frühzeitige Zuwendung und Unterstützung das beste Mittel gegen Fanatismus und populistische Vereinfachung – auch wenn es nicht bei allen hilft. Ideologien, mit denen brutale Gewalt legitimiert und Täter zu Helden stilisiert werden, kennen wir aus der Analyse (nicht nur) des Nationalsozialismus, der neuen Rechten und populistischer Parteien, die wie alle Fanatiker gern mit Ängsten, Unterstellungen und Provokationen arbeiten.

Umgang mit eigenem und fremdem Leid

Mit Leiderfahrungen sinnvoll und hilfreich umzugehen, ist gerade an Orten, an denen zunächst die Spuren systematischer Verbrechen zu sehen sind, für Betroffene nur sehr begrenzt zu leisten. So gesehen sollten Projekte und Initiativen von Gedenkstätten zunächst darauf ausgerichtet sein, „unbelastete“ GedenkstättenbesucherInnen über die hinter den Verbrechen stehenden Wertvorstellungen sowie Mechanismen von Aus- und Eingrenzung in der NS-Gesellschaft aufzuklären und dann darin zu bestärken, ähnlichen Praktiken heute entgegenzuwirken. Überlebende der Lager brauchen ebenso wie Geflüchtete, die zunächst mit eigenen Traumata umgehen müssen, erst einmal sicheren Grund unter den Füßen, bevor sie mit genügend emotionaler Distanz Gedenkstätten abstrahierend wahrnehmen und als Lernchance begreifen können.

Doch welche Wege gibt es, mit diesen einschneidenden Erfahrungen zurechtzukommen? Die in den Gedenkstätten seit vielen Jahren existierenden Kontakte zu Überlebenden sowie intensive Forschungen haben dazu geführt, die unterschiedlichen Umgangsweisen mit traumatischen Erfahrungen genauer beschreiben zu können. Neben

- der Verdrängung aus dem Wunsch, ein unbelastetes neues Leben beginnen zu können,
 - dem Verlust jeglichen Vertrauens in andere oder der völligen Zerstörung einer bereits vorhandenen Weltsicht,
 - der Integration der Erlebnisse in ein bereits bestehendes (ideologisches, religiöses) Weltbild,
 - dem Versuch, diese Erfahrungen wissenschaftlich oder künstlerisch zu durchschauen und zu vermitteln,
 - der Idee, dass man vor nichts mehr Angst haben müsse, nachdem man selbst die Lager überlebt hat (Resilienz) und
 - dem Bestreben, durch eigenes politisches Engagement zur Realisierung der Menschenrechte und entsprechender politischer Ordnungen und Gesellschaften beizutragen,
- gibt es vielleicht noch weitere Möglichkeiten, wie individuell, von Gruppen, Gesellschaften und Staaten mit eigenem und fremdem Leid hilfreich umgegangen werden kann.

Längst existiert ein weltweiter Austausch von AkteurInnen, die sich meist über nichtstaatliche Organisationen engagieren und feststellen, dass es trotz vieler kultureller Unterschiede eine sehr große gemeinsame Hoffnung auf Wahrnehmung, Anerkennung und Gerechtigkeit gibt und den Wunsch, das angeblich „Unsagbare“ doch in Worte zu fassen und anzunehmen (vgl. z. B. Carolin Emckes Essay „Was sagbar ist“).

So gesehen ergeben sich eine ganze Reihe von Bezügen, in denen Gedenkstätten und die dort Tätigen eine wichtige Stimme im Konzert der weiteren Beteiligten haben, am eigenen Ort, in der eigenen Kommune und darüber hinaus. Es sind Wege, auf denen alle Beteiligten Begegnungen erleben können, die – bei aller Schwere – eher bereichernd und zukunftsweisend als belastend sind.

Daniel Gaede arbeitet seit 1995 in der pädagogischen Abteilung der Gedenkstätte Buchenwald.

Nicht alles neu erfinden

Um politische Bildungsarbeit mit Geflüchteten zu leisten, müssen keine komplett neuen Konzepte erfunden werden. Empowerment und adressatengerechte Angebote bleiben die wichtigsten Prinzipien. Dennoch sind Anpassungen an die Zielgruppe nötig und hilfreich. Wege dahin hat der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten in einer Fortbildungsreihe mit Lehrenden entwickelt.

AUTORIN Ina Bielenberg, Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten

Wie das Projekt entstanden ist: Ist es sinnvoll, politische Bildungsarbeit speziell für Geflüchtete anzubieten?

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten ist ein Fachverband für die außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung. Unsere Mitgliedseinrichtungen sind bundesweit etwa 75 Bildungsstätten, also außerschulische Bildungseinrichtungen mit Übernachtungsbetrieb, die meist mehrtägige Seminare durchführen, und rund 25 Bildungswerke, also Träger außerschulischer Bildung, die aber kein eigenes Haus zur Verfügung haben.

Als 2015 die große Anzahl an Geflüchteten in Deutschland ankam, haben sich diese Bildungsstätten stark für die Geflüchteten engagiert und haben, soweit das möglich war, Räume und Übernachtungsmöglichkeiten zur Verfügung gestellt. Einige Einrichtungen haben versucht, ihren Seminarbetrieb für Geflüchtete zu öffnen und diejenigen, die schon bei ihnen waren, angesprochen, ob sie Lust, Zeit und Interesse hätten, an Seminaren teilzunehmen. Gleichzeitig wurden erste spezifische Angebote für die Zielgruppe entwickelt.

Parallel dazu hat die Bundeszentrale für politische Bildung Ende 2015 Mittel für Maßnahmen politischer Bildung mit geflüchteten Menschen zur Verfügung gestellt (Projektstart: Anfang 2016). Das Interesse war überwältigend: Die Bundeszentrale selbst hat über 650 Anträge bekommen, nicht nur von Bildungsstätten, sondern von vielen Trägern wie Einrichtungen, Initiativen, Bürgerhäusern, die selbst Maßnahmen für geflüchtete Menschen durchführen wollten.

Viele Träger und Einrichtungen haben bei der Bundeszentrale angerufen und gesagt, sie würden gerne etwas anbieten, wüssten aber nicht richtig, wie sie das angehen sollten: Was können sie anbieten? Wie können sie die Geflüchteten erreichen? Welche Methoden sind sinnvoll? Die Bundeszentrale hat sich daraufhin mit dem Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten in Verbindung gesetzt

und angeregt, dazu ein Fortbildungsangebot zu entwerfen. Der AdB hat dann zusammen mit IDA, dem Informations- und Dokumentationszentrum Antirassismuserbeit, eine Fortbildungsreihe konzipiert. Im Laufe des Jahres 2016 wurden drei überregionale Fortbildungen über „Flucht und Geflüchtete – Thema und Zielgruppe politischer Bildung“ für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren der politischen Bildung durchgeführt, mit insgesamt 75 TeilnehmerInnen.

Inhalte der Fortbildung für politische Bildnerinnen und Bildner

Modul 1: Die eigene Verortung

In diesem Modul ging es um die eigenen Bilder und (Vor-)Urteile und deren Reflexion sowie um die Frage, welche Rolle sie bei der Bildungsarbeit spielen.

Modul 2: Zielgruppe Geflüchtete

Im Mittelpunkt dieses Moduls stand die Frage nach der Zielgruppe. Wer sind die geflüchteten Menschen und wie können sie erreicht werden?

Modul 3: Formate, Methoden, Inhalte

Welche Formate, Methoden und Inhalte eignen sich für die Zielgruppe?

Modul 4: Gesellschaftliches Klima

In welchem Kontext machen wir diese Angebote, wie ist die gesellschaftliche Stimmung? Und wie können wir mit Alltagsrassismus in der eigenen Einrichtung bis hin zu Anfeindungen von außen umgehen?

Teil 1: Rückschau: Erkenntnisse aus der Fortbildung – Einige grundsätzliche Anmerkungen.

„Die Geflüchteten“

Oft gab es die Vorstellung von „den“ Geflüchteten: aber die Geflüchteten als homogene Zielgruppe gibt es nicht. Das sind Familien, Alleinreisende, Männer, Frauen, unbegleitete Minderjährige, Alte, junge Menschen. Manche haben noch nie eine Schule besucht, manche sind promovierte AkademikerInnen. Dazu kommt, dass sie aus unterschiedlichen Ländern stammen, verschiedenen Kulturen oder Religionen angehören.

— Auch bei der Arbeit mit Geflüchteten ist es deshalb wichtig, dass wir zielgruppenorientiert vorgehen und uns immer anschauen, wer kommt, wer bringt welche Erfahrungen und welche Interessen mit.

Hilfsbedürftigkeit und defizitärer Blick

Geflüchtete Menschen sind nicht per se hilfsbedürftig. Ein defizitärer Blick beißt sich mit den Grundsätzen außerschulischer Bildung, in der wir eine „stärkende Perspektive“ auf die Teilnehmerinnen und Teilnehmer einnehmen.

— Empowerment ist ein Grundsatz politischer Bildung. Wir orientieren uns an den Stärken der Menschen. Nicht Defizite stehen im Mittelpunkt, sondern das, was sie interessiert, was sie mitbringen, welche Kompetenzen sie schon haben. Darauf bauen wir auf.

Traumata

Geflüchtete Menschen sind nicht alle traumatisiert. Natürlich sind auch Menschen dabei, die schreckliche Erfahrungen gemacht haben und sicher auch traumatisiert sind, es wurde aber oft generalisiert.

— Für politische Bildnerinnen und Bildner ist es wichtig, die eigenen Grenzen zu kennen, denn es kann passieren, dass so etwas wie ein Trauma ausbricht oder dass etwas sichtbar wird, mit dem man als BildnerIn nicht mehr umgehen kann – und zur Not professionelle, medizinische Hilfe rufen muss, wenn es jemandem schlecht geht.

Gewalt/Religion:

Können oder müssen in der politischen Bildung Fragen nach Gewalt, auch religiös motivierter Gewalt aufgegriffen werden?

— Politische Bildung ist daran interessiert, Menschen zu empowern, Orientierung zu geben und sie zur Mitwirkung anzuregen,

damit sie sich in Politik und Gesellschaft einbringen mit dem Selbstverständnis, etwas tun und bewirken zu können, und damit sie fähig sind, sich eigene Urteile zu bilden. Doch wenn ich ein Urteil fälle, ist das immer an einen Wert gebunden. Es gehört dazu, diese Wertorientierung zu diskutieren und in die Bildungsarbeit mit aufzunehmen: Was sind das für Werte, was ist mir wichtig? Das kann ganz unterschiedlich sein – für den einen Nächstenliebe, für den anderen Solidarität –, aber das muss mitdiskutiert werden. Es ist ein Grundansatz politischer Bildung, die Menschen mit ihrem Hintergrund, ihren Erfahrungen und Werthaltungen einzubeziehen und nicht zu indoktrinieren, sondern mit ihnen gemeinsam etwas aufzubauen. Die eigene Wertorientierung und die Wertorientierungen der anderen müssen diskutiert und ausgehandelt werden.

Fazit

Grundlage aller politischer Bildungsarbeit in Deutschland ist der „Beutelsbacher Konsens“¹. Unser Fazit war, dass es überhaupt keinen Grund gibt, unsere Standards – Empowerment, Stärkenorientierung, Partizipation, Wertorientierung, Geschlechtersensibilität – in der Arbeit mit geflüchteten Menschen in Frage zu stellen oder herunterzuschrauben. Es geht ganz im Gegenteil darum, sie adressatengerecht zur Anwendung zu bringen.

Teil 2: Erfahrungen und Empfehlungen für die weitere Arbeit: Wie kann es gelingen?

1. Welche eigenen Möglichkeiten haben politische Bildnerinnen und Bildner, was können sie einbringen?

Politische Bildnerinnen und Bildner bringen ihre eigene Haltung und die Fähigkeit zur Selbstreflexion mit. Politische Bildnerinnen und Bildner müssen nichts neu erfinden, sie können bekannte Konzep-

Oft gab es die Vorstellung von „den“ Geflüchteten: aber die Geflüchteten als homogene Zielgruppe gibt es nicht.

¹ Der „Beutelsbacher Konsens“ wurde 1974 auf einer Tagung der Baden-Württembergischen Landeszentrale für politische Bildung im schwäbischen Beutelsbach formuliert. Die drei Elemente des Konsenses lauten: 1. Überwältigungsverbot (keine Indoktrination); 2. Beachtung kontroverser Positionen in Wissenschaft und Politik im Unterricht; 3. Befähigung der Schüler, in politischen Situationen ihre eigenen Interessen zu analysieren.

te, Methoden und Formate nutzen. Es gibt viel Erfahrung aus der internationalen Arbeit und aus der interkulturellen Bildungsarbeit, die hier Anwendung finden kann. Die Scheu vor der Zielgruppe ist unbegründet, wir haben schon viel und man muss sehen, wie das umzusetzen wäre. Oft bedeutet das, Inhalte nicht zu reduzieren, aber kleinschrittiger umzusetzen.

Es ist hilfreich, Strukturen zu kennen und sich selbst einordnen zu können. Wer macht was, wen können politische Bildnerinnen und Bildner ansprechen, wer fördert vielleicht auch?

Die Träger, ob Bildungsstätte, Initiative oder Verein, haben Ressourcen, auf die politische Bildnerinnen und Bildner zurückgreifen können. Von Erfahrungen in Organisation und Gestaltung bis zum E-Mail-Verteiler können sie vieles nutzen und kompetente Kolleginnen und Kollegen von Kooperationspartnern oder aus der eigenen Organisation einbeziehen.

2. Wie komme ich an die Zielgruppe heran? Flyer in der Stadtbücherei bringen nichts ...

Politische Bildnerinnen und Bildner sollten in der Arbeit mit Geflüchteten die Zielgruppe von Anfang an einbeziehen. Das bedeutet praktisch, in die Flüchtlingsunterkünfte zu gehen, sich bekannt zu machen und zu erläutern, was man tut. Es ist viel Vertrauensarbeit notwendig, deshalb hat es sich auch als sehr hilfreich erwiesen, sogenannte „Brückenpersonen“ mitzunehmen: Menschen, die vielleicht schon vor zwei, drei Jahren etwa aus Syrien nach Deutschland gekommen sind, die Sprache sprechen und schon etabliert sind. Mehrfachansprache ist außerdem wichtig, weil viele der Geflüchteten mit Begriffen wie „politischer Bildung“ nichts verbinden oder nichts anfangen können. Vielleicht kennen sie das gar nicht, vielleicht fürchten sie auch, indoktriniert zu werden. Auch Übersetzungen helfen manchmal nicht weiter, ein Angebot muss also gut – und wahrscheinlich mehrfach – vorgestellt und erklärt werden.

Frauen sind erfahrungsgemäß schwerer zu erreichen als Männer. Bei Projekten, die sich gezielt an Frauen richten, hat es sich als gute Idee herausgestellt, das Seminar zusammen mit einer Kinderbetreuung anzubieten, um die Hemmschwelle abzusenken. Bei der Arbeit mit jungen Mädchen war oft sehr viel Vertrauensarbeit mit den Eltern notwendig.

Die Motive von Geflüchteten, an politischen Bildungsangeboten teilzunehmen, sind ganz unterschiedlich. Was sie selbst wollen und erwarten, hängt unter anderem davon ab, ob sie mit politischer Bildungsarbeit etwas anfangen können, ob sie wissen, was das überhaupt ist. Manche machen zunächst vielleicht auch nur aus Langeweile mit, weil es besser ist, als in der Unterkunft herumsitzen. Man will das als politische Bildnerin oder politischer Bildner vielleicht nicht hören, dass das Zugangsprinzip Langeweile ist – auf der anderen Seite macht es die Lebensrealität deutlich, denn die Geflüchteten haben in ihren Einrichtungen oft nichts zu tun.

Auch eine gute Vernetzung trägt zum Gelingen bei. Dies kann bedeuten, sich neue Kooperationspartner zu suchen, abseits der eingetretenen Pfade, konkret Migrant*innenorganisationen oder Geflüchteten-Initiativen anzusprechen und sich mit anderen Trägern

auszutauschen. Auch Tandems zu bilden hat sich als gute Idee erwiesen, also Angebote gemeinsam mit einer Migrant*innenorganisation oder dem Jugendmigrationsdienst durchzuführen.

Die Geflüchteten sind untereinander über soziale Medien sehr gut vernetzt. Diese Kommunikationskanäle sollten Bildnerinnen und Bildner in ihre eigene Kommunikation mit einbeziehen, um sie zu erreichen.

3. Welche Hemmnisse und Stolpersteine zeigen sich in der politischen Bildungsarbeit mit Geflüchteten?

Es gibt keine gemeinsame Sprache. Sprache war das größte Hemmnis. Die politischen Bildnerinnen und Bildner können meist kein Arabisch, Farsi oder Dari, auch Englisch hilft nicht immer weiter. Einige Angebote haben aber auch mit wenig Sprachkenntnis funktioniert, zum Beispiel eher kreative Methoden, die nicht so sprachlastig sind. Die Bildungsstätte ABC in Drochtersen-Hüll etwa hat mit einer Gruppe minderjähriger Flüchtlinge, die untereinander auch nicht dieselbe Sprache sprachen, einen Film gedreht – mit Händen und Füßen, ein bisschen Englisch und Zeigen und Aufmalen.

Der politische Wille und der Anspruch des Trägers passen nicht zusammen. Programme und Richtlinien sind nicht immer so konzipiert, dass sie zum Konzept des Trägers oder zur Lebensrealität der Geflüchteten passen. Dem Anliegen von Wertebildung steht ein Konzept der Wertevermittlung gegenüber, ein mehrtätiges Seminar ist mit der verpflichtenden Teilnahme am Integrationskurs nicht zu vereinbaren.

Die Grenzen zwischen politischer Bildungsarbeit und sozialer Arbeit haben sich verschoben oder sind verschwommen. Die geflüchteten Menschen müssen zu Ämtern, müssen Unterlagen ausfüllen, haben Probleme mit dem BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge), sind auf Wohnungssuche – und kommen damit ins Seminar über „Islam gestern und heute“ oder den „Umgang der Geschlechter“. Diese Themen sind dann verständlicherweise nicht ihr primäres Interesse. Oft werden politische Bildnerinnen und Bildner gefragt, ob sie bei Formularen oder Amtsbesuchen helfen können. Wo grenzt man sich dann ab, wenn man eine gewisse Empathie hat und Verantwortung fühlt? Was ist mein Job, was geht darüber hinaus? Die Grenze von sozialem Miteinander und politischer Bildung sind aufgeweicht, offensichtlich ist da etwas in Fluss geraten – was man durchaus auch positiv sehen kann.

Politische Bildnerinnen und Bildner sollten in der Arbeit mit Geflüchteten die Zielgruppe von Anfang an einbeziehen.

In Bezug auf viele Rechtsfragen besteht eine große Unsicherheit: Was darf ich als politische Bildnerin, was darf ich nicht, welche Rechte haben Geflüchtete? Es haben sich Probleme ergeben, weil manche Geflüchtete nicht reisen, also die lokale oder regionale Ebene nicht verlassen dürfen. Wenn zum Beispiel eine Einrichtung aus Weimar eine Studienfahrt nach Berlin machen möchte, stellt sich die Frage, ob alle geflüchteten TeilnehmerInnen mitfahren können, ob sie sich irgendwo abmelden müssen, welchen Status sie haben, wer zuständiger Ansprechpartner ist.

Das gesellschaftliche Klima, in dem politische Bildungsarbeit stattfindet, gilt es als BildnerIn zu reflektieren: Alltagsrassismus kommt auch im Kollegenkreis vor, außerdem passieren vermehrt fremdenfeindliche Angriffe. Mit welchen Situationen sind BildnerInnen schon konfrontiert worden? Wie haben sie darauf reagiert? Was wäre ein geschicktes Vorgehen in solchen Situationen, welche Strategien haben sie schon entwickelt, um damit umzugehen, welche anderen Strategien wären möglich?

Teil 3: Wie geht es weiter?

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten plant zusammen mit IDA für 2017 drei weitere Fortbildungen. Die Grundlagenarbeit, wie wir sie in den Fortbildungen 2016 gemacht haben, ist inzwischen nicht mehr nötig, weil die meisten schon Erfahrungen gesammelt haben und erste Projekte schon gelaufen sind. Für die nächsten Fortbildungen liegt der Schwerpunkt deshalb erstens auf kreativ-künstlerischen Methoden, die nicht so sehr auf Sprache setzen, aber ein gutes Vehikel sind, um Menschen zu gewinnen und in den Bildungsprozess einzubeziehen. Die Methoden werden in der Fortbildung auch ausprobiert und umgesetzt. Zweiter Schwerpunkt ist der rechtliche Kontext, Gesetze und Aspekte des Aufenthaltsrechts, die politische Bildnerinnen und Bildner kennen sollten, und die Auswirkungen, die diese für die politische Bildungsarbeit haben können. Drittens geht es um Kontakt und Austausch, um miteinander statt übereinander zu reden und Einrichtungen, Träger, Institutionen aus der politischen Bildung mit Geflüchteten-Organisationen zusammenzubringen. In diesem Austauschseminar wollen wir uns miteinander bekannt machen und versuchen, erste gemeinsame Projekte auf den Weg zu bringen.

Ina Bielenberg ist Geschäftsführerin des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten (AdB).

Verweise ablesen / Verfall schützen. Ein Projekt für Geflüchtete

Workshop 1:
Eric Wrasse, Europäische
Jugendbildungs- und
Jugendbegegnungsstätte
Weimar
Raum Wien, Untergeschoss
Verweise ablesen / Verfall schützen. Ein Projekt für Geflüchtete

Workshop 2:
Kathrin Allmann, Aktion
Sühnezeichen Friedensdienste
Raum Rügen, 1. Stock
Verweise ablesen / Verfall schützen. Ein Projekt für Geflüchtete

Workshop 6:
Ina Bielenberg, Arbeitskreis
deutscher Bildungsstätten e.V.
Raum Zingst, 2. Stock

Workshop 4:
Swantje Haß, Diakonisches Werk
Berlin-Brandenburg-schlesische
Oberlausitz e.V.
Raum Wien, Untergeschoss
Verweise ablesen / Verfall schützen. Ein Projekt für Geflüchtete

Workshop 5:
Daniel Gaede, Gedenkstätte
Buchenwald
Raum Rügen, 1. Stock
Verweise ablesen / Verfall schützen. Ein Projekt für Geflüchtete

Workshop 3:
Orkide Ezgimen, KlgA e.V.
Raum Zingst, 2. Stock
Verweise ablesen / Verfall schützen. Ein Projekt für Geflüchtete





KIgA-Fachtagung „Chancen und Herausforderungen politischer Bildung mit, für und von Geflüchteten – zwischen gesellschaftlichen Ansprüchen und der Lebenswirklichkeit Geflüchteter“ in Berlin, Dezember 2016
Fotos: Irina Kanitschew (linke Seite), Joachim Seinfeld (rechte Seite)

Freiwilligendienst für Geflüchtete

Auch Flüchtlinge können am Bundesfreiwilligendienst teilnehmen oder ein Freiwilliges Soziales Jahr absolvieren. In Berlin und Brandenburg wird dies vom Diakonischen Werk organisiert.

AUTORIN Swantje Haß, Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz



Geflüchteter beim Bundesfreiwilligendienst in einer Kita
Foto: Birgit Coldewey

Für geflüchtete Menschen bedeutet Ankommen in Deutschland neben vielen administrativen Herausforderungen vor allem, auch sprachliche und berufliche Orientierung zu finden.

Der Bundesfreiwilligendienst (BFD) und das Freiwillige Soziale Jahr (FSJ) bieten als Bildungs- und Orientierungsjahr geflüchteten Menschen nicht erst seit der Einführung des „Bundesfreiwilligendienstes mit Flüchtlingsbezug“ im November 2015 interessante Möglichkeiten der beruflichen und sprachlichen Integration. Ein Freiwilligendienst kann für Geflüchtete eine sinnstiftende Tätigkeit sein, die ihnen neben inhaltlichen Einblicken in verschiedene Tätigkeitsfelder auch einen Eindruck von sozialen Strukturen und dem gesellschaftlichen Zusammenleben in Deutschland geben kann.

Seit 2016 bietet das Diakonische Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (DWBO) gezielt geflüchteten Menschen die Möglichkeit, einen Bundesfreiwilligendienst zu leisten. In einer ersten Phase von März bis August 2016 haben insgesamt neun Geflüchtete einen Freiwilligendienst begonnen. Die pädagogische Begleitung fand in einer altersgemischten Gruppe aus geflüchteten Menschen und Freiwilligen in der Flüchtlingshilfe statt. Seit September 2016 sind insgesamt 18 geflüchtete Menschen im DWBO tätig (Stand Dezember 2016). Davon sind 15 im Sonderprogramm Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug und drei im regulären Bundesfreiwilligendienst.

Zwei Drittel der Freiwilligen sind über 27 Jahre alt, ein Drittel sind Frauen. Die Einsatzfelder, in denen die Freiwilligen tätig sind, decken nahezu das gesamte Spektrum des diakonischen Handelns ab. Sie unterstützen in Kitas, Schulen und Jugendclubs, aber auch in Kirchengemeinden, der Obdachlosen- oder Flüchtlingshilfe. Die Freiwilligen werden seitens des Trägers sowohl in der Bewerbungsphase als auch während des Freiwilligendienstes intensiv betreut. Die pädagogische Begleitung umfasst neben den begleitenden Seminaren auch Einsatzstellen- und Freiwilligenbesuche, Angebote der Konfliktmoderation und -intervention, intensivisierte Zusammenarbeit mit den Anleitenden vor Ort sowie Beratung und Unterstützung in alltagspraktischen Dingen.

Rahmenbedingungen

Während sich das Freiwillige Soziale Jahr auf Engagierte bis zum 27. Lebensjahr beschränkt, steht der Bundesfreiwilligendienst ohne Altersbegrenzung allen Interessierten offen. Die Dienstzeit beträgt mindestens sechs und höchstens 18 Monate. In dieser Zeit sind die Freiwilligen unterstützend in Teilzeit- oder Vollzeit in einer gemeinwohlorientierten Einrichtung tätig. Zum Teil engagieren sich die geflüchteten Freiwilligen im Bereich der Flüchtlingsunterstützung, etwa als MultiplikatorInnen, Sprach- und KulturmittlerInnen. Andere sind in Bereichen tätig, die keinen direkten Bezug zu Flüchtlingen haben, den Geflüchteten aber berufliche Perspektiven für die Zukunft aufzeigen können – wie zum Beispiel die Arbeit in einer Kindertagesstätte.

Für ihre Tätigkeit erhalten die geflüchteten Freiwilligen ein monatliches Taschengeld, das je nach Sozialleistungsträger auf die Leistung angerechnet wird. Darüber hinaus wird auch in die ge-

setzlichen Sozialversicherungen für die Freiwilligen eingezahlt. Für Geflüchtete, die noch im Asylverfahren sind, bedeutet dies, dass sie und auch ihre Familie (EhepartnerIn und Kinder) eine reguläre Krankenversicherung erhalten. Dies ist ein großer Vorteil gegenüber dem Regelfall, der für die gesamte Dauer des Asylverfahrens nur die Kostenübernahme für akute Notfallbehandlungen vorsieht.

Der Freiwilligendienst soll auch dazu dienen, die sprachlichen Kompetenzen der Geflüchteten zu erweitern. Dies geschieht natürlich im großen Maße durch die direkte Anwendung der Sprache in der Einsatzstelle, soll aber auch durch Sprachunterricht begleitet werden. Kosten für Sprachkurse, soweit sie nicht bereits über das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge oder das Jobcenter finanziert sind, können im Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug übernommen werden. Für Freiwillige in den Regelprogrammen besteht diese Möglichkeit leider nicht. Grundlegende Deutschkenntnisse der Geflüchteten stellen eine zentrale Voraussetzung für das Gelingen des Freiwilligendienstes dar. So können Freiwillige in vielen Tätigkeitsbereichen nur eingesetzt werden, wenn ein alltagstaugliches Sprachverständnis in Deutsch vorhanden ist. Gleiches gilt für eine sinnvolle Teilnahme an den Seminaren. Ein inhaltlicher, aber auch zwischenmenschlicher Austausch in den Seminaren kann nur gelingen, wenn es eine sprachliche Schnittmenge gibt, die ein Minimum an Kommunikation miteinander und Reaktion auf Äußerungen der anderen Freiwilligen und der TeamerInnen zulässt.

Einsatzstellen

Geflüchteten Freiwilligen stehen grundsätzlich alle Einsatzfelder der Freiwilligendienste offen. Im persönlichen Gespräch zeichnen sich durch Sprachkenntnisse und individuelle Interessen mögliche konkrete Einsatzstellen ab. Häufig lässt sich jedoch erst über eine Hospitation das Tätigkeitsfeld klar vermitteln, da in bestimmten Bereichen (etwa in der offenen Jugendarbeit oder der Behindertenhilfe) aufseiten der Flüchtlinge oft kein Vorwissen über das Handlungsfeld vorhanden ist. Ähnlich verhält es sich auch mit dem Format der Freiwilligendienste grundsätzlich. In der Regel gibt es in den Herkunftsländern kein Äquivalent und/oder es stellt anders als in Deutschland keine gesellschaftlich anerkannte Tätigkeit dar.

In den Einsatzstellen arbeiten die Freiwilligen mit ausgebildeten Fachkräften zusammen. Den Freiwilligen werden dort nur Aufgaben übertragen, die ihrem Alter und ihren persönlichen Fähigkeiten entsprechen. Es dürfen keine Tätigkeiten übertragen werden, die nur von Fachkräften verrichtet werden dürfen. Eine engmaschige Anleitung und regelmäßige Gespräche sind notwendig, um eine Über- oder Unterforderung zu vermeiden.

Die Mehrsprachigkeit der Freiwilligen stellt in vielen Fällen eine große Bereicherung für die Einsatzstellen dar. Hier ist im Besonderen darauf zu achten, dass die Kompetenzen der Freiwilligen nicht überschritten werden. Auf der anderen Seite zeichnet sich ein Bild von hoch qualifizierten ZuwanderInnen ab, die sich aufgrund ihrer mangelnden Deutschkenntnisse in der Hilfstätigkeit im Freiwilligendienst unterfordert fühlen. Es braucht deshalb ein besonderes

Augenmaß beim Zuschnitt der Aufgaben. Die MitarbeiterInnen in den Einsatzstellen übernehmen begleitende und betreuende Aufgaben, die weit über die Begleitung von Freiwilligen im regulären BFD oder FSJ hinausgehen.

Häufig tragen die Freiwilligen ihre Anliegen, von ganz alltäglichen Fragen bis hin zu behördlichen Dokumenten, ganz direkt in die Einsatzstellen. Wichtig ist hier die enge Zusammenarbeit zwischen Träger und Einsatzstelle. Das DWBO bietet den Einsatzstellen im Rahmen der regelmäßigen Treffen für Anleitende die Möglichkeit eines gezielten Austauschs zum Freiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug. Diese umfassen neben der kollegialen Beratung der AnleiterInnen untereinander auch asylrechtliche Fragestellungen. Darüber hinaus können die Einsatzstellen über das DWBO auf unterschiedlichste Weiterbildungsangebote zu Themen wie etwa den Umgang mit interkulturellen Konflikten zugreifen. Denn die bewusste Entscheidung der Einsatzstellen, sich für geflüchtete Menschen zu öffnen und ihnen somit eine Teilhabe in der deutschen Gesellschaft zu ermöglichen, trägt auch die Frage der interkulturellen Öffnung in die Einrichtungen. Nicht zuletzt können durch das gemeinsame Tätigsein, durch persönliche Kontakte und direkte Beziehungen zu einander Stereotype überprüft und Vorurteile abgebaut werden.

Seminararbeit

In allen Formaten der Freiwilligendienste sind die Teilnehmenden an die gesetzlich vorgeschriebenen Seminartage gebunden. Im Diakonischen Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz sind die jährlich 25 Seminartage für unter 27-Jährige auf vier Blockwochen und fünf Einzeltage aufgeteilt. Die Freiwilligen über dem 27. Lebensjahr nehmen an mindestens einem Seminartag pro Monat teil. Bei der Seminargestaltung wird ein stark partizipativer Ansatz verfolgt, indem die Freiwilligen selbst die Seminarinhalte für die Blockwochen festlegen und zum Teil auch selber (mit-)gestalten. Hier stehen politische, soziale, interreligiöse, interkulturelle, arbeitsweltbezogene und Genderthemen im Fokus der Gruppen. Es bedarf einer besonderen Sensibilität, wenn Themen wie Flucht und Asyl auf der Agenda stehen, da diese durch die persönliche Betroffenheit einzelner Teilnehmender eine andere Dimension erlangen. Hier bedarf es bei der Seminarplanung und Umsetzung einer besonderen Achtsamkeit. Große Bedeutung kommt dem Erfahrungsaustausch unter den Teilnehmenden zu. Bei der methodischen Gestaltung ist vor allem darauf zu achten, wie Teilnehmende mit geringen Deutschkenntnissen einbezogen werden können. Hier stehen kreative und interaktive Methoden im Vordergrund.

Die Seminare ermöglichen den geflüchteten Freiwilligen, Kontakt zu deutschen Freiwilligen aufzubauen und Menschen mit ähnlichen Interessen kennenzulernen. Den deutschen TeilnehmerInnen wiederum bieten die Seminare die Möglichkeit, Geflüchtete nicht nur als Objekt ihrer Arbeit – als KlientInnen – wahrzunehmen, sondern als KollegInnen auf Augenhöhe zu erleben. Der daraus resultierende intensive Austausch findet methodisch angeleitet in den Seminarzeiten, in sehr starkem Maße aber auch außerhalb der

Seminarstunden statt. In der Planung und Durchführung der Seminare sind besondere Herausforderungen zu beachten. So sind beispielsweise die An- und Abreise zum Seminarort im Vorfeld mit den Teilnehmenden besonders klar zu kommunizieren. Mit den Einsatzstellen ist abzustimmen, dass die geflüchteten Freiwilligen die Reisekosten vorab ausgehändigt bekommen. Darüber hinaus passiert es, dass kurzfristig anberaumte Termine bei der Ausländerbehörde oder kurzfristige Aufnahmen in Sprach- und Integrationskurse (für die eine lange Wartezeit besteht) sich mit den Seminarterminen überschneiden können.

Ebenfalls in der Gruppe der Geflüchteten ist in stärkerem Umfang als bei anderen Freiwilligengruppen auf kulturelle und religiöse Besonderheiten Rücksicht zu nehmen und mit den Veranstaltungsorten und eventuellen Kooperationspartnern abzustimmen. In den Seminaren findet eine wichtige Auseinandersetzung über grundlegende soziale, politische, religiöse und kulturelle Themen statt, in denen das Lernen der Teilnehmenden voneinander im Vordergrund steht. Die Seminarzeit wird von den Freiwilligen als wichtige Zeit des Austauschs und der Auseinandersetzung mit unterschiedlichen Sichtweisen sehr geschätzt.

Über die Seminartage in ihren regulären Gruppen hinaus nehmen die geflüchteten Freiwilligen an zwei gesonderten Seminartagen teil. Zum einen findet zum Beginn des Freiwilligendienstes ein Orientierungstag zum Thema „Leben und Arbeiten in Deutschland“ für alle Geflüchteten statt. Hier können alltagspraktische Fragen und kulturelle Unterschiede im Arbeitsalltag besprochen werden. Darüber hinaus werden die Rechte und Pflichten der Freiwilligen (mit Übersetzung) im Detail besprochen. Der zweite Zusatztag in der Mitte des Dienstes widmet sich der beruflichen Orientierung: Beratung zu Abschlüssen und deren Anerkennung sowie Informationen zu Ausbildung, Studium und Arbeit in Deutschland werden angeboten. Zudem gibt es die Möglichkeit, sich in Form einer Patenschaft bei der beruflichen Orientierung begleiten zu lassen.

Herausforderungen

Für viele der geflüchteten Freiwilligen stellen die Teilnahme am Sprachkurs, die vielen Behördentermine und der Freiwilligendienst eine Mehrfachbelastung dar. Viele der Teilnehmenden sind daher auch nur in Teilzeit in ihren Einrichtungen tätig. Der ohnehin schon volle Zeitplan lässt kaum Zeit für die Wohnungs- oder Jobsuche. Auch steht die Verpflichtung zur Teilnahme am Integrationskurs in einzelnen Fällen der Teilnahme an den Seminarfahrten im Weg. Die gesetzliche Verpflichtung zur Teilnahme an beidem lässt sich jedoch bis auf wenige Ausnahmen klären.

Für die meisten Geflüchteten ist die möglichst schnelle Aufnahme einer regulären Erwerbstätigkeit ein dringliches Ziel. Der Freiwilligendienst stellt nur eine Zwischenetappe dar. Angesichts des Drucks, möglichst schnell Geld zu verdienen, etwa um Fluchtschulden zurückzuzahlen oder die Familien nachholen zu können, ist der Freiwilligendienst auch nicht immer das richtige Format. Gelegentlich kommt es zu Abbrüchen, weil sich die Lebenssitua-

tionen der Freiwilligen abrupt verändern und etwa bei drohender Wohnungslosigkeit der Freiwilligendienst verständlicherweise keine Priorität mehr hat.

Eine große Herausforderung liegt auch bei den Einsatzstellen. Ressentiments gegen Geflüchtete sind tief in der Gesellschaft verwurzelt und werden in der letzten Zeit wieder stark geschürt. Der Umgang mit Vorurteilen und Diskriminierung muss in den Einsatzstellen offen benannt und bearbeitet werden können. Denn nur die Akzeptanz der Geflüchteten in den Einsatzstellen und bei den KlientInnen kann zu einem gelingenden Freiwilligendienst führen.

Gewinn für die Freiwilligen

Nach der Ankunft in Deutschland sind Geflüchtete oft zur Tatenlosigkeit verdammt. Das monatelange Warten auf Termine, Bescheide, Bewilligungen der Sprachkurse, die meist erfolglose Suche nach eigenem Wohnraum und einer Arbeitsstelle drängt geflüchtete Menschen schnell in die Passivität und Frustration. Ausgeschlossen von sozialer Teilhabe und sprachlicher Integration vergehen so Monate oder gar Jahre. Der Freiwilligendienst kann eine Möglichkeit sein, Selbstwirksamkeit zu erfahren, indem man sich für andere engagiert. Denn die sinnstiftende Tätigkeit bringt nicht nur Selbstwertgefühl, sondern auch Wertschätzung durch andere. Mit den ersten Erfahrungen im deutschen Arbeitsumfeld entstehen nicht nur berufliche, sondern auch private Kontakte. Sie tragen in hohem Maße zur Verbesserung der Sprachkenntnisse und zur sozialen Integration bei.

Fazit

Die Erweiterung des „Gesetzes über den Bundesfreiwilligendienst“ (BFDG) um den „Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug“ hat zwar Anstoß gegeben, viele offene Fragen zu klären, aber auch wichtige Möglichkeiten ausgelassen. So stellt der Bundesfreiwilligendienst mit Flüchtlingsbezug, im Gegensatz zu den regulären Programmen in FSJ und BFD, eine Zielgruppe klar in den Vordergrund. Einen Einblick in das Arbeitsleben in Deutschland sollen vor allem Asylberechtigte oder Asylbewerber erhalten, bei denen ein rechtmäßiger und dauerhafter Aufenthalt zu erwarten ist. Ausgeschlossen sind Menschen, die nach § 29 a des Asylgesetzes aus „sicheren Herkunftsländern“ kommen oder mit einer Duldung in Deutschland leben. Warum Menschen ohne eine sogenannte „dauerhafte Bleibeperspektive“ am regulären Freiwilligendienst teilnehmen dürfen, am Sonderprogramm jedoch nicht, ist nicht nachvollziehbar und bedarf dringend einer gesetzlichen Änderung. Denn insbesondere für Menschen, die mit einer Duldung in Deutschland leben und denen viele Möglichkeiten der beruflichen und sprachlichen Integration verschlossen bleiben, stellt der Freiwilligendienst einen wichtigen Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe dar.

Durch das Engagement von geflüchteten Freiwilligen werden Menschen mit Fluchterfahrung in der öffentlichen Wahrnehmung verstärkt auch als AkteurInnen sichtbar. Dies ist ein wichtiger

Schritt zu Akzeptanz und Integration. Dem im Wege stehen jedoch häufig Fragen nach Aufenthaltsstatus und Beschäftigungserlaubnis und ebenso die fehlenden Erfahrungen bei Trägern und Behörden. Jeder „reale Kontakt“ zu Geflüchteten und ihrer Lebenswirklichkeit, sei es im Seminar oder in den Einsatzstellen, ist eine Begegnung, die Argumente gegen Rassismus und Fremdenhass liefert und die Menschen dazu befähigt, den Stereotypen über und den Parolen gegen Geflüchtete etwas entgegenzusetzen. Die Bereicherung durch den Freiwilligendienst mag für die Geflüchteten individuell sehr unterschiedlich sein. Unbestritten ist dagegen der gesellschaftliche Gewinn durch das Engagement der Geflüchteten.

Swantje Haß ist pädagogische Referentin beim Diakonischen Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz.

Seit November 2015 ist das „Gesetz über den Bundesfreiwilligendienst“ (BFDG) um den „BFD mit Flüchtlingsbezug“ (BFDmF) mit befristeter Dauer bis 31.12.2018 um 10.000 neue Plätze erweitert worden. Daneben ist ein Freiwilligendienst Geflüchteter auch im Freiwilligen Sozialen Jahr (FSJ) und im Freiwilligen ökologischen Jahr (FÖJ) sowie im „Regel-BFD“ möglich.

Die Geschichte der Anderen

Wie hängen persönliche Biografien mit der großen Geschichte zusammen? Welche Anknüpfungspunkte gibt es zu den Herkunftsländern Geflüchteter? Und wie sieht unser heutiges Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft aus? Das erforscht die Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) in Geschichtsseminaren mit Geflüchteten.

AUTORIN Kathrin Allmann, Aktion Sühnezeichen-Friedensdienste

Warum hat sich Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) entschlossen, politische Bildungsarbeit für Geflüchtete anzubieten?

Der Arbeitsbereich „Geschichte(n) in der Migrationsgesellschaft“ (AMigra) der ASF gestaltet seit dem Jahr 2000 interkulturelle Bildungsprogramme mit Menschen mit Migrationshintergrund. Unter den TeilnehmerInnen dieser Programme waren schon immer Menschen mit persönlicher Fluchterfahrung. Die historisch-politische Bildungsarbeit mit Geflüchteten ist für uns also eigentlich gar nicht neu. Flucht und Migration gab und gibt es kontinuierlich – unsere jetzigen Seminarreihen richten sich daher an Menschen mit Flucht- und Zuwanderungsgeschichten, beispielsweise an SyrerInnen, die 2015 ihr Land verlassen mussten, oder IranerInnen, die nach den Wahlen im Iran 2009 nach Deutschland, nach Berlin geflohen sind.

Die historisch-interkulturellen Seminarreihen ermöglichen geflüchteten und zugewanderten Menschen einen Zugang zur Geschichte des Aufnahmelandes, und sie bringen diese Geschichte in Zusammenhang mit deren eigenen Geschichten von Flucht und Einwanderung. In den Seminarreihen findet immer eine Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nationalsozialismus statt. Ein besonderer Schwerpunkt liegt dabei auf der Verfolgung und Vernichtung des europäischen Judentums und dem aktuellen Antisemitismus. Gleichzeitig bringen die Teilnehmenden ihre eigenen Geschichten und Biografien ein.

Geflüchtete partizipieren durch die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus an einem gesellschaftlich außerordentlich relevanten Thema. Diese Form der politischen und gesellschaftlichen Teilhabe wollen wir mit unserem Angebot fördern. Dabei ist es

uns auch ein Anliegen, Migrationsgeschichten sichtbar zu machen und so Vielfalt und Multiperspektivität in unserer Gesellschaft und deren Erinnerungsdiskursen zu fördern.

Welche Angebote für Geflüchtete macht ASF im Bereich der historisch-politischen Bildung konkret?

Wir bieten mehrwöchige historisch-interkulturelle Seminarreihen an, in denen wir uns intensiv mit der NS-Geschichte, dem historischen und aktuellen Antisemitismus und gegenwärtigen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auseinandersetzen. Viele geflüchtete oder eingewanderte Menschen haben ein Interesse an der Geschichte des Nationalsozialismus, und sie finden gerade dort auch Anknüpfungspunkte, über ihre eigenen Geschichten oder die Geschichte ihres Heimatlandes zu sprechen.

Wir stellen Fragen nach Entstehung und Entwicklung der nationalsozialistischen Diktatur sowie nach Mechanismen der Ausgrenzung, Entrechtung, Verfolgung und Vernichtung. Mit weiteren Themen wie Widerstand und Zivilcourage oder Flucht und Exil beschäftigen wir uns an historischen Orten oder in Bildungseinrichtungen, um dort einen vertiefenden Einblick in die Geschichte zu erhalten und darüber ins Gespräch zu kommen. Auf Stadtrundgängen verknüpfen wir die großen historischen Linien mit lokalen Ereignissen und persönlichen Biografien. Wir schauen, welche historischen Spuren noch heute sichtbar sind, wie sie den Stadtraum prägen und wie Erinnerungskultur im öffentlichen Raum aussieht.

Ein besonderer Moment der Seminarreihen ist sicherlich die Begegnung und Diskussion mit ZeitzeugInnen. Fragen nach einem

Leben mit und nach der Geschichte stehen hier im Zentrum der Gespräche. Dieser direkte und persönliche Zugang zur Geschichte setzt sich in der biografischen Arbeit fort. Wie hängen unsere persönlichen Geschichten eigentlich mit der großen Geschichte zusammen? Welche Anknüpfungspunkte gibt es auch zu den jeweiligen Herkunftsländern? Und wie sieht unser heutiges Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft aus? Hier schlagen wir die Brücke in die Gegenwart, denn nur wer seine eigene Geschichte erzählen kann und weiß, dass diese auch gehört wird, kann Empathie für die Geschichten der Anderen empfinden. An dieser Stelle setzen wir uns auch mit aktuellen Formen von Diskriminierung auseinander und fragen nach eigenen stereotypen Vorstellungen und Pauschalisierungen.

Warum sollten Geflüchtete etwas über die deutsche Geschichte lernen?

Bei unserem Projekt geht es nicht um klassisches Lernen im Sinne von Geschichtsvermittlung. Das greift zu kurz. Es ist vielmehr ein dialogisches Lernen auf Augenhöhe, ein Gespräch über Geschichte und persönliche Geschichten.

Aber in ähnlicher Form haben wir uns die Frage natürlich selbst gestellt – und sie wurde uns auch oft gestellt: Haben geflüchtete Menschen nicht Dringlicheres zu tun, als sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus zu beschäftigen? Mit einer Geschichte von Verfolgung und Vernichtung, von unvorstellbarem menschlichen Leid – also auch mit einer Geschichte dessen, vor dem die Menschen in der Regel selbst fliehen mussten. Ich habe diese Frage in die Gruppen weitergegeben und darauf meist sehr überraschte Reaktionen erhalten. Es sei doch wichtig, sich mit dieser Geschichte zu beschäftigen, denn nur so könne man die Menschen, mit denen man heute zusammenlebe, verstehen, lautete beispielsweise die Antwort eines Teilnehmers.

Konkret: Es geht um das Recht auf politische und gesellschaftliche Teilhabe. Und wir verstehen dies als ein Angebot, nicht als Pflicht, über Geschichte(n) ins Gespräch zu kommen. Die NS-Ge-

Viele geflüchtete oder eingewanderte Menschen haben ein Interesse an der Geschichte des Nationalsozialismus, und sie finden gerade dort auch Anknüpfungspunkte, über ihre eigenen Geschichten oder die Geschichte ihres Heimatlandes zu sprechen.

schichte ist für viele aktuelle Debatten ein historischer Bezugsrahmen. Mit einem Rückblick auf die letzten Wochen etwa bedeutet ein vertiefendes Wissen um den Nationalsozialismus auch, einen interessierteren Blick auf das Urteil im NPD-Verbotsverfahren zu haben oder die Diskussionen um das Projekt „Yolocaust“, das sich kritisch mit am Holocaust-Mahnmal aufgenommenen Selfies auseinandersetzt, zu verfolgen.

Es bedeutet auch, sich demokratischer Werte bewusst zu werden, sich politisch orientieren und gegenüber einem erstarkenden Rechtspopulismus in Deutschland und weltweit positionieren zu können. Das ist von großer Relevanz – übrigens nicht nur für zugewanderte und geflüchtete Menschen. Das Wissen um historische Zusammenhänge und das Verständnis für die Gegenwartsbedeutung des Nationalsozialismus ermöglichen somit auch die Selbstverortung innerhalb der (Migrations-)Gesellschaft.

Wie oft und in welchem Zeitraum wurden die Angebote von ASF durchgeführt? Wie wurden sie unter Geflüchteten bekannt gemacht? Wer hat sie durchgeführt, wer waren eventuelle Kooperationspartner?

Seit Juni 2016 haben wir die historisch-interkulturellen Seminarreihen über einen mehrwöchigen Zeitraum mit drei verschiedenen Gruppen durchgeführt. Alle Termine fanden in Berlin statt, und wir hatten mit allen Gruppen immer einen festen Seminartag in der Woche.

Die Gruppen setzten sich überwiegend aus Teilnehmenden mit Fluchthintergrund zusammen. Wir wollten uns mit unserem Angebot nicht an Einzelpersonen richten, sondern vielmehr an Menschen, die bereits in einem anderen Kontext miteinander verbunden sind. Dies ist relevant, weil Vertrauen und Empathie wichtig für das Gelingen einer Seminarreihe sind. Wir richteten uns mit dem Projekt gezielt an Einrichtungen beziehungsweise Organisationen und Initiativen, die bereits mit Geflüchteten und zugewanderten Menschen zusammenarbeiten, etwa Migrantenselbstorganisationen, Bildungseinrichtungen, Flüchtlingsinitiativen etc., um interessierte TeilnehmerInnen zu finden. Daraus entstanden Kooperationen zum Beispiel mit dem Verein für iranische Flüchtlinge in Berlin, der 2016 sein dreißigjähriges Jubiläum feierte, oder mit Kiron Open Higher Education, einem Startup, das 2014/2015 gegründet wurde.

Die Struktur der Seminargruppen war sehr heterogen in Bezug auf Herkunft und Alter, der Bildungshintergrund war überwiegend ein akademischer. Die TeilnehmerInnen kamen unter anderem aus dem Iran, aus Afghanistan oder Syrien. Die Mehrzahl waren Frauen, da wir viele Teilnehmerinnen durch die Zusammenarbeit mit der Frauengruppe des Vereins für iranische Flüchtlinge erreichen konnten, deren Struktur gut zu unserer Reihe passte. In einer Gruppe arbeiteten wir aber auch ausschließlich mit männlichen Studenten.

Wie wurden die Angebote konzipiert?

Wie waren die Reaktionen der TeilnehmerInnen?

Wir konnten bei der Projektentwicklung auf unsere Erfahrungen aus der historisch-interkulturellen Bildungsarbeit zurückgreifen. Von Beginn an war klar, dass es ein langfristiges Angebot sein soll, also mehrwöchige Seminarreihen. Über einen längeren Zeitraum können Vertrauen und vertiefte Reflexionsmöglichkeiten entstehen, was für das Gelingen des Projekts wichtig ist. In der Vorbereitung haben wir einige thematische Schwerpunkte herausgearbeitet und überlegt, an welchen Orten und mit welchen Methoden wir diese thematisieren möchten. Diese Programmbausteine konnten wir variabel und dennoch aufeinander aufbauend und an die einzelnen Seminarreihen angepasst zusammensetzen.

In der Regel hatten wir für den ersten Teil der Seminarreihe ein klares Konzept, den zweiten Teil haben wir dann stärker in Absprache mit den TeilnehmerInnen gestaltet. Da wir auf die jeweiligen Interessen eingehen konnten, war es uns möglich, unser Konzept im Wesentlichen unverändert umzusetzen. Denn so unterschiedlich die SeminarteilnehmerInnen waren, so unterschiedlich waren natürlich auch ihre Motivation und ihre inhaltlichen Interessen an dem Projekt. So rückten bei einer Seminarreihe die Themen Verantwortung für die Geschichte und Erinnerungskultur in den Vordergrund, bei einer zweiten waren es die Schwerpunkte Ausgrenzung, Verfolgung und Toleranz und bei der dritten Gruppe wiederum konzentrierte sich das Interesse viel mehr auf die Frage, wie sich in der deutschen Gesellschaft nach der nationalsozialistischen Diktatur und den Verbrechen im Zweiten Weltkrieg eine Demokratie und wirtschaftlicher Aufschwung entwickeln konnten. Teilweise ergaben sich spannende Anknüpfungspunkte für Diskussionen über eine mögliche Erinnerungskultur im Iran oder konkreter über Enteignungen in Syrien. Diese Themenvielfalt spiegelt das breite Interesse der TeilnehmerInnen und ihre Bereitschaft wider, sich auf die Seminarreihe einzulassen und diese durch ihre eigenen Erfahrungen zu bereichern.

Es gab auch einige herausfordernde Momente, beispielsweise in Bezug auf die Seminarsprache, die Deutsch war. Die meisten

SeminarteilnehmerInnen sprachen sehr gut Deutsch, in der Regel hatten alle mindestens ein B1- oder B2-Niveau. Das war sehr beeindruckend. Wir haben mit Materialien in leichter Sprache gearbeitet und teilweise SprachmittlerInnen eingesetzt. Und doch blieb es eine spannende Herausforderung, die komplexen historischen Zusammenhänge zu reduzieren und die Kernaussagen in leichter Sprache zu vermitteln. Auf struktureller Ebene war es nicht immer einfach, Kontinuität in das langfristige Angebot zu bekommen. Einige der TeilnehmerInnen hatten häufig wichtige Termine, Sprach- und Integrationskurse und konnten daher nicht regelmäßig teilnehmen. Dennoch – oder gerade deshalb – überwiegen die Vorteile eines langfristigen Programms.

Welche Erkenntnisse hat die Beschäftigung mit den eigenen Biografien gebracht?

Wir haben die Erfahrung gemacht, dass die Beschäftigung mit den eigenen Biografien der TeilnehmerInnen sehr produktiv für den Seminarverlauf ist. Die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen ruft bei Menschen, die selbst Verfolgung, Bedrohung oder Gewalt erfahren haben, immer Assoziationen zu ihrer Geschichte auf. Es ist wichtig, diesen Geschichten Raum zu geben, damit sie gehört werden und damit sie in einem größeren Kontext und in ihrer jeweiligen Besonderheit verstanden werden können. Die Erfahrung zeigt, dass die Offenheit dann steigt, sich auf andere Geschichten zugewandt einzulassen.

Was hat ASF aus dem Programm gelernt, und was bedeutet das für zukünftige Projekte?

Wir haben spannende Begegnungen, Geschichten und Diskussionen sowie neue Perspektiven auf die Geschichte aus dem Projekt mitgenommen. Und wir haben gelernt, dass die Entwicklung einer Seminarreihe mit der Zeit an Stabilität und Kontinuität gewinnt. Der Bedarf und das Interesse, sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus auseinanderzusetzen sowie eine eigene Perspektive dazu zu entwickeln, sind vorhanden. Das haben die Diskussionen der vergangenen Seminarreihen gezeigt. In unserer von Migration geprägten Gesellschaft ist es wichtig, Räume für Geschichten von Einwanderung, Auswanderung, von Ankommen und Zusammenleben zu öffnen und Migrationsgeschichten sichtbar zu machen.

Die historisch-interkulturellen Seminarreihen entwickeln wir weiter und werden sie 2017 fortführen. Zudem planen wir, eine Broschüre über die Seminarreihen und die biografischen Hintergründe der Teilnehmenden herauszugeben. Das 2016 durchgeführte Projekt sowie die Weiterentwicklung im Jahr 2017 werden vom Bundesministerium des Inneren gefördert.

Kathrin Allmann ist Koordinatorin des Projektbereichs Interkulturalität beim Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V.

In unserer von Migration geprägten Gesellschaft ist es wichtig, Räume für Geschichten von Einwanderung, Auswanderung, von Ankommen und Zusammenleben zu öffnen und Migrationsgeschichten sichtbar zu machen.

Digital an neue Zielgruppen

Politische Bildungsarbeit findet nicht nur in der realen, sondern auch in der virtuellen Welt statt: über digitale Kanäle und soziale Medien. Allaa Faham und Abdul Abbasi kommentieren mit ihrem YouTube-Kanal „German Life Style“ den deutschen Alltag in satirisch überspitzten Videos und vermitteln so zwischen Neuankömmlingen und Alteingesessenen. Auch die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) nutzt digitale Kanäle, um neue Zielgruppen zu erreichen.

AUTORIN Uta Schleiermacher

Was hilft Menschen beim Ankommen in Deutschland? Ganz klar, Videos!, dachten sich die beiden jungen Syrer Allaa Faham und Abdul Abbasi. Sie gründeten 2015 den YouTube-Kanal „German Life Style – GLS“. Dort veröffentlichen sie Sketche über den deutschen Alltag, auf Deutsch mit arabischen Untertiteln. Die beiden überzeichnen dabei Gewohnheiten, Stereotype und Vorurteile und kommentieren so Unterschiede zwischen syrischer und deutscher Kultur und die jeweiligen Vorstellungen übereinander. Über YouTube und Facebook erreichen sie inzwischen rund 100.000 Abonnenten und Follower. Anfangs wollten sie neu ankommenden Menschen und Geflüchteten Orientierung für das Leben in der neuen Gesellschaft geben. Inzwischen ist aus dieser Idee der Versuch geworden, zwischen beiden Seiten zu vermitteln.

„Es sind ja viele Menschen neu nach Deutschland gekommen – und die Kulturen und Mentalitäten sind schon sehr unterschiedlich“, sagt Allaa Faham, der 20-jährige Initiator des YouTube-Kanals. „Dass Leute unterschiedlich sind und unterschiedlich denken, ist ja auch normal und nicht schlimm. Abdul und ich hatten dann beide die gleiche Idee: Wir wollten die Menschen einander näherbringen, damit sie miteinander reden“, erklärt er. Denn es gebe da so etwas wie „eine Eiswand“, beschreibt Faham: Es mangle an Kontakt. Gemeinsames Lachen bringe die Eiswand zum Schmelzen: „Dann fängt nämlich die Diskussion an: Warum seid ihr so, warum macht ihr das so und wir so? Wenn wir miteinander reden, können wir die Ängste vor dem Unterschied abschaffen – oder es immerhin versuchen.“ Abdul Abbasi, 22, den zweiten Macher hinter GLS, lernte er zufällig über Facebook kennen. Seitdem machen sie gemeinsam die Videos, in denen sie deutsche Mülltrennung erklären, Unterschiede bei Essenseinladungen und Pünktlichkeit.

Über welche Wege erreicht man Menschen heute?

Videos seien dafür die beste Methode, sagt Faham: „Wir leben in der Zeit der Social Media, dort sind die Menschen, und lustige Videos sind das, womit man sie am besten erreicht – es ist leider so. Ich bedaure das, nicht, weil es uns schwerfällt, die Dinge lustig darzustellen, ganz im Gegenteil, das können wir gut, sondern weil der Inhalt dabei eigentlich fast egal ist. Hauptsache, er ist lustig verpackt“, sagt er. Man müsse daher mit dem Medium verantwortungsvoll umgehen.

Allaa Faham bereitet sich derzeit auf ein Studium der Medientechnik in Hamburg vor. Abdul Abbasi studiert Zahnmedizin in Göttingen und interessiert sich besonders für den Dialog mit Politik und Wirtschaft. Gemeinsam arbeiten sie an Inhalten und Konzepten der Videos, die sie bisher auch selbst finanzieren.

„Wir sollten politische Bildung interdisziplinär in den Spracherwerb oder in Hilfen zur ersten Orientierung in der neuen Gesellschaft integrieren.“

Die Reaktionen auf ihre Videos seien meist positiv, erklärt Faham: „Wir bekommen viel Lob und hören, dass wir helfen.“ Dabei müssten sie sich immer auf zwei Zuschauergruppen einstellen: die Neuankömmlinge und die Menschen, die schon länger in Deutschland leben. „Anfangs haben wir die Videos auf Arabisch gedreht. Wir dachten, dass wir damit den Flüchtlingen helfen, dass sie das brauchen. Wir wollten ihnen die Regeln und die Kultur hier erklären. Aber wir haben gemerkt, dass das nicht reicht: Wir müssen auch die anderen ansprechen.“ Seitdem sind die meisten ihrer Videos auf Deutsch mit arabischen Untertiteln.

Als politisch verstehen die beiden ihre Arbeit nicht direkt. Natürlich ginge es für sie auch darum, hier gehört und als neuer Teil der Gesellschaft wahrgenommen zu werden. Deshalb suchen sie auch die Diskussion mit politischen EntscheidungsträgerInnen. Einen Beitrag zur politischen Bildungsarbeit könnten sie allerdings schon leisten, indem sie Vorurteile abbauen helfen und den Menschen Orientierung geben, meint Faham. Und sie haben bemerkt, dass sie sich auch den Austausch mit ihrem Publikum wünschen. Im Rahmen eines weiteren Projekts gehen die beiden inzwischen an Schulen, erzählen von ihrem Leben und diskutieren mit SchülerInnen, um ihnen die Perspektive der Neuankömmlinge und Flüchtlinge näherzubringen. „Das klappt sehr gut, weil man sich dabei in die Augen sieht und die SchülerInnen Fragen stellen können“, sagt Faham. Außerdem treten sie mit ihren Videos auch live auf. Dabei und bei den Schulbesuchen sei der Austausch in den Fragerunden für sie immer der spannendste Teil.

Schnell transportables und virales Wissen

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) nutzt soziale Medien, um politische Bildungsangebote zu vermitteln, und hält sie für einen wichtigen Kanal, um neue und andere Zielgruppen zu erreichen. „Politische Bildung muss sich darauf einstellen, wieder basal und elementar zu werden“, erklärte Thomas Krüger, Präsident der bpb und des Deutschen Kinderhilfswerks, bei der Netzwerkveranstaltung „Digitale Bildung & Geflüchtete“ Anfang April 2016 in Berlin. Schulische und außerschulische politische Bildung setze häufig stark auf bereits präsentem oder erworbenem Wissen. Dies funktioniere dort, wo Menschen bereits politisch gebildet seien. „Für Zielgruppen, die sich für Politik nicht interessieren oder bildungsbenachteiligt oder geflüchtet sind und daher noch nicht über genügend Sprachkenntnisse verfügen, müssen wir neu überlegen, wie wir überhaupt erst mal Grundlagen schaffen“, so Krüger. Das funktioniere nicht, „wenn wir politische Bildung modular oder additiv als eigene Disziplin anbieten, sondern wir sollten sie interdisziplinär in den Spracherwerb oder in Hilfen zur ersten Orientierung in der neuen Gesellschaft integrieren.“

Wichtig sei für die bpb daher die Frage, wie man das Kommunikationsinstrument Smartphone nutzen kann, um mit Apps und mit Basis- und Hintergrundinformationen genau die Themen und Aspekte unter die Leute zu bringen, die sie benötigen. „Das sind keine modular geschlossenen Angebote politischer Bildung, sondern

sehr virale, virulente Angelegenheiten des Alltags“, erklärte Krüger. „Im Alltag brauche ich Informationen, ich möchte Erfahrungen teilen, Freunden, Bekannten oder Verwandten, die auch im Land sind, Informationen weitergeben. Deshalb ist es wichtig, schnell transportables, virales Wissen, das an Alltagserfahrung anknüpft, bereitzustellen.“ Das sei über digitale Medien und Kanäle besonders gut möglich: „So können wir basale Hintergrundinformationen für eine heterogener werdende Gesellschaft bereitstellen, die für einen bildungsbenachteiligten jungen deutschen Schüler genauso relevant sind wie für jemanden, der gerade erst Deutsch gelernt hat und versucht, sich in dieser Gesellschaft zurechtzufinden.“ Die Bundeszentrale für politische Bildung sei daher als Institution inzwischen selbst über soziale Medien gut erreichbar, etwa über den Twitter-Account [@frag_die_bpb](#).

Soziale Teilhabe durch digitale Medien

Die Bedeutung digitaler Plattformen für Geflüchtete war bereits 2015 Gegenstand einer Untersuchung der Universität Vechta-Kloppenburg im Auftrag des Kinderhilfswerks. Untersucht wurden Art und Umfang der Smartphonennutzung jugendlicher unbegleiteter Geflüchteter. Ergebnis waren zum einen Erkenntnisse darüber, welche Art von Apps die Jugendlichen hauptsächlich nutzen, zum anderen, dass sie Prioritäten haben, die im Alltag Nicht-Geflüchteter kaum eine Rolle spielen. Und: Da es in vielen Schulen und Kinder- und Jugendhilfeeinrichtungen kein WLAN gibt, verbrauchten die Jugendlichen viel Volumen und Guthaben für Telefongespräche nach Hause.

„Insgesamt sind digitale Medien und Dienste für die soziale und bildungsbezogene Teilhabe der jungen Flüchtlinge immens wichtig“, erklärte Nadia Kutscher, Professorin für Soziale Arbeit und Ethik an der Universität Vechta, anlässlich der Veröffentlichung ihrer Untersuchungsergebnisse. Gleichzeitig seien sie nur unter erschwerten Bedingungen verfügbar, teils aus technischen, teils aus erzieherischen Gründen. „Dabei eröffnet der Zugang zu digitalen Medien in vielerlei Hinsicht integrierende Potenziale – über die Verbindung mit Peers oder auch mit Fachkräften, zum Erlernen der Sprache, zur Orientierung in der Aufnahmekultur und an neuen Orten. Digitale Medien haben sowohl eine verbindende Funktion, etwa beim Kontakthalten mit der Herkunftsfamilie sowie Freunden und Verwandten an anderen Orten, als auch eine Brückenfunktion in die Aufnahmegesellschaft.“

Bpb-Präsident Krüger wies in diesem Zusammenhang darauf hin, dass nicht nur der Zugang zu Internet und Medien, sondern auch Angebote notwendig seien, um die Medienkompetenz der Kinder und Jugendlichen und ihren risikobewussten Umgang mit Daten zu stärken. In Interviews wurden die jungen Flüchtlinge auch gefragt, ob sie im Netz hilfreiche Informationen über das Asylverfahren und das Ankommen in Deutschland gefunden hätten, die ihnen das Einleben erleichtert hätten. Alle Befragten bekundeten Interesse an solchen Angeboten, gaben aber an, dass ihnen speziell für sie entwickelte Informationsbroschüren unbekannt seien. „Es geht darum, nun digitale Angebote zu entwickeln, die nicht speziell und komplex

sind, sondern sehr niedrigschwellig ansetzen und Fragen der Demokratie und der Partizipation in Entscheidungsprozessen thematisieren“, beschloss Krüger seine Überlegungen bei der Netzwerkveranstaltung. Dies könnten Apps sein oder Onlinegrafiken, die auch für das Smartphone nutzbar seien, auch Videos mit Hintergrundwissen.

„Wir gehören derselben Generation an, wir können Jugendliche gut erreichen, denn uns hören sie vielleicht eher zu als Sozialpädagogen“, meint Allaa Faham. „Viele Jugendliche lesen oder schauen die herkömmlichen Medien gar nicht, daher haben sie oft keine Ahnung von unserem Leben.“ Bei der Frage, was er selbst sich gewünscht hätte, um sein Ankommen zu erleichtern, muss Faham erst mal kurz nachdenken. „Vielleicht, dass die Menschen mit Fragen kommen“, sagt er dann. „Dass sie die Vorurteile erst mal wegwischen und Interesse haben, die Menschen kennenzulernen.“ Er blickt optimistisch in die Zukunft: „Ich wünsche mir, dass wir eines Tages sagen, jetzt geht es uns gut hier“, sagt er. „Ängste und Hass gibt es immer, aber vielleicht kommen wir irgendwann an den Punkt, wo das keine Rolle mehr spielt.“ Das brauche Zeit. Aber Allaa hat keinen Zweifel, dass es gelingen kann.

„Wir gehören derselben Generation an, wir können Jugendliche gut erreichen, uns hören sie vielleicht eher zu als Sozialpädagogen.“

Abdul Abbasi und Allaa Faham (Bild links),
Stills aus ihren Videos über typisches
Verhalten in Syrien und Deutschland
Quelle: YouTube/GLS



Wie lernt man Deutsch am schnellsten - كيف تتعلم اللغة الألمانية بسرعة - GermanLifeStyle GLS
Abonnieren 29.110
227.972 Aufrufe
5.377 234



Deu vs Syrer - wenn man die Rechnung bezahlt - GermanLifeStyle GLS
Abonnieren 29.110
28.036 Aufrufe
456 16

Träger der vorgestellten Projekte

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (adb)

Mühlendamm 3
10178 Berlin
Telefon +49 (0)30/40 04 01 00
info@adb.de
www.adb.de

Europäische Jugendbildungs- und Jugendbegegnungsstätte Weimar

Jenaer Straße 2–4
99425 Weimar
Telefon +49 (0)3643/827-0
kontakt@ejbweimar.de
www.ejbweimar.de

Gedenkstätte Buchenwald

99427 Weimar
Telefon +49 (0)3643/43 02 00
sekretariat@buchenwald.de
www.buchenwald.de

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e. V. (ASF)

Auguststraße 80
10117 Berlin
Telefon +49 (0)30/283 95-184
E-Mail-Kontaktformular auf der Webseite
www.asf-ev.de

Diakonisches Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz

Paulsenstraße 55/56
12163 Berlin
Telefon +49 (0)30/820 97-0
diakonie-pressestelle@dwbo.de
www.diakonie-portal.de

KIGA e. V. / Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus

Kottbusser Damm 94
10967 Berlin
Telefon +49 (0)30/23 58 82 30
mail@kiga-berlin.org
www.kiga-berlin.org

German Life Style GLS

YouTube-Kanal von Allaa Faham und Abdul Abbasi
www.germanlifestylegls.de

Auch Geflüchtete deuten den Nahostkonflikt tendenziell einseitig und unvollständig israelkritisch, teilweise greifen sie auf anti-semitische Deutungsmuster zurück. Politische Bildung zielt über eine Selbstreflexion darauf ab, die eigenen Narrative zu irritieren und zu erweitern. Im Sinne der Ambiguitätstoleranz regt sie an, auch widersprüchliche Positionen zu verstehen und nachzuvollziehen.

Impressum

Herausgeber

Aycan Demirel, Derviş Hızarcı
im Auftrag von KlGA e. V.
(Kreuzberger Initiative
gegen Antisemitismus)

Kottbusser Damm 94
10967 Berlin
mail@kiga-berlin.org
www.kiga-berlin.org

V.i.S.d.P

Aycan Demirel

Redaktion

Alke Wierth
Uta Schleiermacher

Lektorat

Hans Hartnack

Gestaltung

agnes stein berlin
www.agnes-stein.de

Druck

Conrad Druckerei

Berlin, 2017 © KlGA e. V.

Gefördert durch:



Bundesministerium
des Innern

aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

ISBN 978-3-947155-00-2